

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



April 2025

Bundestagswahl 2025 – was das Ergebnis für den SoVD-Landesverband bedeutet

Sozialpolitik in den Fokus rücken

Am 23. Februar fand die vorgezogene Bundestagswahl statt. Welche Lehren ziehen wir aus der infolge der gleich mehrfachen Krisen besonders spannungsgeladenen Wahl? Dazu könnte die kürzlich im Auftrag des SoVD durchgeführte Civey-Umfrage, die auch eigene Befragungsergebnisse für Berlin und Brandenburg enthält, einige Anhaltspunkte geben.

Die Beteiligung an der Bundestagswahl war mit 84 Prozent der Wahlberechtigten so hoch wie schon lange nicht mehr, zuletzt 1987. Der SoVD-Landesvorstand hatte sich in einem eigenen Wahlauftritt für die Wahrnehmung des Wahlrechtes eingesetzt. Im Vorfeld der Wahl hatte sich der SoVD in einer Bund-Länder-Konferenz auf sozialpolitische Kernanliegen verständigt. Dazu wurden Argumentationskarten sowie ein Sozialcheck zur Verfügung gestellt.

Hohe Stimmanteile für die AfD

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist hinlänglich bekannt. Trotz der satzungsmäßigen Verpflichtung des SoVD zu parteipolitischer Neutralität wird mit großer Sorge die Radikalisierung mit einem erheblichen Zuwachs der AfD auf

20,8 Prozent als zweitstärkste politische Kraft im Bund gesehen. „Als Landesvorsitzende in Berlin und Brandenburg sehe ich vor allem die hohen Anteile für die AfD bei der Wahl in den östlichen Regionen der ehemaligen DDR und bei der jüngeren Wählergeneration“, sagt Ursula Engelen-Kefer. Dies ist eine Fortsetzung des Trends der Landtagswahlen vom September 2024 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. In Brandenburg ist die AfD mit 32,5 Prozent mit weitem Abstand als stärkste politische Kraft aus der Bundestagswahl hervorgegangen. In Berlin ist sie mit 15,2 Prozent leicht vor der SPD mit 15,1 Prozent nach der CDU und den Grünen somit die drittstärkste politische Kraft.

Sozialpolitischen Themen spielten kaum eine Rolle

Durch die im Auftrag des

SoVD geführte Civey-Umfrage wurde bestätigt, was der SoVD im Bundes- und Landesverband bereits im Vorfeld der Bundestagswahl verschiedentlich feststellen musste: Die besonders berührenden sozialpolitischen Themen der SoVD-Mitglieder haben im Wahlkampf kaum eine Rolle gespielt. Dabei geht es vor allem um Wohnen, Rente, Pflege und Gesundheit sowie um Armutsbekämpfung. Hierzu bestätigte die SoVD-Civey-Umfrage die kritische Bewertung des SoVD über die weitgehende sozialpolitische Zurückhaltung. Für Berlin steht Wohnen mit 30,5 Prozent an oberster Stelle, gefolgt von Rente, Pflege und Gesundheit sowie Armutsbekämpfung. Für Brandenburg stehen die Renten mit sogar 36 Prozent an oberster Stelle, gefolgt von den Themen Pflege und Gesundheit, Wohnen sowie Armutsbekämpfung.

Auftrag für neue Koalitionsvereinbarungen

Für den SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg müssen diese wichtigen sozialpolitischen Themen in den Mittelpunkt der Politik rücken. Dies ist ein wesentlicher Auftrag für die zukünftigen Koalitionsvereinbarungen und deren praktische Umsetzung.

Für eine Fortführung der Sozialgipfel in beiden Bundesländern, in Berlin mit dem Regierenden Bürgermeister und in Brandenburg mit dem Ministerpräsidenten, wird sich der SoVD-Landesverband intensiv einsetzen.



Foto: pixabay

Im Berliner Reichstag werden die Sitze der Abgeordneten je nach Wahlergebnis der Parteien verteilt.

51. Berliner Seniorenwoche

Die Berliner Seniorenwoche findet vom 21. bis 28. Juni unter dem Motto „Seniorenwoche 2025 – miteinander im Kiez“ statt.

Jedes Jahr organisiert die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung innerhalb einer Woche zahlreiche Veranstaltungen in allen Berliner Bezirken speziell für Senior*innen.

Neben der feierlichen Eröffnungsveranstaltung am 21. Juni in der Amerika-Gedenkbibliothek ist die Informationsbörse „Markt der Möglichkeiten“ eine feste Institution im bunten Programm der Seniorenwoche. Dort können sich alle Besucher*innen über die

speziellen Angebote für ältere Menschen informieren, die von verschiedenen Institutionen, Organisationen und Vereinen angeboten werden. Auch der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg ist wieder mit dabei und stellt Interessierten seine speziellen Angebote an einem Infostand vor.

Frohe Ostern!

Im Licht der Ostersonne bekommen die Geheimnisse der Erde ein anderes Licht.

Friedrich von Bodelschwingh

Der Landesvorstand sowie das gesamte Mitarbeiter*innenteam wünscht allen Mitgliedern und Freund*innen des SoVD eine fröhliche Osterzeit!

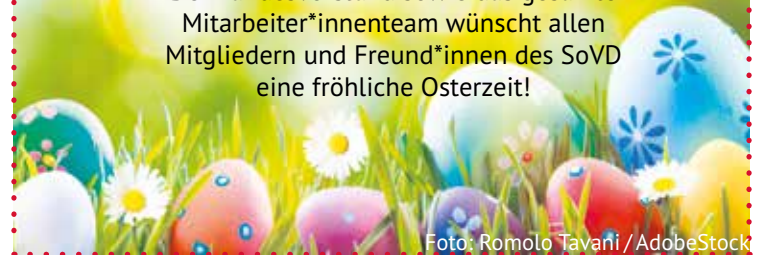


Foto: Romolo Tavarì / AdobeStock

Gewalthilfegesetz im Bundesrat verabschiedet

Ein Meilenstein für die Frauenrechte

Am 14. Februar wurde das Gewalthilfegesetz auch im Bundesrat verabschiedet. Mit Fug und Recht kann man von einem historischen Tag für den Gewaltschutz in Deutschland sprechen.

Gemeinsam mit Vertreterinnen des Deutschen Frauenrates und weiterer Mitgliedsverbände verfolgte Heike Roß-Ritterbusch für den SoVD-Landesverband die Abstimmung live.

Der Deutsche Frauenrat, in dessen Fachausschuss „Gewalt gegen Frauen beenden“ Roß-Ritterbusch seit eineinhalb Jahren für den SoVD mitarbeitet, spricht von einem Meilenstein für den Gewaltschutz. Das erschließt sich sofort, wenn in den Blick gerückt wird, dass Frauenverbände und die Frauenbewegung seit Jahrzehnten dafür kämpfen, dass Gewaltbetroffene adäquat geschützt und unterstützt werden müssen. Das Gewalthilfegesetz stellt hierfür nun endlich die Weichen: Es sieht einen Rechtsanspruch auf kostenlosen Schutz und kostenlose Beratung für gewaltbetroffene Frauen und Kinder vor, der ab 1. Januar 2032 auch einklagbar sein wird. Ab 2027 sind alle Bundesländer verpflichtet, ein Netzwerk an ausreichenden sowie fachlich qualifizierten und bedarfsgerechten Beratungs- und Schutzangeboten vorzuhalten. Dabei soll auch die geografische Verteilung dieser Angebote am Ende so gestaltet sein, dass Gewaltbetroffene in ländlichen Gebieten genauso Schutz und Unterstützung in der Nähe finden können, wie in Städten. Ebenso muss dafür gesorgt sein, dass Schutz und Unterstützung für die Betroffenen barrierefrei zugänglich und nutzbar ist.

Diese Auflagen, die wesentlich in der Istanbul-Konvention, die seit 2018 in Kraft ist, verankert sind, wurden bisher nicht ansatzweise erfüllt. Bis 2027 müssen die Bundesländer nun gemeinsam mit den Kommunen die genauen Bedarfe in quantitativer und qualitativer Hinsicht ermitteln und ihre Angebote dahingehend ausbauen. Das ist eine Mammutaufgabe, vor der sich aber jetzt, wegen des gesetzlich festgesetzten Rechtsanspruchs, kein Bundesland mehr drücken kann, z. B. mit dem Argument, das sei zu teuer. Als Anstoß und auch, damit die Bedarfsermittlung und die Umsetzung nun zügig angegangen werden, stellt der Bund den Bundesländern bis 2036 insgesamt 2,6 Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung. Der SoVD wird weiterhin regelmäßig über den Fortgang beim Ausbau des Gewaltschutzes berichten.



Heike Roß-Ritterbusch am 14. Februar vor dem Bundesrat.

Aktionstag am 5. Mai

Jährlich am 5. Mai findet der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung statt. Der SoVD Berlin-Brandenburg ist wie in jedem Jahr dabei. **Treffpunkt und Start: 11 Uhr am Brandenburger Tor, Kundgebung und Ziel der Demo: 13 Uhr vor dem Roten Rathaus.**

Themen, die auf der Bühne diskutiert werden sollen sind unter anderem: Inklusion im Sport, Wohnen, Bildung, Kinder und Jugendliche.

In der vergangenen Legislaturperiode hatten viele Expert*innen in eigener Sache intensiv mit Vertreter*innen der Ampelkoalition auf die Umsetzung der in deren Koalitionsvertrag vereinbarten behindertenpolitischen Maßnahmen hingearbeitet. Doch durch die vorgezogenen Neuwahlen sind mehrere dieser geplanten Maßnahmen nicht mehr realisiert worden. Mit der Bildung einer neuen Regierung steht jetzt nach den Wahlen eine Neuorientierung an. Daher heißt es: Laut werden gegen Diskriminierung, soziale Spaltung und Ausgrenzung – für Solidarität und Teilhabe!



Der SoVD ist jedes Jahr am Aktionstag mit dabei.

Transformationsfonds für die Krankenhausreform muss gerecht finanziert werden

Kosten nicht einseitig abwälzen

Die geplante Finanzierung des Transformationsfonds für die Krankenhausreform stand vor einer entscheidenden Abstimmung im Bundesrat, wurde dann jedoch verschoben. Das Anliegen des SoVD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg bleibt daher bestehen.

Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer hatte die Landeschefs von Berlin und Brandenburg sowie die fachlich zuständige Senatorin und Ministerin als Mitglieder des Bundesrates um Unterstützung gebeten.

Der aktuelle Vorschlag sieht vor, dass die Hälfte der Kosten von bis zu 25 Milliarden Euro für den Zeitraum 2026 bis 2035 aus dem Gesundheitsfonds der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) finanziert werden soll, die andere Hälfte soll von den Ländern getragen werden. Diese Regelung würde zu einer weiteren finanziellen Belastung der ohnehin schon durch steigende Zusatzbeiträge betroffenen Beitragszahler*innen führen.

Unstrittig ist, dass in Deutschland eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung, die verlässlich und angemessen ist, finanziert wird. Mit Inkrafttreten des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) zum 12. Dezember 2024 ist dazu ein wichtiger erster Schritt getan. Die Reform geht grundsätzlich in die richtige Richtung, um finanziellen Druck aus dem Krankenhaussystem zu nehmen und gleichzeitig die Qualität der Versorgung zu verbessern.

Allerdings protestiert der SoVD aufs Schärfste gegen die Finanzierungsaufteilung zulasten der Beitragszahlenden der GKV und lehnt dies entschie-

den ab. Die milliarden schwere Zweckentfremdung von Beitragsmitteln ist nicht nur verfassungsrechtlich höchst bedenklich, sondern angesichts der angespannten Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung auch schlichtweg unverantwortlich.

Die Finanzierung der Krankenhausreform muss nachhaltig und vor allem gerecht erfolgen. Sie darf nicht einseitig auf die Schultern der Beitragszahlenden abgewälzt werden. Der Bund muss sich mit Steuermitteln angemessen an der Finanzierung beteiligen. Schließlich kommt die Krankenhausreform allen Bürger*innen zugute, nicht nur den gesetzlich Versicherten.



Aus dem Landesverband, den Kreis- und Ortsverbänden



Landesverband

Landesgeschäftsstelle

Ende Januar fand die traditionelle Willkommensveranstaltung für die neuen Mitglieder des Landesverbandes Berlin-Brandenburg statt. Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer begrüßte die neuen Mitglieder persönlich und gab eine kurze Einführung in die Arbeit und Ziele des SoVD. Anschließend erläuterte Caroline Gunkel, So-

zialjuristin des Verbandes, die vielfältigen Möglichkeiten, sich im Verband einzubringen und ehrenamtlich aktiv zu werden. Geschäftsführerin Birgit Domröse stellte den neuen Mitgliedern die Ansprechpartner*innen aus den Kreis- und Ortsverbänden vor. So konnten sich die „Neuen“ in lockerer Atmosphäre mit langjährigen Mitgliedern und Funktionsträger*innen ver-

netzen, das Gemeinschaftsgefühl stärken und sich leichter in die SoVD-Familie integrieren.

Am Valentinstag haben wieder über tausend Menschen und unterschiedliche Organisationen in Berlin am Brandenburger Tor gegen Gewalt an Mädchen und Frauen demonstriert, am internationalen Aktionstag „One Billion Rising“. Auch der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg, vertreten durch Ehrenamtsmanagerin Heike Roß-Ritterbusch und Landesfrauensprecherin Angelika Golombek (s. unteres Foto, v. li.), beteiligte sich an der Aktion, deren Schirmfrau Bundesfrauensprecherin Lisa Paus (Die Grünen) war.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

Das Mitgliedertreffen am 8. Februar stand unter dem Motto „Casino“. Mitglied Sylvia Kunig hatte den Spielesachmittag vorbereitet und Spiele wie „Mensch ärgere Dich nicht“, Skat und Kniffel ausgesucht. Die Gewinner*innen (s. Foto) erhielten ein kleines Präsent. Der Spielesachmittag soll auf jeden Fall wiederholt werden.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Pflegebedürftig im Alter – was dann zu tun und zu bedenken ist, davon berichteten Andrea Didszun (s. Foto, stehend), Leiterin des Berliner Pflegestützpunktes in Pankow,



Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

und Michaela Sommer, die Geschäftsleitung der Pflegeagenten GmbH & Co. KG.

Schnell entstand eine rege Diskussion zwischen den Referentinnen und den 16 Teilnehmer*innen. Neben vielen hilfreichen Hinweisen, zum Beispiel für die Beantragung eines Pflegegrades, kamen auch bisher politisch ungelöste Aspekte auf den Tisch, zum Bei-

spiel, dass der Eigenanteil für Pflege in Berlin mittlerweile im Schnitt bei 3.000 Euro im Monat liegt. Wer kann und soll das bezahlen? Für bedürftige Menschen gibt es zwar die Option, beim Sozialamt einen Antrag auf „Hilfe zur Pflege“ zu stellen. Die Bearbeitung dauert zurzeit aber mindestens mehrere Monate, da die Ämter total überlastet sind.



Landesverband



Ortsverband Stadtverband Berlin Ost

Buchrezension von Elke Schillings „Die meisten wollen einfach mal reden“

Strategien gegen Einsamkeit

Die Initiatorin von „Silbernetz“, Elke Schilling, hat ein Buch geschrieben. In „Die meisten wollen einfach mal reden“ analysiert sie die Gründe von Einsamkeit im Alter und zeigt Lösungen und Wege auf, wie dem Problem individuell und als Gesellschaft entgegengewirkt werden kann.

Eine persönliche Erfahrung veranlasste Elke Schilling über ein Hilfsangebot für einsame Menschen nachzudenken. Sie hatte von dem Projekt The Silver Line in England gehört und selbst zehn Jahre lang ehrenamtlich bei der Telefonseelsorge Berlin-Brandenburg gearbeitet. Mit dieser Erfahrung im Hinterkopf gründete sie die Organisation „Silbernetz“: Täglich von 8 bis 22 Uhr finden Senior*innen unter Tel.: 0800/47 08 090 kostenfrei und anonym ein offenes Ohr zum „einfach mal reden“.

Ein zusätzliches Angebot von Silbernetz sind die Silbernetz-Freundschaften. Anrufer*innen können einmal pro Woche nach einem festgelegten Terminplan mit einem bzw. einer festen Gesprächspartner*in eine Stunde lang telefonieren. So wurden seit 2018 etwa 600 Silbernetz-



Foto: Westend Verlag

Im Westend Verlag ist das Buch von Elke Schilling erschienen.

Freundschaften vermittelt.

In ihrem Buch berichtet die Autorin immer wieder aus Gesprächen mit Anrufer*innen, über deren Befindlichkeiten,

Verzweiflung und Ängste sowie ihre Verlassenheitsgefühle. Die Autorin gibt praktische Ratschläge, wie man diese Ängste überwinden und ein erfülltes, soziales Leben führen kann.

„Die meisten wollen einfach mal reden“ ist ein wichtiges Buch für alle, die die Mechanismen der Einsamkeit verstehen und überwinden wollen. Eine Lektüre, die nicht nur informiert, sondern auch Kraft gibt, das Leben zu verändern.

Die SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer und die Ehrenamtskoordinatorin Heike Roß-Ritterbusch sind bereits seit 2022 im Austausch mit Elke Schilling und der SoVD-Landesverband unterstützt selbst aktiv alle Bemühungen, das Thema Einsamkeit auf Landesebene ins Blickfeld des Senats zu rücken.

Eveline Harder

Einladung zum Tag der Offenen Tür im BWB

Die Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderungen veranstalten einen **Tag der offenen Tür am 8. April, 9-16 Uhr, Westhafenstrasse 4, 13353 Berlin, S- und U-Bahn Westhafen.**

Besucher*innen erfahren alles über die vielfältigen Angebote zur beruflichen Rehabilitation in Berlin, in der Werkstatt oder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und lernen spannende Arbeitsmöglichkeiten bei Berliner Unternehmen wie Siemens, Ikea, dem Hotel Leonardo und vielen weiteren Unternehmen kennen. Es besteht die Gelegenheit, in einem Fachforum Fragen an Expert*innen zu stellen und es gibt Hausführungen und Mitmach-Aktionen in verschiedenen Arbeitsbereichen.

Die BWB sind die ältesten Werkstätten und wurden 1962 in Neukölln gegründet. An zwölf Standorten in Berlin mit 1.600 Plätzen werden Menschen mit Behinderungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorbereitet, um ein selbstbestimmtes Leben in der Gesellschaft zu führen.

Die BWB sind so organisiert, dass Teilnehmer*innen verschiedener kultureller Herkünfte gleichermaßen den Prozess der Integration gestalten, ohne dabei ihre kulturelle Eigenständigkeit zu verlieren. Die Förderung von Toleranz, die sich in einer Kommunikation der gegenseitigen Wertschätzung ausdrückt, gehört zum Leitbild der Berliner Werkstätten.

Gesellschafter der Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sind zu 70 Prozent das Land Berlin und zu je fünf Prozent die Arbeiterwohlfahrt, VdK, SoVD, die Co-operative Mensch e.V. und die Fürst Donnersmarck-Stiftung. Die restlichen Anteile halten die BWB selbst. Der SoVD Berlin-Brandenburg ist im Aufsichtsrat vertreten.

5 Termine

Landesgeschäftsstelle

Jeden Mittwoch, 17–19 Uhr: Line-Dance. Anmeldung bei Birgit Domröse.

Jeden 4. Mittwoch im Monat, 13.30 Uhr: Senior*innen-Computer-Club. Anmeldung bei Heike Roß-Ritterbusch.

Jeden Donnerstag, 14 Uhr: Nähwerkstatt, 1. OG, Anmeldung bei Heike Roß-Ritterbusch.

Jeden letzten Donnerstag im Monat: Sprechstunde/Beratung für Schwerbehindertenvertretungen. *Anmeldung bei Sabine Schwarz, E-Mail: sbvberatung@sovd-bbg.de.*

Jeden zweiten Dienstag (in geraden Kalenderwochen) offene Sprechstunde der Sozialrechtsberatung von 9 bis 12 Uhr. Beratungsdauer maximal 15 Minuten pro Person begrenzt.

9. April, 9.45 Uhr: SoVD-Tagesausflug „Waldmöpse und Lorient“ in Brandenburg/Havel. *Infos und Anmeldung bei Dieter Roch, Tel.: 0176/46 04 19 60 (AB), E-Mail: d.r.baer50@web.de.*

25. April, 11 Uhr: SoVD-Spaziergang: Führung „Zukunft entdecken und gestalten!“, Anmeldung bei Birgit Domröse.

28. April, 16 Uhr: AG Ehrenamt, Sitzungsraum im EG. **Anmeldung eine Woche vorher** bei Heike Roß-Ritterbusch.

Anmeldungen bei Birgit Domröse, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: post@sovd-bbg.de.

Anmeldungen bei Hei-

ke Roß-Ritterbusch, Tel.: 0160/92 82 45 99 (mit AB), E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Veranstaltungsort: Landesgeschäftsstelle.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

8. April, 15 Uhr: Offene Mitgliederversammlung, Kulturmarkthalle Pankow, Hanns-Eisler-Straße 93 (Bus 200, 158 und 156 bis Stedinger Weg), Vorstellung des Projektes „Berlin – Eine Smart-City für und von Senior*innen“. *Ansprechpartner: Bernd Röber, Alexander Senger, Tel.: 030/26 39 38 01. E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Charlottenburg

15. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Stadtteilzentrum, Nehringstraße 8, 14059 Berlin. *Ansprechpartner: Jürgen von Rönne, Tel.: 030/26 39 38 02 oder 030/38 27 645, E-Mail: o.v.charlottenburg@sovd-bbg.de oder vonroenne.juergen@hotmail.com.*

Ortsverband Wilmersdorf

17. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Werner-Bockelmann-Haus, Bundesallee 48 b-50, 10715 Berlin. *Ansprechpartner: Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovd-bbg.de.*

26. April, 10 Uhr: Frauenstammtisch, Restaurant „Ännchen von Tharau“, Stralau-

er Straße 63, 10179 Berlin. *Ansprechpartnerin: Barbara Kubanke, E-Mail: babsika@gmx.de.*

Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

12. April: Besuch beim Technischen Hilfswerk, Abfahrt 13 Uhr Landesgeschäftsstelle, Rückfahrt 16.30 Uhr. *Anmeldung und Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

14. April, 16 Uhr: Mitgliedertreffen, Gast: Bezirksstadtrat Hannes Rehfeldt (CDU), Gemeindehaus ev. Kirchengemeinde Alt-Buckow 38, 12349 Berlin. *Ansprechpartner: Alfred Lotz, Tel.: 030/26 39 38 03, E-Mail: opa.lob125@icloud.com.*

Kreisverband Reinickendorf

4. April, 10 Uhr: Mitgliedertreffen mit sozialpolitischem Austausch und Büfett, **nur mit vorheriger Anmeldung.**

25. April, 14 Uhr: Mitgliedertreffen „Unser Nachmittag“ mit sozialpolitischem Austausch und Bingo, **nur mit vorheriger Anmeldung.**

Ort: Geschäftsstelle, Eichborndamm 96, 13403 Berlin. *Anmeldung und Ansprechpartnerin: Angelika Golombek, Tel.: 0171/99 78 667, E-Mail: kv.reinickendorf@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Spandau-Mitte

13. April, 14 Uhr: Kaffeetafel, Havelterrassen, Spandauer Burgwall 27-29, 13581 Berlin.

14. April, 18.45 Uhr: Mitgliedertreffen, Seniorenklub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin.

Anmeldung und Ansprechpartnerin: Elke Beuke, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: h-beuke@t-online.de oder ov.spandaumitte@sovd-bbg.de.

Ortsverband Spandau Nord/Süd

3. April, 18.30 Uhr: Mitgliedertreffen. Aktuelle soziale Themen, Weinverkostung; Seniorenklub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin.

26. April, 12 Uhr: Spaziergang mit Dieter nach dem Frauenstammtisch.

Ansprechpartnerin: Susanne Witte, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaunordsued@sovd-bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

3. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin.

23. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Hertha-Müller-Haus, Argentinische Allee 89, 14163 Berlin.

Ansprechpartner: Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04 oder 030/76 40 32 10, E-Mail: kv.zehlendorf@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

8. April, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen, Marion Halten-Bartels informiert zur Novellierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes.

15. April, 14.30 Uhr: Vorösterliches Mitgliedertreffen.

29. April: Mitgliedertreffen, Planung der SoVD-Veranstaltungen im Juli und August.

Ort: Waldstraße 48, 10551 Berlin.

Anmeldung ist erforderlich!

Ansprechpartnerin: Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/26 39 38 06 oder 030/41 44 662, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

15. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, KiezClub Sternedamm 102, 12435 Berlin.

Ansprechpartner: Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.treptoeck@sovd-bbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost / Ortsverbände Fürstenwalde, Oberhavel und Prignitz-Ruppin

4.; 11. und 25. April, 10-13 Uhr: Mal- und Zeichenkurs für Erwachsene, Schloß Trebnitz, Bildungs- und Begegnungsstätte, Campus Schloss Trebnitz, Platz der Jugend 4, 15374 Müncheberg.

Info und Anmeldung: Helmut Simon, Tel.: 0162/69 50 107, E-Mail: sovd.simon@web.de.

Darmkrebsvorsorge wird in Brandenburg immer noch viel zu wenig genutzt

Darmkrebs kann tödlich sein

An Darmkrebs erkrankt im Laufe ihres Lebens eine von 19 Frauen und einer von 15 Männern. Deutschlandweit sterben jährlich rund 25.000 Menschen an dieser Krebsart. Trotz dieser erschreckenden Zahlen gehen nur wenige Menschen zur Darmkrebsvorsorge.

Einen Stuhltest machten in Brandenburg im Jahr 2023 nur 3,8 Prozent der anspruchsberechtigten Männer und rund 6 Prozent der Frauen. Auch in den Jahren davor lag die Inanspruchnahme kaum höher. Darauf macht die Barmer aufmerksam. „Gerade bei Darmkrebs sind Früherkennungsuntersuchungen wichtig, weil sich Tumore langsam über Jahre hinweg unbemerkt entwickeln. Je früher Auffälligkeiten festgestellt werden, desto besser sind die Behandlungschancen“, sagt Gabriela Leyh, Landesgeschäftsführerin der Barmer Berlin/Brandenburg.

Wahl zwischen Stuhltest und Darmspiegelung

Bei der Vorsorge können gesetzlich Versicherte zwischen Stuhltest oder Darmspiegelung wählen. Die Stuhlproben werden im Labor auf Blut hin untersucht, das mit bloßem Auge nicht feststellbar ist. Denn Blut



Foto: Jo Panuwat D / Adobe Stock

Darmkrebs lässt sich bei früherer Erkennung gut behandeln.

im Stuhl kann ein Hinweis auf Polypen, Vorstufen des Darmkrebses, sein. Der Anspruch auf einen Stuhltest ist seit Januar dieses Jahres für Männer und Frauen gleich geregelt. Sie können ab dem Alter von 50 Jahren alle zwei Jahre einen Stuhltest vornehmen lassen. Alternativ zum Stuhltest kön-

nen alle gesetzlich Versicherten ab 50 zweimal im Abstand von zehn Jahren eine Darmspiegelung in Anspruch nehmen. Im Jahr 2023 taten dies in Brandenburg rund 2,2 Prozent der anspruchsberechtigten Männer und 1,8 Prozent der Frauen.

Lebensweise ist ein entscheidender Faktor

Rauchen, Alkoholkonsum, eine einseitige Ernährung mit viel rotem Fleisch, Übergewicht und Bewegungsmangel begünstigen die Entwicklung von Darmkrebs. „Jeder kann mit einem gesunden Lebensstil sein persönliches Darmkrebsrisiko verringern. Wer Darmkrebs in der Familie hat, sollte erst recht zur Früherkennungsuntersuchung gehen, da der Krebs auch genetisch bedingt sein kann“, sagt Leyh. Hatten zum Beispiel Eltern oder Geschwister Darmkrebs, steige das Risiko um das Zwei- bis Dreifache.

Quelle: Barmer Krankenkasse



Herzlichen Glückwunsch



Foto: Smileus / Adobe Stock

Es ist ein ungeheures Glück, wenn man fähig ist, sich zu freuen.

Georg Bernhard Shaw

Im Namen des gesamten Vorstandes und des Mitarbeiter*innen-Teams wünscht der Landesverband Berlin-Brandenburg seinen Mitgliedern alles Gute, Gesundheit und Glück für das neue Lebensjahr! Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 12.4.: Emmi Kubiak, Berlin; 25.4.: Helga Schnabel, Berlin.

91 Jahre: 3.4.: Hansgünter Viebranz, Rangsdorf; 8.4.: Erwin Siegfried Franzke, Berlin; 9.4.: Ingeborg Albert, Berlin; 12.4.: Hans Dannenberg, Berlin; 15.4.: Heinz Riedel, Berlin; 12.4.: Waltraud Froede, Berlin.

92 Jahre: 7.4.: Ursula Kudlik, Berlin; 12.4.: Annemarie Koch, Berlin; 15.4.: Jutta Nakonz, Berlin; 28.4.: Inge Spiesbach, Berlin.

93 Jahre: 4.4.: Anni Kucke, Berlin.

94 Jahre: 25.4.: Anita König-Hirsch, Berlin.

95 Jahre: 5.4.: Wolfgang Koch, Berlin.

96 Jahre: 28.4.: Dieter Eulberg, Berlin.

97 Jahre: 24.4.: Werner Sugge, Berlin.

Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband:

für 35 Jahre: 1.4.: Peter-Ingo Österreich, Berlin.

für 40 Jahre: 25.4.: Edith Lemke, Berlin.

Stand: 24. Februar 2025



Sozialberatung

Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung Sie ohne Verzögerung erreichen, teilen Sie uns bei einem Umzug bitte rechtzeitig Ihre neue Adresse mit – vielen Dank!

Landesverband Berlin-Brandenburg

Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12).

Geschäftsführung: Birgit Domrose, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: birgit.domroese@sovd-bbg.de.

Mitgliederverwaltung: Bernhard Kippert, E-Mail: kontakt@sovd-bbg.de.

Ehrenamtsbüro: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Presse / Verbandszeitung / Homepage: Ute Loßin, E-Mail: ute.lossin@sovd-bbg.de; Markle-roen Brozek, Tel.: 030/26 39 38 17, E-Mail: mj.brozek@sovd-bbg.de.

Sozial- und Rechtsberatung

Der SoVD berät seine Mitglieder in sozialrechtlichen Fragen – wir verhelfen Ihnen zu Ihrem Recht. Bitte wenden Sie sich mit Ihrem Anliegen immer zuerst an die zuständige Alltags- und Sozialberatung in Ihrer Gliede-

rung. Zwecks Kontaktaufnahme bitte deutlich Name, Mitgliedsnummer und Telefonnummer auf dem Anrufbeantworter hinterlassen.

Ihre Ansprechpartner*innen sind:

Kreisverband Berlin-Ost / Ortsverband Treptow-Köpenick

Jeden 1. und 3. Montag im Monat, 13–15 Uhr, nach Vereinbarung im Bürgerbüro von Alexander Freier-Winterwerb, Galileistraße 31, 12435 Berlin. Jeden 2. und 4. Montag im Monat, 13–15 Uhr, telefonische Sprechstunde. **Ansprechpartner:** Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01 oder 030/72 62 22 385, E-Mail: ov.treptoe@sovd-bbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Sozialberatungstermine nach Vereinbarung. **Ansprechpartner:** Jürgen von Rönne, Tel.: 030/26 39 38 02, und Bodo Feilke, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovd-bbg.de.

SoVD-Beratungsstelle Bürgerzentrum Neukölln,

Mittwochs 13–15 Uhr, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin. **Ansprechpartner:** Armin Dötsch, Tel.: 0171/12 51 999, E-Mail:

ks.neukoelln@sovd-bbg.de.

Kreisverband Reinickendorf

Beratungen erfolgen nur per E-Mail an: kv.reinickendorf@t-online.de. **Ansprechpartnerin:** Angelika Golombek, Tel.: 0171/99 78 667.

Kreisverband Spandau

Dienstags 10–12 Uhr vor Ort, Falkenhagener Straße 26, 13585 Berlin. **Ansprechpartner:** Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sovd-bbg.de.

Ortsverband Falkensee

Dienstags 10–12 Uhr vor Ort, Falkenhagener Straße 26, 13585 Berlin. **Ansprechpartner:** Roland Harnoth, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee@sovd-bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

Sozialberatungstermine nur nach Vereinbarung, **Ansprechpartner:** Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04, E-Mail: kv.steglitz@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

Termine nach Vereinbarung, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin. **Ansprechpartnerin:** Sabine

Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Jeden Dienstag und nach Vereinbarung, Waldstraße 48, 10551 Berlin. **Ansprechpartner*in:** Joachim Krüger und Marion Halten-Bartels, Tel.: 030/26 39 38 06, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.

SoVD-Sozialmobil im südlichen Land Brandenburg

Mobile Sozialberatung findet nach Vereinbarung statt, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde. **Ansprechpartnerin:** Ines Bärsch, Tel.: 0151/17 85 18 41, E-Mail: mobil@sovd-bbg.de.

Brandenburg an der Havel

Dienstags 14–17 Uhr, Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg/Havel. **Ansprechpartner:** Frank Gerstmann, Tel.: 0175/19 68 636, E-Mail: ks.brandenburg@sovd-bbg.de.

Sozialberatungsstelle Finsterwalde

Sozialberatungstermine nach Vereinbarung, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde. **Ansprechpartnerin:** Cornelia Schreiber, Tel.: 01511/56 54 036,

E-Mail: ks.finsterwalde@sovd-bbg.de.

Eisenhüttenstadt-Fürstenberg / Oder-Spree

Sozialberatung nach Anmeldung. Montags 16.30–17.30 Uhr und donnerstags 15.30–17.30 Uhr. **Ansprechpartner:** Christoph Kröber, Tel.: 0177/46 31 307, E-Mail: ks.oder-spree@sovd-bbg.de.

Cottbus

Termine nach Vereinbarung. **Ansprechpartner:** Michael Netzer, Tel.: 0176/93 22 85 83, E-Mail: ks.cottbus@sovd-bbg.de.

Ortsverband Prignitz-Ruppin

Sozialberatungstermine nach Vereinbarung. **Ansprechpartner:** Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: kv.brnbordost@sovd-bbg.de oder Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sovd-bbg.de.

Sozialberatungsstelle Hoppegarten

Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr, Haus der Generationen (Musiksaal), Lindenallee 12, 15366 Hoppegarten. **Ansprechpartner:** Armin Dötsch, Tel.: 0171/12 51 999, E-Mail: ks.hoppegarten@sovd-bbg.de.

Podiumsdiskussion und Flashmob in München zum Equal Pay Day für Lohngerechtigkeit für Frauen

„Die Frauen nicht im Regen stehen lassen!“

Das Münchener Aktionsbündnis zum Equal Pay Day – ein Zusammenschluss von über 40 Münchener Einrichtungen und Projekten – hatte seine Frauenorganisationen wieder zu einem tollen Event anlässlich des Equal Pay Day eingeladen, unter der bewährten Leitung von Mariane Pontone und der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD).

In diesem Jahr startete das Münchener Aktionsbündnis zum Equal Pay Day am 25. Februar im Presseclub München mit einer Podiumsdiskussion. Unter dem Motto „Heute schon Dein Konto gecheckt? Lohnlücke

entdeckt?“ nahm die Veranstaltung den Gender Pay Gap in den Fokus und diskutierte Fakten, Impulse und Lösungen für mehr Lohngerechtigkeit. Denn Frauen verdienen in Deutschland im Durchschnitt 16 Pro-

zent weniger als Männer, der sogenannte Gender Pay Gap.

Die Veranstaltung sollte vor allem den Blick auf die praktische Umsetzung werfen: Was können Unternehmen, Beschäftigte und die Politik konkret tun, um den Gender Pay Gap zu schließen und eine gleichberechtigte Entlohnung zu gewährleisten? Welche wirtschaftlichen Perspektiven gibt es, um transparente und faire Gehaltsstrukturen in Unternehmen zu etablieren? Und welche Rolle spielen gewerkschaftliche Instrumente wie Tarifverträge, Arbeitszeitmodelle und die Verhandlungsmacht der Beschäftigten als Hebel für mehr Lohngerechtigkeit? Teilnehmende auf dem Podium waren Dr. Katrin Auspurg, Professorin für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Simone Burger, Vorsitzende des DGB-Kreisverband München, sowie Rainer Göttmann, CEO von metafinanz.



Bürgermeisterin Verena Dietsch eröffnete die Schirm-Aktion.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Journalistin und Autorin Barbara Streidl.

Am 6. März organisierte das EPD-Aktionsbündnis München einen Flashmob mit roten Regenschirmen, damit „die Frauen nicht im Regen stehen“. SoVD-Landesvorsitzende Meta Günther war auch hier dabei. Der Marienplatz färbte sich rot

mit Regenschirmen und alle Beteiligten hatten auch ihre Kleidung farblich angepasst.

Bürgermeisterin Verena Dietsch (SPD) übernahm die Eröffnungsrede. Auf Instagram gibt es ein Grußwort von der SoVD-Landesvorsitzenden unter: www.instagram.com/epdmuenchen/?utm_source=ig_embed.



V. li.: Mariane Pontone und Meta Günther auf dem Marienplatz.

Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V. macht zum Frauentag auf Situation gehörloser Frauen aufmerksam

Besonders gefährdet und oft allein gelassen

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März macht der Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V. auf die besonderen Herausforderungen gehörloser Frauen aufmerksam. Diese Frauen sind überdurchschnittlich häufig von Gewalt betroffen – in der Kindheit, im Jugendalter oder in Partnerschaften. Trotz dieses hohen Bedarfs an Unterstützung gibt es bislang nur unzureichende Hilfsangebote, die speziell auf die Bedürfnisse gehörloser Frauen zugeschnitten sind.

Der Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V. fordert dringend konkrete Maßnahmen, um gehörlose Frauen besser zu schützen und zu unterstützen.

Studien zeigen deutlich, dass gehörlose Frauen aufgrund ihrer Lebensumstände besonders verletzlich sind. Kommunikative Barrieren, Isolation und eine oft alternativlose Einbindung in die Gehörlosengemeinschaft führen dazu, dass Gewalterfahrungen häufig unentdeckt bleiben und die betroffenen Frauen nur schwer Zugang zu Hilfsangeboten finden. Viele gehörlose Frauen erleben Gewalt in Partnerschaften, oft durch gehörlose oder hörbehinderte Partner. Die Angst vor Entdeckung und die Abhängigkeit von der Gehörlosengemeinschaft er-

schweren es den Frauen, sich aus gewalttätigen Beziehungen zu befreien.

Frauenhäuser und Beratungsstellen, die eigentlich Schutz und Unterstützung bieten sollen, sind für gehörlose Frauen oft unzugänglich. Die Angebote sind häufig nicht barrierefrei gestaltet, und das Personal ist nicht ausreichend sensibilisiert oder geschult, um gehörlose Frauen angemessen zu unterstützen. Gebärdensprachdolmetscherinnen werden nur selten eingesetzt, und die Kommunikation gestaltet sich oft schwierig. Dies führt dazu, dass gehörlose Frauen die vorhandenen Hilfsangebote nicht nutzen können – obwohl der Bedarf enorm ist.

Auch auf der Webseite des

Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales zum Thema Gewaltschutz und Beratung werden gehörlose Frauen und die Bedeutung der Gebärdensprache nicht explizit erwähnt. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Bedürfnisse gehörloser Frauen im Bereich Gewaltschutz noch immer nicht ausreichend berücksichtigt werden. Es ist dringend notwendig, gehörlose Frauen sichtbar zu machen und barrierefreie Angebote aktiv zu fördern. Die Forderungen sind nachzulesen unter: www.lvby.de/pressemitteilungen.

Der Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V. appelliert an Politik, Behörden und Hilfsorganisationen, die Bedürfnisse gehörloser Frauen endlich ernst



Foto: Ulia Koltyrina / Adobe Stock

Gehörlose Frauen können sich gegen Gewalt nicht verbal wehren und Hilfe suchen. Es gibt für sie fast keine Angebote.

zu nehmen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Gehörlose Frauen haben das Recht auf ein sicheres und gewaltfreies Leben. Dafür müssen die bestehenden Barrieren abgebaut und spezifische Hilfsangebote geschaffen werden. „Gehörlose Frauen dürfen nicht länger unsichtbar bleiben“, betont die

Frauenbeauftragte des Landesverbandes Bayern der Gehörlosen e. V., Manuela Rother. „Wir fordern eine inklusive Gesellschaft, in der gehörlose Frauen die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, um ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben zu führen.“ *Quelle: LV Bayern der Gehörlosen e. V.*



Personalien

Elfriede Schreiner hat die Geschäftsstelle Nürnberg des SoVD in Bayern über viele Jahre mit großem Engagement geprägt. Durch ihre Fachkenntnisse und ihren Einsatz im Sozialrecht wurde sie zu einer geschätzten Ansprechperson für Mitglieder und Kolleg*innen.

Unter ihrer Leitung entwickelte sich die Geschäftsstelle zu einer erfolgreichen und vertrauensvollen Anlaufstelle. Ihre Arbeit fand Anerkennung weit über Nürnberg hinaus – auch in Franken, Oberbayern und bei der Bayerischen Sozialministerin Ulrike Scharf.

Ihr Werdegang zeigt, wie aus ehrenamtlichem Engagement eine bedeutende Aufgabe mit gesellschaftlicher Wirkung entstehen kann. Schreiner ist inspirierendes Beispiel für alle, die sich für den Verband engagieren möchten.

Im Juni 2025 geht Elfriede Schreiner in den wohlverdienten Ruhestand. Der SoVD Bayern bedankt sich herzlich für ihre wertvolle Arbeit und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft!



SoVD Michelau im März mit Sozialsprechtag und Faschingsveranstaltung

Als Partner im MGH mitgefeiert

Das Mehrgenerationenhaus (MGH) in Michelau ist Kooperationspartner des SoVD-Ortsverbandes. Zur Tradition gehört es deshalb, dass die SoVD-Mitglieder an der Faschingsveranstaltung des MGH teilnehmen, so auch dieses Jahr.

Der Ortsverband Michelau hielt am 1. März seinen zweiten Sozialsprechtag im MGH in Michelau ab. Gegen 14.30 Uhr schloss sich der Faschingskaffeenachmittag an gleicher Stelle an. Dieser war wie üblich ein voller Erfolg und mit circa 20 Personen wie immer gut besucht.

Am 4. März nahm der Ortsverband Michelau wie alle Jahre zum Faschingsausklang an der Veranstaltung des MGHs mit elf Personen teil.



Dr. Josef Haas (vorne) hielt die Sozialsprechstunde ab.



Der SoVD war wie immer beim Faschingskaffee im MGH dabei.

AOK-Analyse zu Eigenanteilen von Pflegeheimbewohner*innen in Bayern

Weiterer Anstieg der Kosten

Die finanzielle Belastung von Pflegebedürftigen, die im Pflegeheim leben, steigt und steigt. Inzwischen zahlen die Bewohner*innen in bayerischen Pflegeheimen im Schnitt 2.373 Euro pro Monat aus eigener Tasche. Innerhalb eines Jahres ist die Gesamtbelastung damit um knapp neun Prozent gestiegen. Dies zeigt eine aktuelle Auswertung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO).

Auch für 2025 gibt es keine Entwarnung: Eine Prognose des WIdO zur weiteren Entwicklung macht deutlich, dass auch die Anhebung der Zuschläge zur Begrenzung der pflegebedingten Eigenanteile sowie die Dynamisierung der Leistungssätze den Trend zu immer höheren finanziellen Belastungen nicht nachhaltig stoppen werden.

Die aktuelle Analyse zeigt, dass die Gesamtkosten für einen Heimplatz in Bayern Ende 2024 bei durchschnittlich 4.698 Euro lagen. Davon zahlte die Pflegekasse im Durchschnitt 1.448 Euro. Zusätzlich bekamen die Bewohner*innen von der Pflegeversicherung durchschnittlich 877 Euro pro Monat

für ihre pflegebedingten Eigenanteile in Form der nach Wohndauer gestaffelten Zuschläge erstattet. Durchschnittlich 1.063 Euro mussten sie selbst für die Pflege zuzahlen, hinzu kamen im Schnitt 904 Euro für Unterkunft und Verpflegung sowie 406 Euro für Investitionskosten.

Mit Beginn des Jahres 2025 werden die allgemeinen Leistungssätze der Pflegeversicherung angehoben: Statt beispielsweise bisher 1.775 Euro pro Monat bei Pflegegrad 4 gibt es dann 1.855 Euro. „Trotz der nach Wohndauer gestaffelten Zuschläge und der Dynamisierung der Leistungssätze steigen die Zuzahlungen für

die Pflege im Heim weiter. Wir brauchen daher weitere wirksame und nachhaltige Lösungen zur Begrenzung der steigenden Eigenanteile“, sagt Dr. Irmgard Stippler, Vorstandsvorsitzende der AOK Bayern, die konkrete Maßnahmen entworfen hat.

Die WIdO-Analyse zu den finanziellen Belastungen der Pflegeheim-Bewohner zeigt auch große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Während die Gesamt-Zuzahlungen Ende 2024 in Nordrhein-Westfalen bei 2.764 Euro pro Monat lagen, waren es in Sachsen-Anhalt lediglich 1.965 Euro. Zum Vergleich: Bayern landet mit 2.373 Euro im Monat im Mittelfeld. *Quelle: AOK Bayern*



Sozialberatung



Mapodile M.peopleimages.com / AdobeStock

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691 oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: nach Absprache mit Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691 (mobil) oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, von 13.30 bis 14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571 / 83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

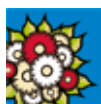
Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Telefon: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, jeden ersten Freitag im Monat, nur nach Terminabsprache bei Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Rechtsschutzbüro Nürnberg: Trödelmarkt 27–29, 90403 Nürnberg, montags bis donnerstags von 9 bis 11 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung. Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.



Glückwünsche



smileus / AdobeStock

Der Landesvorstand und die Mitarbeiter*innen des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im April Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen ihnen viel Gesundheit. Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 3.4.: Bernd Flurschütz, Lautertal; 26.4.: Brigitte

Hinz, München.

70 Jahre: 4.4.: Rosa Müller, Nabburg; 5.4.: Manfred Wunner, Röthenbach; 7.4.: Annemarie Mancini, Illertissen; 18.4.: Manfred Schick, Dietfurt; 25.4.: Sylvia Güntner, Hirschau.

75 Jahre: 9.4.: Werner Mazurek, Münchberg; 20.4.: Heidrun Freier, Weiden; 26.4.: Sonja

Gleichmann, Coburg.

80 Jahre: 30.4.: Maria Schober, Ebensfeld.

85 Jahre: 5.4.: Olga Weidner, Zapfendorf; 15.4.: Rolf Haas, Augsburg; 20.4.: Rosemarie Kimmel, Nürnberg.

90 Jahre: 20.4.: Hannelore Mund, Hengersberg; 23.4.: Elly Endres, Ebensfeld.

Aktuelle Befragung bei Personen in der zweiten Lebenshälfte nach gefühlter Altersdiskriminierung

Jede*r Dreizehnte nimmt Benachteiligung wahr

Aktuelle Befunde des Deutschen Alterssurveys zeigen, dass sich 7,7 Prozent der Menschen in der zweiten Lebenshälfte aufgrund ihres Alters benachteiligt fühlen – das entspricht jeder dreizehnten in Deutschland. Zudem zeigen sich deutliche Unterschiede bei Betrachtung der Zusammenhänge mit Einkommen und Gesundheit.

Im Deutschen Alterssurvey wurde nach der wahrgenommenen Altersdiskriminierung in den letzten zwölf Monaten gefragt. Gefragt wurde auch nach Bereichen, in denen eine Benachteiligung erlebt wurde: Besonders häufig fühlten sich Menschen bei der medizinischen Versorgung und bei der Arbeit bzw. der Arbeitssuche benachteiligt, gefolgt vom Alltag und Geldangelegenheiten, seltener wurden Behördengän-

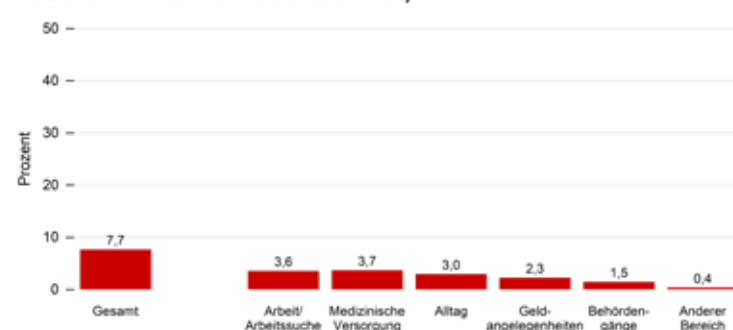
ge genannt. Fast die Hälfte der Personen, die eine Benachteiligung erlebt haben, nannten mehrere Lebensbereiche, in denen sie diese Erfahrungen machten. In weiterführenden Analysen zeigte sich, dass einkommensarme Menschen sich deutlich häufiger benachteiligt fühlen als Menschen mit höheren Einkommen – sowohl bei der Arbeit/Arbeitssuche als auch bei der medizinischen Versorgung und im Alltag. Gleiches gilt für Menschen, die gesundheitlich eingeschränkt sind – das ist besonders problematisch, da gerade sie in erheblichen Maße auf eine gute medizinische Versorgung angewiesen sind.

jedoch vergleichsweise gering ausgeprägt. Eventuell besteht somit ein geringeres Problembewusstsein hinsichtlich altersdiskriminierendes Verhaltens: Eine ungerechtfertigte Benachteiligung aufgrund des eigenen Lebensalters wird vielleicht nicht als Diskriminierung wahrgenommen und somit in unserer Studie auch nicht genannt. Es ist also zu vermuten, dass wir mit 7,7 Prozent das Problem eher noch unterschätzen.“

Politischer Handlungsbedarf ist gefordert

Die Tatsache, dass jede dreizehnte Person in der zweiten Lebenshälfte Altersdiskriminierung erlebt und berichtet, macht deutlich, dass politischer und gesellschaftlicher Handlungsbedarf besteht, gerade weil das Erleben von Altersdiskriminierung weitreichende Konsequenzen für das Wohlbefinden, die Gesundheit und Langlebigkeit der Betroffenen hat. Auf gesellschaftlicher Ebene liegen die Kosten vor allem im nicht genutzten Potenzial Älterer, zum Beispiel in der Arbeitswelt oder hinsichtlich des

Wahrgenommene Altersdiskriminierung im Jahr 2023, gesamt sowie nach Bereichen (Mehrfachnennungen möglich, Anteile betroffener Personen im Alter von 43 bis 90 Jahren)



Quelle: Deutscher Alterssurvey 2023, unveröffentlichte Version (Gesamt: n = 4.068; Bereiche: 4.062) gewichtet, gerundete Angaben.

Spuling, S.M., Weinhardt, M., Mavi, L. (2025). Wahrgenommene Altersdiskriminierung in der zweiten Lebenshälfte [DZA Aktuell 02/2025]. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. <https://doi.org/10.60922/2tdb-b513>

Grafik: DZA

Besonders ältere Menschen mit geringem Einkommen fühlen sich aufgrund ihres Alters in vielen Lebensbereichen diskriminiert.

Info

Der Deutsche Alterssurvey (DEAS) ist eine repräsentative Quer- und Längsschnittbefragung von Personen in der zweiten Lebenshälfte ab 40 Jahren. Im Rahmen der Studie werden seit beinahe drei Jahrzehnten Menschen auf ihrem Weg ins höhere und hohe Alter regelmäßig befragt. Der Deutsche Alterssurvey wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Die Diskriminierungsquote liegt eher noch höher

Svenja Spuling, Erstautorin der Studie, ordnet die Befunde ein: „Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass hier wahrgenommene Altersdiskriminierung analysiert wird. Die Aufmerksamkeit für negative Altersbilder und altersdiskriminierendes Verhalten ist gesamtgesellschaftlich

ehrenamtlichen Engagements.

Politische Maßnahmen könnten beispielsweise in der Bekämpfung negativer Altersstereotype, im Überdenken struktureller Gegebenheiten (wie z. B. willkürliche Altersgrenzen) und in der Sensibilisierung des Personals in der Gesundheitsversorgung bestehen. Für komplexere, das heißt differenzierte und vielseitige Altersbilder setzt sich bereits das Programm Altersbilder des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein. Auch der Neunte Altersbericht der Bundesregierung befasst sich mit Ageismus

und schlägt Gegenmaßnahmen vor, zum Beispiel pädagogische Bildungsformate zum Thema Alter gerade bei jüngeren Bevölkerungsgruppen, intergenerationale Programme, die den Kontakt zwischen älteren und jüngeren Menschen fördern, sowie gezielte Aufklärungskampagnen zur Bekämpfung von Ageismus. Davon können nicht nur Ältere, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes profitieren – am meisten jedoch bestimmte Risikogruppen wie armutsgefährdete oder gesundheitlich eingeschränkte Personen.

Quelle: Deutsches Zentrum für Altersfragen

Das Online-Portal „Der Fabulant“ bietet Aufklärung, Hintergrundinformationen und Hilfe an

Verschwörungsmmythen auf dem Prüfstand

„Der Fabulant“ ist ein Informations- und Vernetzungsportal gegen Verschwörungsmmythen und Desinformation von modus|zad, das auf unterhaltsame Art aktuell, faktenbasiert und überprüfbar über populäre Verschwörungsmmythen informiert. Das Team besteht aus wissenschaftlichen Mitarbeitenden, pädagogischen Fachkräften und Redakteur*innen.

Ob „Bevölkerungsaustausch“, „Deep State“, „Böse Barcodes“ oder „Lügenpresse“ – hinter diesen Begriffen steckt ein Weltbild, das sich aus Verschwörungstheorien und Falschinformationen zusammensetzt und einem häufig in den sozialen Medien begegnet. Das Internetportal „Der Fabulant“ (www.derfabulant.de) hilft dabei, aufzuklären. Das Team von „Der Fabulant“ recherchiert, wertet aus und bereitet die Informationen auf.

Hier erfahren Besucher*innen des Portals nicht nur die Ursprünge und Hintergründe von Verschwörungsmmythen, sondern auch, wo der Funke Wahr-

heit darin ist und was als reine Fiktion abgelegt werden kann und somit keiner wissenschaftlichen Überprüfung standhält.

Mithilfe dieses Portals kann man zukünftig Verschwörungsmmythen im eigenen Umfeld durch die richtigen Fragen und nützliche Fakten entkräften und dazu beitragen, dass Menschen, die einem nahestehen, nicht weiter in Verschwörungskreise und Parallelwelten hinabrutschen.

So ist das Portal aufgebaut: Im **Archiv** werden Verschwörungsmmythen gesammelt, die „Der Fabulant“ ausführlich überprüft. Er deckt Logikfehler,

Widersprüche und Lücken auf und bewertet Fantasie, Wahrheitsgehalt und Gefährlichkeit der Erzählungen.

Im **Labor** geht es analytisch zu. Hier werden Hintergrundinformationen, Analysedaten, Screenshots, aktuelle Trends und Entwicklungen aus dem Monitoring veröffentlicht.

In **Exit** bekommt man Hilfe. Es gibt Tipps zum Erkennen von Verschwörungsmmythen und zum Umgang mit Verschwörungsgläubigen und es werden Beratungsstellen genannt.

Ergänzt wird das Portal durch Kurzvideos, Podcasts, Design-Labs für Multiplikator*innen



Foto: New Africa / AdobeStock

Eine Verschwörungstheorie behauptet, dass Strichcodes negative Energie auf Lebensmittel und damit auf den Menschen übertragen.

und Profile auf Facebook, Instagram, LinkedIn und Twitter. „Der Fabulant“ wird gefördert durch die Bundeszentrale

für Politische Bildung und im Rahmen des Landesprogramms „Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus.“

Die Renteninformation sensibilisiert für eine notwendige private oder betriebliche Altersvorsorge

Ausblick auf die künftigen Rentenbezüge

Die Renteninformation erhalten automatisch alle Versicherten, die mindestens 27 Jahre alt sind. Außerdem müssen fünf Jahre mit Beitragszeiten vorhanden sein, da dies die Grundvoraussetzung für eine Rente ist. Aus der Renteninformation lassen sich wichtige Dinge lesen.

Verbraucher*innen können anhand der jährlichen Renteninformation besser einschätzen, mit was für einer Rente sie später rechnen können, wie groß die Lücke zum aktuellen Einkommen ist und in welchem Maße sie sich daher zusätzlich absichern sollten, etwa mit einer privaten oder betrieblichen Altersvorsorge.

Welche Infos stehen in der Renteninformation?

Die Renteninformation hält für Versicherte die wichtigsten Informationen zu ihren Rentenansprüchen bereit, die sich aus ihrer jeweiligen Erwerbsbiografie ergeben: Ab wann sie eine Regelaltersrente erhalten können, wie hoch ihr Rentenanspruch wäre, wenn sie ab jetzt

keine weiteren Beiträge mehr leisten würden, und auch die erwartbare Rentenhöhe, wenn sie weiterhin so verdienen wie bislang. Prognostiziert wird die Rentenhöhe auch unter Berücksichtigung von Rentensteigerungen.

Ferner erfahren Versicherte, mit welchem Rentenanspruch sie bei voller Erwerbsminderung durch eine gesundheitliche Einschränkung rechnen könnten. Sämtliche angegebenen Werte sind dabei als Brutto-Beträge zu verstehen, weil in der Regel Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge sowie Steuern von der Rente abgehen.

Gemeinsam mit der ersten Renteninformation erhalten Versicherte zudem einen Versicherungsverlauf, aus dem sich die im Versicherungskonto gespeicherten Beitragsjahre und Beitragshöhen ablesen lassen.

Was tun bei fehlenden Versicherungszeiten?

Stellen Versicherte fest, dass Zeiten fehlen oder Daten feh-



Foto: Valerii Honcharuk / AdobeStock

Die Renteninformation sollte aufmerksam gelesen werden: Reicht die zu erwartende Rente für einen guten Lebensstandard?

lerhaft erfasst wurden, sollten sie dies ihrem Rentenversicherungsträger mitteilen. Im Idealfall belegen Betroffene ihre Annahmen mit entsprechenden Nachweisen – zum Beispiel der Jahresmeldung ihres Arbeitgebers über die Höhe ihres Verdienstes.

Gut zu wissen: Gerade Schul-, Ausbildungs- und Kindererziehungszeiten erfasst die Rentenversicherung nicht automatisch, diese müssen händisch

erfasst werden.

Übrigens: Die Renteninformation ist nicht dasselbe wie die deutlich umfangreichere Rentenauskunft. Erstere bekommen Versicherte ab dem 27. Lebensjahr, die mindestens fünf Beitragsjahre vorweisen können, jährlich zugeschickt. Nach Vollendung des 55. Lebensjahres wird die Renteninformation alle drei Jahre durch die Rentenauskunft ersetzt. *Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund*



Foto: Take Production / AdobeStock

Wenn absehbar ist, dass die staatliche Rente niedrig ausfällt, sollte man so früh wie möglich privat fürs Alter vorsorgen.

Sprechstunden und Sozialberatung



Tiko / AdobeStock

Sollte nichts Anderes vermerkt sein, finden die Sozialberatungen und Sprechstunden nach Terminvereinbarung statt. Sozialrechts-Beratungstermine durch die Sozialjurist*innen Sigrid Jahr, Thomas Meinel, Annette Mülöt-Carvajal-Gomez und Angelika Purschke werden über die Sozialberater*innen oder die Landesgeschäftsstelle vermittelt.

Landesverband Hessen

Landesgeschäftsstelle, Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Sekretärin Christine Weidenauer, Bürozeiten: montags bis freitags, 10–15 Uhr. Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de. Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung.

Kreisverband Osthessen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, 0611/85 108,

E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Beratung Bad Wildungen

SoVD-Büro, Bahnhofstraße 5a, montags 13–18 Uhr und mittwochs 9–15 Uhr. Terminvereinbarung bei Hans-Jürgen Schmidt, Sozialberater und Vorsitzender, unter Tel.: 05621/96 78 787, Tel.: 0151/96 46 189 oder per E-Mail: hans-juergen.schmidt@sovd-hessen.de oder kommen Sie während der Öffnungszeiten einfach vorbei!

Beratung Calden

Irmgard Fohr, Kreisverbandsvorsitzende, unter Tel.:

05674/65 67, oder per E-Mail: irmgardfohr@gmx.de.

Beratung Hofgeismar

Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

Beratung Kassel

AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, Annette Mülöt-Carvajal-Gomez, dienstags 14–17 Uhr und donnerstags 10–13 Uhr, Tel.: 0561/14 657.

Beratung Korbach

Ralf Wiegelmann, Tel.: 0171/76 30 410.

Beratung Vernawahlshausen

Sonja Hettler, Tel.: 05571/49 52.

Kreisverband Südhessen

Vorsitzender Rudolf Schulz, Friedensstraße 26, 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im April Geburtstag haben, gratuliert der SoVD Hessen herzlich. Kranken Mitgliedern wünscht er eine baldige Genesung.

60 Jahre: 5.4.: Petra Dunsbach, Kassel; 9.4.: Anke Scheerer, Stadtallendorf; 10.4.: Jürgen Seibel, Wald-Michelbach; 13.4.: Cornelia Hoen, Frankfurt; 20.4.: Heike Zabolitzki-Horlebein, Rodgau; 26.4.: Marco Schnell, Fulda; 29.4.: Anke Bender, Weilburg; 30.4.: Michael Weingärtner, Frankfurt.

65 Jahre: 9.4.: Kornelia Langendörfer, Münchhausen; 18.4.: Rolf Lubbe, Bad Wildungen; 24.4.: Gerhard Burk, Lahntal; Horst Keller, Friedberg; Stefan Kaufhold, Obertshausen; 26.4.: Thomas Horlebein, Rodgau; 28.4.: Margret Brüggemann, Münchhausen.

70 Jahre: 6.4.: Lothar Rüppel, Bad Emstal; 13.4.: Ewa Grezler-Bremisch, Königstein; 21.4.: Marlis Kirschner, Bad Wildungen.

75 Jahre: 23.4.: Claus Schäfer, Gladenbach.

80 Jahre: 24.4.: Brigitte Briel, Bad Karlshafen.

85 Jahre: 8.4.: Brigitte Schutta, Hofgeismar.

90 Jahre: 5.4.: Gerda Kränzler, Usingen.

92 Jahre: 1.4.: Irma Wehrheim, Oberursel.

93 Jahre: 12.4.: Rosemarie Bick, Rotenburg; 16.4.: Aron Neufeld, Waldsolms.

In den Geburtstagsgrüßen für hohe Jubiläen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen sind ihrem Wunsch gemäß nicht genannt.

www.sovd-hessen.de



Foto: Blickfang / Adobe Stock

Deutschland schneidet im europäischen Rentenvergleich schlecht ab

Private Altersvorsorge ist nötig

Ein Rentenvergleich in Europa bestätigt, dass es den deutschen Rentner*innen finanziell nicht sonderlich gut geht. Ein großer Teil der deutschen Rentner*innen ist bereits jetzt arm oder wird künftig in Altersarmut leben. Wirtschaftsberater*innen sowie der SoVD prognostizieren beim Rentenvergleich, dass sich die Situation für deutsche Rentenempfänger*innen eher noch verschlechtern wird.

Zu beachten ist bei dem Rentenvergleich, dass die europäischen Rentensysteme aufgrund verschiedener Rentenmodelle nicht ohne weiteres vergleichbar sind. Es gibt die zwei Rentensysteme, das sogenannte Bismarck-Rentensystem und das Beveridge-Rentensystem. In Deutschland werden die Renten nach dem Bismarck-Rentensystem aus den aktuellen Einnahmen (Beiträgen) der Erwerbstätigen finanziert. Eine verpflichtende Betriebsrente wie im Beveridge-Rentensystem, mit Zahlung der Grundrente aus Steuereinnahmen, ist für Deutschland nicht vorgesehen.

Deutsche Renten sind niedrig

Die Höhe der Renten in Deutschland, die Nettoersatzquote, beträgt nur 52,9 Prozent. Das heißt, die deutschen Rentner*innen erhalten durchschnittlich nur 52,9 Prozent ihres letzten Gehalts als Rente ausgezahlt. Somit liegt Deutschland beim Rentenvergleich aller europäischen Länder hinsichtlich der Nettoersatzquote an 22. Stelle! Es gibt nur wenige Länder, in denen es noch weniger gibt als in Deutschland.

Des Weiteren berechnet sich die Höhe der Rente auf der Grundlage von Rentenpunkten, die sich am Durchschnittsverdienst in Deutschland orientieren. Wessen Jahresbruttogehalt exakt dem Durchschnittsverdienst (2023: 38,901 Euro) entspricht, erhält einen Rentenpunkt (Westdeutschland). Insofern bekommt man mit 45 Rentenpunkten 48,2 Prozent des Durchschnittsgehalts als Rente.



Foto: juefraphoto / Adobe Stock

Von Altersarmut sind in Deutschland besonders Frauen betroffen.

Gemäß Deutscher Rentenversicherung liegt die Durchschnittsrente bei 1.550 Euro brutto. Männer erhalten durchschnittlich 1.295 Euro netto und Frauen 863 Euro netto bei 35 Jahren Versicherungszeit.

Altersarmut bei Frauen hoch

Frauen sind oft aufgrund von zum Beispiel Kindererziehung weniger Jahre berufstätig und verdienen in vielen Branchen circa 18 Prozent weniger als Männer. Sie sind ganz besonders von Altersarmut betroffen. Selbst eine 45-jährige Versicherungszeit lässt bei vielen aufgrund des Bismarckschen Rentensystems auf keine zufriedenstellende Rente hoffen.

Da Rentenbescheide hinsichtlich Anrechnung bestimmter Zeiten oft inkorrekt sind, hilft der SoVD beratend seinen Mitgliedern sowie werdenden Mitgliedern ohne Einhaltung einer Wartefrist.

Statistisch erhalten 50 Prozent aller Rentner*innen eine Altersrente von weniger als 1.150 Euro netto. Demzufolge sind laut Statischem Bundesamt mindestens 15 Prozent der Rentner*innen von Altersarmut bedroht, Tendenz steigend. Wer sich also vor Altersarmut schützen will, muss oder sollte Eigeninitiative ergreifen!

In der EU liegt das gesetzliche Renteneintrittsalter im Durchschnitt bei 64 Jahren und in Deutschland bei 65 Jahren. Faktisch gehen die Männer mit 63,1 Jahren in Rente, die Frauen mit 63,2 Jahren.

Auffällig ist, dass es in vie-

len Ländern, wie zum Beispiel Dänemark, Niederlande, Großbritannien, Island, Norwegen, Schweden, Schweiz oder Australien, neben der verpflichtenden gesetzlichen Rentenversicherung noch zusätzliche Absicherungen gibt. Diese sind sogar oft verpflichtend und tragen erheblich zur Absicherung im Rentenalter bei.

Privat unbedingt vorsorgen

Die Sicherung vor Altersarmut könnte im Erwerb von Eigentum, Rentenfonds etc. bestehen. Das geht aber nur, falls sich dies jede*r im Renteneintrittsalter trotz ständig höher werdenden steuerlichen Abgaben auch leisten und es finanzieren kann.

In den USA zum Beispiel wird durch umfassende Steuerbegünstigungen ein großer Teil der Rentenhöhe durch die private Vorsorge abgesichert (42,4 Prozent des Durchschnittsverdienstes). In Deutschland ist der Wert mit 14,1 Prozent gerade einmal ein Drittel davon.

Die Rentenhöhe in Deutschland schneidet damit auch unter Berücksichtigung der privaten Vorsorge im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich ab.

Fazit: Im europäischen Rentenvergleich gibt Deutschland ein trauriges Beispiel ab. Individuelle Vorsorge (Immobilien-erwerb, Abschluss von Pflegezusatzversicherungen etc.), am besten schon in jungen Jahren, ist unumgänglich, um nicht im Alter in Altersarmut zu geraten.

Sigrid Jahr

SoVD-Aktion zum Frauentag in St. Ingbert

Für gleiche Bezahlung

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März veranstaltete der SoVD-Landesverband gemeinsam mit den Ortsverbänden im Saarland eine Aktion in der Fußgängerzone von St. Ingbert. Unter dem Motto „Wir Frauen wollen keine kleinen Brötchen backen!“ machten die Teilnehmenden auf die noch immer bestehende Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern aufmerksam.

Laut Statistischem Bundesamt verdienen Frauen in Deutschland durchschnittlich bis 18 Prozent weniger als Männer – eine Ungerechtigkeit, die nicht hingenommen werden darf! Darauf machte der SoVD in St. Ingbert aufmerksam. Organisiert wurde die Aktion von der Landesfrauensprecherin Monika Six, die gemeinsam mit den SoVD-Ortsverbänden zahlreiche Gespräche mit interessierten Besucher*innen führte. Viele berichteten von eigenen Erfahrungen mit ungleicher Bezahlung und erlebten Benachteiligungen im Berufsleben. Dabei wurde deutlich, dass die Lohnlücke nicht nur ein statistischer Wert ist, sondern für viele Frauen reale Auswirkungen hat. Die Diskussionen zeigten, dass ein gesellschaftliches Umdenken notwendig ist, um Lohndiskriminierung wirksam zu bekämpfen.

Besonders erfreulich war der Besuch des lokalen Bundestagsabgeordneten Esra Limbacher (SPD), der das Anliegen unterstützt und die Bedeutung von Lohngerechtigkeit hervorhob. Auch Lieselotte und Hans Bur vom Seniorenbeirat der Stadt St. Ingbert waren vor Ort und tauschten sich mit den Teilnehmenden aus. Ihre Präsenz unterstrich, dass der Kampf für soziale Gerechtigkeit alle Generationen betrifft und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleibt. Die positive Resonanz auf die Aktion zeigt, dass das Thema viele Menschen bewegt. Der SoVD setzt sich weiterhin für echte Gleichstellung ein und wird die Debatte um faire Bezahlung auch in Zukunft auf politischer und gesellschaftlicher Ebene vorantreiben.



V. li.: Erika Abel, Monika Six, Ilona Schad-Schery und Kerstin Kühn-Halter.



Monika Six (li.) im Gespräch mit einer Passantin.



V. li.: Ilona Schad-Schery, Kerstin Kühn-Halter, Inge Schmidt, Monika Six, Esra Limbacher (MdB, SPD) und Erika Abel.



Sozialjuristin Sigrid Jahr



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Unna



Ortsverband Unna



Ortsverband Berzhahn



Termine

Ortsverbände Unna, Weyerbusch und Berzhahn

Vorschau: 1. - 5. Juni: Fahrt nach Frammersbach im Spessart mit umfangreichem Programm und Leistungen wie z. B. Halbpension, Filmabend, Livemusik und Reiseleitung. Als verbindliche Anmeldung gilt die Überweisung einer Anzahlung in Höhe von 50 Euro pro Person (Konto-Nr.: DE87 5739 1800 0009 9891 10, Westerbaldbank e.G.). Genaue Details zu Abfahrtszeiten, Abfahrtsorten, Gesamtpreis, Anmeldung etc. bitte bei Jürgen Metzger unter Tel.: 02661/53 64 erfragen.

Ortsverband Weyerbusch

12. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen, Landhaus Mehren, Auf dem Brouch 1, 57635 Mehren. Es werden Kaffee und Schnittchen serviert, Kuchenspenden werden gerne entgegengenommen.

Anmeldung bis 1. April bei Ewald Pfau, Tel.: 02686/80 87, Alfons Steinhauer, Tel.: 02686/98 78 87 oder Reinhard Engel, Tel.: 02685/98 93 96.

Ortsverband Berzhahn

Am Aschermittwoch fand das traditionelle Heringessen des Ortsverbandes Berzhahn statt. Vorsitzende Martina Serowi (s. Foto, re.) und ihr Team legten von Hand über 80 Portionen Heringe ein und kochten und pellten über 25 Kilo Kartoffeln. Das SoVD-Heringessen war wieder ein voller Erfolg und gehört als fester Termin zum Verbandsleben. Vielen herzlichen Dank an alle Helfer*innen!

Ortsverband Unna

Der SoVD Unna war auch dieses Jahr am 9. März wieder mit einem Infostand auf der

Gesundheitsmesse in Bad Marienberg vertreten. Landesgeschäftsführer Christian Dirb, Helga Pfeiffer, Helga Leonhardt und Jürgen Metzger (s. Foto, v. li.) sowie Bärbel Metzger (s. mittleres Foto) und Heinz Kempf konnten die vielen Fragen rund um den SoVD beantworten. Insbesondere die Themen Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht waren „der Renner“. Besonders gefreut hat sich das Team über die Besuche aus dem Ortsverband Berzhahn mit Martina und Joachim Serowi sowie dem Ortsverband Weyerbusch mit Ewald Pfau, Alfons Steinhauer und Reinhard Engel.



Ortsverband Berzhahn



Sprechstunden

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialrechtsberater*innen rund um das Sozialrecht, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz unter Tel.: 0631/73 657 oder Tel.: 06131/69 30 165. Dort verweist man Sie an den*die für Ihre Frage zuständige*n Berater*in.

Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:

- Für die **Region Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinland-Pfalz** steht Ihnen Rechtsanwalt Ralf Geckler unter Tel.: 06236/46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Wörth** steht Ihnen Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151/22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Westerbald** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr unter Tel.: 0151/43 10 67 54 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Saar-Pfalz** steht Ihnen Sozialrechtsbe-

berater Sven Keller unter Tel.: 06351/13 14 141 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

- Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Andrea Klosowa unter Tel.: 0151/43 13 59 02 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

Die Vergabe von Vor-Ort-Terminen in den Beratungsstellen und von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialrechtsberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialrechtsberater*innen stehen Ihnen auch ehrenamtlich Beratende nach Terminabsprache mit Rat und Tat zur Seite, zum Beispiel Gabriele Schepelmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176/34 03 41 58 (mobil), sowie Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01. Nähere Informationen erteilt die Landesgeschäftsstelle.

Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:

Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67655 Kaiserslautern, Tel.: 0631/73 657.

Büro Mainz: Kaiserstraße 26-30, 55116 Mainz, Tel.: 06131/69 30 165.

Sozialrechtsberatung im Saarland

Der Landesverband bietet in Kooperation mit der AWO Saarland e.V. Sozialrechtsberatung vor Ort an verschiedenen Standorten im Saarland an.

Sozialrechtsberater Sven Keller steht persönlich zur Verfügung. Selbstverständlich sind sozialrechtliche Beratungen auch telefonisch oder online zwischen den Sprechtagen möglich.

Sprechtagen nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 oder 0151/41 49 15 98, Änderung vorbehalten.

Spiesen-Elversberg: 16. April, 9.30-12 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Hauptstraße 120.

Homburg (Saar): 16. April, 13.30-16 Uhr, AWO Haus der Begegnung, Spandauer Straße 10.

Nonnweiler: 30. April, 9.30-12 Uhr, AWO-Wohnheim (das Sozialbüro ist links), Am Hammerberg 1.

Saarbrücken: 30. April, 13.30-16 Uhr, AWO-Landesgeschäftsstelle, Hohenzollernstraße 45.



Glückwünsche

60 Jahre: 3.4.: Andreas Erner, Scheuerfeld; 9.4.: Jerzy Jacek Skorupa, Nierstein; 14.4.: Patrick Steffen, Neuwied; 15.4.: Uwe Lützenberger, Herxheim; 16.4.: Marion Friedrich, Alsheim; 27.4.: Corina Hohmann, Hintertiefenbach.

65 Jahre: 7.4.: Simone Schneider, Langenlonsheim; 8.4.: Dorothea Kümpel, Asbach; 11.4.: Michael Kilian, Feilbingert; 15.4.: Regina Schäfer, Andernach; 17.4.: Elisabeth Kopp-Vogel, Landau; 26.4.: Eleonore Mosca, Andernach; 30.4.: Roland Röder, Germersheim; 30.4.: Thomas Mellein, Rülzheim.

70 Jahre: 3.4.: Ingrid Rohr, Zeiskam; 5.4.: Herbert Wilhelm, Wadern; 7.4.: Lothar Pirrong, Zweibrücken; 8.4.: Roswitha Feistel, Lauterecken; 9.4.: Reinhard Ehlers, Hausen; 11.4.: Gabi Magura-Pieschowski, Rülzheim; 18.4.: Hans Joachim Schröder, Ludwigshafen; 20.4.: Inge Maria Liebel, Rülzheim; Elke Gerhardt, Kelkheim; Werner Dreyer, Rülzheim.

75 Jahre: 3.4.: Heinz Reis, Saarbrücken; 9.4.: Gisela Henigin, Hatzenbühl; 10.4.: Dietmar Marckert, Kastelaun; 12.4.: Ursula Harter, Kuhardt; 13.4.: Helga Blunk, Germersheim; 17.4.: Günther Adelfang, Neuwied; 20.4.: Friedrich Laveuve, Leimersheim.

80 Jahre: 4.4.: Herbert Strauch, Rülzheim; 5.4.: Gerd Rheude, Hördt; 15.4.: Karl Heinz Klein, Bad Kreuznach; 16.4.: Sigrun Huber, Homburg.

85 Jahre: 1.4.: Hertha Schmitt, Homburg; 6.4.: Arno Lange, Unna; 17.4.: Brigitte Purpus, Offenbach-Hundheim; 18.4.: Hildegard Becker, Mainz-Hechtsheim; 19.4.: Werner Gensheimer, Hördt.

91 Jahre: 28.4.: Susanne Ruffing, Spiesen-Elversberg; 29.4.: Johann Rauch, Spiesen-Elversberg.

92 Jahre: 24.4.: Marie-Luise Hartenburg, Worms.

93 Jahre: 14.4.: Gerda Zada, Mannheim.

98 Jahre: 19.4.: Maria Busch, Altenglan.

99 Jahre: 24.4.: Resi Weber, Weissenthurm.

Die SoVD-Frauen waren anlässlich des „Gleichstellungsmonats“ aktiv

Frauen weiterhin benachteiligt

Im März gibt es gleich drei große Termine, die sich um Frauenrechte drehen. Neben dem Internationalen Frauentag, der sich weltweit für Gleichberechtigung einsetzt, gibt es in Europa jeweils einen Tag, um auf die immer noch deutliche Benachteiligung von Frauen bei der Bezahlung und der Anerkennung ihrer unbezahlten Sorgearbeit in der Familie aufmerksam zu machen.

Auftakt des Frauenmonats ist der 1. März, der Equal Care Day. Er weist darauf hin, dass die Lastenverteilung der Sorgearbeit immer noch größtenteils bei den Frauen liegt, mit täglich eine Stunde und 19 Minuten mehr unbezahlter Arbeit als bei Männern. Das entspricht einem zusätzlichen Vollzeitarbeitstag.

Den Equal Pay Day (EPD) am 7. März nahm der Ortsverband Bodman-Ludwigshafen zum Anlass, die Frauen zu informieren und ihnen deutlich zu machen, dass sie umgerechnet im Bundesdurchschnitt 66 Tage im Jahr umsonst arbeiten, um für den Rest des Jahres die gleiche Entlohnung zu haben wie die männlichen Kollegen.

Die Aktion mit dem Slogan „Wir Frauen wollen keine kleinen Brötchen mehr backen“, der aufgefüllten Brötchentüten auf-



V. li.: Ursula Schmid und Antonia Schellinger verteilten EPD-Brötchentüten in Konstanz.

gedruckt war, fand bundesweit im SoVD statt. Landesfrauen-sprecherin Antonia Schellinger und Ursula Schmid verteilten

diese Tüten zum Beispiel in Konstanz. Bei der Aktion ergaben sich interessante Gespräche, unter anderem mit jungen Müttern, die nicht in Vollzeit arbeiten können, in Ermangelung eines Kinderbetreuungsplatzes, der gar nicht vorhanden ist oder zeitlich nicht in die Arbeitswelt passt. Frauen mittleren Alters erzählten oft von der ungleichen Bezahlung in ihrem Berufsleben und dass ihnen trotz ausgezeichneter Qualifikation die Führungsposition verwehrt werde.

Auch der 8. März, der Internationale Frauentag, wurde in vielen Orts- und Kreisverbänden zum Anlass genommen, um sich zu versammeln und daran zu erinnern, dass die Gleichstellung von Frauen in Deutschland kein Privileg, sondern ein Grundrecht ist.



Foto: DMegias / Adobe Stock

Ein „Zuhause-Gefühl“ der Bewohner*innen und Gemeinschaftserlebnisse machen ein gutes Pflegeheim aus.

Vergleichsportal Pflegenavigator der AOK

Orientierung und Transparenz in der Pflege

Um Angehörigen die Suche nach Pflegeangeboten zu erleichtern, gibt es den AOK-Pflegenavigator. Er wurde in der Kategorie „Bestes Vergleichsportal Pflegedienste“ mit dem Deutschen Servicepreis 2025 ausgezeichnet.

Das Angebot der AOK unterstützt Pflegebedürftige und ihre Angehörigen gezielt bei der Suche nach passenden Pflegediensten, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen sowie Pflegeheimen. Das Portal bietet transparente Informationen zur Versorgungsqualität, den Eigenanteilen sowie den Schwerpunkten und Zusatzleistungen vieler Einrichtungen.

Ein weiteres Plus: Die Nutzer*innen können sich zusätzlich über die Prüfnote von Pflegediensten aus deren aktuellen Transparenzberichten informieren. Zudem bietet der Pflegenavigator eine Kostenschätzungs-Funktion für Pflegedienste. Das heißt: Es lässt sich der individuelle Pflegebedarf ermitteln und welche Kosten beim jeweiligen Pflegedienst entstehen würden.

Außerdem bietet das Portal umfangreiche Angaben zur Versorgungsqualität in den Pflegeheimen und informiert über die konkrete Höhe der Eigenanteile, die von den Bewohnenden in den einzelnen Einrichtungen zu bezahlen sind.

Einige Heime machen auch Angaben zu fachlichen Schwerpunkten oder Services, die ebenfalls im Portal abrufbar sind unter: www.aok.de/pflegenavigator.



Personalien

Christine Plewaka ist die neue Sozialrechtsberaterin im Landesverband. Die 28-Jährige hat in Regensburg Rechtswissenschaften studiert, mit den Schwerpunkten Gesundheits-, Sozial- und Migrationsrecht. Erste Berufserfahrung sammelte sie während ihres Referendariats am Sozialgericht Würzburg.

Plewaka ist künftig im Landesverband Baden-Württemberg als Sozialrechtsberaterin in der Rechtsberatungsstelle in Albstadt tätig.

Sie freut sich sowohl darauf, den hilfesuchenden Mitgliedern mit ihrer Fachkompetenz zu helfen, als auch auf die Zusammenarbeit mit ihren Kolleg*innen.



Krankenkassen-Bonus muss ab einer bestimmten Summe versteuert werden

Bis 150 Euro ohne Nachweis

Zahlreiche Krankenkassen bieten Bonusprogramme, mit denen sie gesundheitsbewusstes Verhalten ihrer Versicherten finanziell belohnen – das können 150 Euro im Jahr oder auch mehr sein. Warum der Unterschied zwischen Bonuszahlung und Beiträgerstattung so wichtig ist und was es dabei sonst noch steuerlich zu berücksichtigen gilt, erläutert der Lohnsteuerhilfeverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe e. V. (VLH).

In früheren Jahren wurde teils gerichtlich darüber gestritten, ob Bonuszahlungen von Krankenkassen als Beiträgerstattung gelten oder nicht. Das kann sich auf die Steuerlast auswirken, denn Beiträgerstattungen mindern für Steuerpflichtige mit kompletter Summe den Sonderausgabenabzug. Nach einigem Hin und Her beschied das Bundesfinanzministerium (BMF) im Dezember 2021, dass Zahlungen aus Bonusprogrammen der Krankenkassen bis zu einer Höhe von 150 Euro nicht als Beiträgerstattungen gelten und sich somit nicht mindernd auf die Sonderausgaben auswirken.

Zur Erklärung: Zu den Sonderausgaben gehören unter anderem sogenannte Vorsorgeaufwendungen wie Beiträge zur Kranken- oder Pflegeversicherung. Diese können unter bestimmten Voraussetzungen

in der Steuererklärung geltend gemacht werden.

Die mit BMF-Schreiben dargelegte Verwaltungsregelung für die steuerliche Behandlung von Bonuszahlungen der gesetzlichen Krankenkassen hat sich seitdem bewährt. Zwar galt die Regelung zunächst nur bis zum 31. Dezember 2024 – allerdings wurde sie nun gesetzlich festgeschrieben und gilt deshalb seit 1. Januar 2025 dauerhaft.

Und wenn die Krankenkasse in einem Jahr mehr als 150 Euro an Bonuszahlungen überweist? Mindert das dann direkt den Sonderausgabenabzug? Im Grunde ja, zumindest was den übersteigenden Betrag angeht. Denn dann geht das Finanzamt erst einmal von einer Beiträgerstattung aus. Das lässt sich aber verhindern. Dazu bittet man die Krankenkasse um eine Bescheinigung. Darin

sollte bestätigt werden, dass die Bonuszahlungen, die über 150 Euro hinausgehen, Gesundheitsmaßnahmen betreffen, die nicht im Basisversicherungsschutz enthalten sind, oder die der Förderung gesundheitsbewussten Verhaltens dienen. Und dass diese Leistungen von der versicherten Person privat finanziert wurden.

Hinweis: Erstattungen, die nicht unter die Bonuszahlungen fallen, sind bei Krankenkassen möglich, die einen Wahltarif mit Beiträgerstattung anbieten. Versicherte, die sich dafür entscheiden, können einen Teil ihrer Beiträge zurückbekommen. Etwa wenn sie ein Jahr lang keine Leistungen in Anspruch genommen haben. Eine solche Rückerstattung ist gesetzlich auf 600 Euro begrenzt – und mindert in ganzer Summe den Sonderausgabenabzug. *Quelle VLH*

Nachruf



Am 27. Februar, wenige Tage nach seinem 76. Geburtstag, verstarb

Leopold Lokotsch,

langjähriger Ortsvorsitzender des SoVD Höpfigen.

Er trat 2000 in den SoVD ein und engagierte sich sogleich im Ortsverband Höpfigen. Von 2005 bis 2008 war er Beisitzer und übernahm im Sommer 2009 bis 2013 kommissarisch das Amt des 2. Vorsitzenden. 2013 wurde er zum 1. Vorsitzenden gewählt und hatte das Amt bis zu seinem Tod inne.

Er ließ es sich nicht nehmen, die Termine für die Sozialrechtsberatung mit den Mitgliedern und Ratsuchenden selbst zu koordinieren und bei der Beratung anwesend zu sein.

Auch sonst stand er für die Mitglieder stets zur Verfügung, half und organisierte. Seine Ehefrau Karin unterstützte ihn dabei tatkräftig.

Der SoVD-Bundesvorstand, der Landesvorstand sowie die Geschäftsführung danken Leopold Lokotsch für sein aktives soziales Wirken im SoVD und entbieten seiner Familie auf richtige Anteilnahme. Wir werden sein Andenken stets in Ehren behalten.

5 Termine



Foto: Wellnhofer Designs / Adobe Stock

Ortsverband Höpfigen

Vorschau: 13. Mai, 14.30 Uhr: Infonachmittag, Gasthof zum Ochsen, Heidelberger Straße 18, 74746 Höpfigen.

Ortsverband Mannheim-Mitte

4. April, 17 Uhr: Stammtisch, Restaurant Lindbergh (am City Airport), Seckenheimer Landstraße 170, 68163 Mannheim.

Glückwünsche



Foto: ortis / Adobe Stock

*Freude lässt sich nur voll auskosten,
wenn sich ein anderer mitfreut.*

Mark Twain

Allen Mitgliedern, die im April Geburtstag haben, gratulieren wir recht herzlich. Gleichzeitig wünschen wir kranken Mitgliedern eine baldige Genesung.

65 Jahre 2.4.: Ralf Schmidt, Nehren.

70 Jahre: 15.4.: Friedrich Stradinger, Neulußheim; 22.4.: Johann Kucher, Westhausen.

75 Jahre: 11.4.: Edna Herrlinger, Pliezhausen.

80 Jahre: 4.4.: Anita Kleiner, Neukirch.

85 Jahre: 14.4.: Wolfgang Metzger, Mannheim; 30.4.: Werner Böhneke, Albstadt.

90 Jahre: 1.4.: Anton Stauß, Winterlingen; 10.4.: Katharina Ehnle, Schwenningen; 26.4.: Lore Strobel, Straßberg.

91 Jahre: 8.4.: Hans-Joachim Jugert, Bietigheim-Bissingen.

96 Jahre: 7.4.: Lieselotte Apel, Albstadt.

In den Geburtstagsgrüßen werden nur diejenigen Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung ihres Geburtstages zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.

Die Afrikanische Schweinepest breitet sich auch in Baden-Württemberg aus

Sperrzonen im Wald beachten

Vor dem Hintergrund der aktuellen Lage zur Afrikanischen Schweinepest (ASP), die sich von Hessen und Rheinland-Pfalz nach Baden-Württemberg ausbreitet, gilt beim Bärlauch sammeln und allgemein bei Waldbesuchen in diesem Jahr besondere Umsicht.

Bärlauchsammler*innen sollten sich vorab informieren, ob ihr Waldstück, in dem sie nach Bärlauch suchen wollen, in einer ASP-Sperrzone liegt. Hinweise finden Sie auf den Webseiten des jeweiligen Landbezugsweise Stadtkreises.

Um Wildschweine nicht unnötig zu beunruhigen und zu weiträumigen Fluchten zu bewegen, dürfen im Waldgebiet die befestigten Wege, in dem Sperrbezirk der von dem ASP-Seuchenausbruch besonders betroffen ist (sogenannte Sperrzone II, infizierte Zone), nicht verlassen werden. Deshalb ist auch das Sammeln von Bärlauch in dieser Zone nicht erlaubt und Hunde müssen an die Leine. Zudem ist darauf zu achten, Tore in Schutzzäunen unbedingt geschlossen zu halten. Oberstes Ziel bleibt es, die Tierseuche auf ein möglichst kleines Gebiet einzudämmen und einen Übertritt auf Hauschweinebestände zu verhindern.

Nicht nur in der Urlaubssaison ist es wichtig, sich das

Risiko des Einschleppens der ASP durch Lebensmittel- und Speisereste in die heimischen Schweinehaltungen und Wildschweinpopulationen bewusst zu machen. Alle Waldbesucher*innen können einen Beitrag leisten und dies verhindern. „Lassen Sie bitte keine Lebensmittel- und Speisereste beim Wandern oder dem Aufenthalt in der Natur zurück. Entsorgen Sie Speisereste am Rast- oder Parkplatz ausschließlich in gut verschließbaren Mülleimern oder nehmen die Reste wieder mit nach Hause, wo sie wiederverwendet oder wildschwein-sicher im Mülleimer mit verschließbarem Deckel entsorgt werden können. Werfen Sie die Speisereste auf gar keinen Fall in die Landschaft. Das ist die beste ASP-Prophylaxe“, betonte Peter Hauk, Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

Falls Sie totes Wild insbesondere Wildschweine finden, halten Sie Abstand und informieren Sie den örtlich zuständigen Jäger oder die jeweils zustän-



Foto: Ana Gram/Adobe Stock

Wildschweine sind Überträger der Schweinepest.

dige untere Veterinärbehörde bei den Stadtkreisen und/oder Landratsämtern. Die Virusinfektion ist auf den Menschen nicht übertragbar und betrifft ausschließlich Wild- und Hauschweine. Allerdings kann der Mensch den Virus zum Beispiel durch Berührung eines infizierten Kadavers verbreiten.

Quelle: Verbraucherschutzministerium Baden-Württemberg



Sprechstunden

Eine persönliche Sozialrechtsberatung findet in den Regionen zu den angegebenen Sprechstunden durch die Sozialrechtsberater*innen statt.

Bei dringenden Anliegen können nach Terminvereinbarung auch außerhalb der Sprechzeiten telefonische Beratungen durchgeführt werden.

Teilweise sind, je nach technischen Voraussetzungen, auch Online- / Video-Beratungen möglich.

Sozialberatung in Albstadt

Die Sozialrechtsberatung in der Sonnenstraße 16, 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung im Kreisverband Bodensee-Alb

Die Terminvereinbarung für die Sprechstunden erfolgt durch die Rechtsberatungsstelle in Albstadt unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung in Bodman-Ludwigshafen

Die Sozialsprechstunden finden jeden dritten Donnerstag im Monat von 9.30 bis 11.30

Uhr statt. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung in Kressbronn / Lindau / Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden ersten Dienstag im Monat von 10 bis 13 Uhr in Kressbronn statt. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialrechtsberatung findet in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim nur nach Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 14 172 statt.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Freitag eines Monats von 10 bis 11.30 Uhr im Landgasthof „Zum Ochsen“ statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172, oder Leopold Lokotsch (1. Vorsitzender), Tel.: 06283/54 39.

Sozialberatung in Hockenheim

Die Sprechstunden finden am

letzten Mittwoch eines Monats (außer August und Dezember) von 15 bis 16 Uhr in der Zehntscheune, Untere Mühlstraße 4 in 68766 Hockenheim, statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172.

Sozialberatung im Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden sind jeden dritten Mittwoch von 9.30 bis 12 Uhr im „Gebrüder Schmid Zentrum“ Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart. Bitte unbedingt vorher bei Sozialrechtsberater Dario Becci unter Tel.: 0621/84 14 172 anmelden.

Bei dringenden Anliegen können auch außerhalb der Sprechzeit Telefonberatungen vereinbart werden.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die telefonische Sozialberatung findet unter Tel.: 0621/84 11 51 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle in 68305 Mannheim unter Tel.: 0621/84 14 172 zur Verfügung.



Mit einem Impulsvortrag eröffnete Landesschatzmeister Klaus Möhle die Veranstaltung.

Veranstaltung des Landesverbandes über Rechtsextremismus und Demokratie

„Angst ist kein Programm!“

Der Einladung des Landesverbandes zur Info-Veranstaltung „Angst ist kein Programm – Wie Rechte mit Stimmungen auf Stimmenfang gehen“ folgten mehr als 30 Interessierte, darunter viele Mitglieder des Landesverbandes. Die Veranstaltung fand am 7. Februar in den Räumlichkeiten der „etage“ nahe des Bremer Hauptbahnhofes statt und wurde in Zusammenarbeit mit dem „Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Bremen und Bremerhaven“ (mbt) organisiert.

Da der Referent André Aden, Fachjournalist für Rechtsextremismus, aus gesundheitlichen Gründen kurzfristig absagen musste, fand die Veranstaltung im großen Plenum statt. Nach einem Impulsvortrag von Klaus Möhle, Landesschatzmeister und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses, diskutierten die Anwesenden angeregt über verschiedene Themen. Es handelte sich um Fragen zu den Erkennungsmerkmalen einer rechten Gesinnung, zu Triebfedern der sozialen Spaltung, Möglichkeiten einer faktischen Auseinandersetzung, zu Strategien, um die „rechte Blase“ zu sprengen, und vieles mehr.

Zur Sprache kamen auch Zitate von Hannah Arendt, der jüdischen deutsch-US-amerikanischen Publizistin, die Anfang des letzten Jahrhunderts gelebt und gearbeitet hat. Sie warnte zum Beispiel: „Wo Tatsachen konsequent durch Lügen und Totalfiktionen ersetzt werden, stellt sich heraus, dass es einen Ersatz für die Wahrheit nicht gibt. Denn das Resultat ist keineswegs, dass die Lüge nun als wahr akzeptiert und die Wahrheit als Lüge diffamiert wird, sondern dass der menschliche Orientierungssinn im Bereich des Wirklichen, der ohne die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit nicht funkti-

onieren kann, vernichtet wird.“ Dies charakterisiere die gefährliche Strömung rechtsorientierter Politiker*innen, gegen die sich unsere demokratische Gesellschaft mit aller Vehemenz wehren müsse, waren sich die Teilnehmenden einig.

Möhle zeigte sich sehr zufrieden mit der Veranstaltung: „Wir müssen zusammenstehen! Jede und jeder von uns kann etwas in ihrem bzw. seinem sozialen Umfeld tun, um rechte Gedanken zu hinterfragen und ihnen gegebenenfalls die Rote Karte zu zeigen. Eines muss gesellschaftlich deutlich werden – bei uns gibt es keine Alternative zur Demokratie!“

Drogenscreening in Familien weiter gewährleistet

Vorübergehende Lösung

Mitte Januar wurde publik, dass das Institut für Pharmakologie und Toxikologie am Klinikum Mitte aus wirtschaftlichen Gründen Ende Februar schließen und privatisiert werden sollte. Da das Labor Tests bei drogensüchtigen Eltern und deren Kindern durchführte und damit eine lückenlose Kontrolle gewährleistete, ist es ein wesentlicher Bestandteil des Netzwerkes für Kinderschutz und Kindeswohl in Bremen.

Die Entrüstung zahlreicher Expert*innen, Institutionen und Organisationen war groß. Auch der Landesverband forderte in einem offenen Brief an die Gesundheits- und Sozialsenatorinnen, dass das Labor, das zum städtischen Klinikverbund Gesundheit Nord (GeNo) gehört, erhalten bleibt und damit eine Zergliederung der Netzwerkstrukturen durch eine Privatisierung der Drogenkontrollen verhindert wird.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung der Sozial- und Gesundheitssenatorinnen sowie der GeNo stellen die Verantwortlichen nun eine vorläufige Lösung vor: Ende Februar stellte das Labor am Klinikum Mitte tatsächlich einige Arbeitsbereiche ein. Einen Teil der Aufgaben wie die Analytik, Bewertung und Gutachten der Urin- und Blutproben sowie die Rückmeldung und Beratung der zuständigen Behörden hat inzwischen ein privates Labor übernommen.

Da es das Eingangsmanagement mit Einladung der betroffenen Eltern und Kinder sowie die rechtssicheren Probenentnahmen noch nicht vollständig leisten kann, werden große Teile dieser Leistungen bis auf Weiteres noch von der GeNo übernommen. Dr. Dorothea Dreizehnter, Geschäftsführerin Medizin und Infrastruktur der GeNo, versicherte in der Mitteilung, dass dieses Angebot so lange erhalten bleibe, bis alle Prozesse sicher geregelt seien – notfalls auch über das Jahr 2025 hinaus. Ob und zu welchen Konditionen das Angebot im bisherigen Institut dauerhaft fortgeführt werden kann, wird derzeit beraten, heißt es in der Mitteilung.

Quelle: Senat Bremen



Foto: New Africa / Adobe Stock
Aus Blutproben lässt sich der Drogenkonsum einer Person gut ablesen.

Zahlreiche SoVD-Mitglieder nahmen an den Demonstrationen in Bremen und Bremerhaven teil

Starkes Zeichen für die Demokratie gesetzt

Am 8. Februar fand nach rund einem Jahr in der Bremer Innenstadt erneut eine Großdemonstration unter dem Motto „Laut gegen Rechts“ statt. Wieder waren es circa 50.000 Menschen, die sich lautstark für Mitmenschlichkeit und den Erhalt der Demokratie einsetzten. Einen Tag später gingen erneut Menschen auf die Straße, diesmal in Bremerhaven.

„Es war einzigartig“, erinnert sich Landesschatzmeister Klaus Möhle an die Kundgebung im Bremer Zentrum. „Es tut gut, sich mit so vielen Menschen für die Zukunft unserer Demokratie zu engagieren.“

An der Demonstration nahmen neben Möhle auch weitere Mitglieder des SoVD-Landesverbandes teil. „Wir waren sehr viele Leute und haben uns in der Menschenmenge verteilt“,

berichtet der Landesschatzmeister.

„Immer wieder ein sichtbares und starkes Zeichen für unsere Demokratie zu setzen, ist enorm wichtig“, bekräftigt auch der 1. Landesvorsitzende Joachim Wittrien. „Wir müssen gemeinsam Lösungen für die immensen Herausforderungen unseres Landes finden!“

Am darauf folgenden Tag, dem 9. Februar, setzten auch

die Menschen in Bremerhaven ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus und für die Zukunft der Demokratie. Hier demonstrierten rund 4.500 Menschen, darunter auch viele Mitglieder des SoVD-Kreisverbandes Bremerhaven.

Bis in die Nebenstraßen des Bremer Marktplatzes drängten sich die Menschen, die für die Demokratie demonstrierten.



Sozialrechtsberatung



Hier finden Sie Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Newsletter

Liebe Mitglieder, sollten Sie gerne einmal monatlich (außer Sommerausgabe) unseren E-Mail-Newsletter mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks erhalten wollen, so bitten wir um einen Hinweis an: newsletter@sovd-hb.de.

Glückwünsche



Foto: Alekx / Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im April Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich und wünscht ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Allen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünscht er eine baldige Genesung.

Neue Regelung für Passfotos in Bürgerservice-Centern und Ausländerbehörden

Nur noch digitale Passfotos

Aufgrund einer bundesweiten Gesetzesänderung dürfen die Bürgerservice-Center und die Ausländerbehörden ab dem 1. Mai keine Papierfotos mehr für Ausweisdokumente annehmen. Stattdessen müssen Passfotos digital über eine gesicherte Cloud bereitgestellt werden. Dies betrifft auch Fotograf*innen, die sich für die Nutzung dieser neuen Technologie bei zertifizierten Anbietern registrieren lassen müssen.

Derzeit gibt es jedoch nur wenige registrierte Fotostudios. Um Engpässe zu vermeiden, stellen das Bürgeramt und das Migrationsamt sogenannte Self-Service-Terminals bereit, spezielle Fotoautomaten, an denen vor Ort digitale Fotos aufgenommen und sicher übermittelt werden. Im BSC Stresemannstraße und im BSC Bremen-Nord werden die Geräte bereits erfolgreich eingesetzt.

„Insbesondere in der Anfangszeit ist mit einem hohen Bedarf und entsprechenden Wartezeiten zu rechnen. Wer seine Passfotos direkt über

ein Fotostudio an die Behörde übermitteln lässt, kann den Prozess erheblich beschleunigen“, erklärt Innensenator Ulrich Mäurer.

Fotograf*innen, die weiterhin Passfotos für offizielle Dokumente anbieten möchten, sollten sich frühzeitig um die notwendige Registrierung kümmern. Weitere Informationen zur Zertifizierung und den neuen Anforderungen sind auf der Homepage des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik verfügbar unter www.bsi.bund.de. *Quelle: Bremer Senat für Inneres*



Foto: Artfocus / Adobe Stock

Ausgedruckte Passfotos werden bald nicht mehr akzeptiert.

Midijob: Höhe beachten!

Mehr als eine Million Menschen arbeitet in Deutschland in einem „Midijob“, insbesondere in der Gastronomie, in der Pflege und im Einzelhandel. Für einen Midijob gilt eine Verdienstspanne von 556,01 Euro bis 2.000 Euro, die sogenannte Gleitzone bzw. der Übergangsbereich.

Midijobber*innen zahlen nur einen reduzierten Sozialversicherungsbeitrag. Der Anteil steigt mit dem Verdienst

und erreicht bei 2.000 Euro die volle Beitragshöhe. Das Besondere: Die verringerten Rentenbeiträge führen nicht zu geringeren Rentenansprüchen, denn Midijobber*innen erwerben trotzdem die vollen Rentenansprüche. Beachten müssen sie hierbei, dass Verdienste aus mehreren Jobs – wie bei den Minijobs – gegebenenfalls zusammengerechnet werden. Ein Anstellungsverhältnis gilt automatisch als Midijob, sobald

das Einkommen auf unter 2.000 Euro im Monat sinkt. Arbeitnehmer*innen müssen in diesem Fall den Midijob nicht extra beantragen.

Weitere Infos bietet die kostenfreie Broschüre „Minijob – Midijob: Bausteine für die Rente“. Sie steht kostenlos auf der Homepage (www.deutsche-rentenversicherung.de) der Deutschen Rentenversicherung zum Download bereit. *Quelle: DRV*



Termine der Kreis- und Ortsverbände

Kreisverband Bremerhaven Ortsverband Bremerhaven Nord-Süd

8. April, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Filmvorführung, Teil zwei über das historische Bremerhaven, Altbürgerhaus, Neulandstraße 48, 27576 Bremerhaven.

Vorschau: 13. Mai, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit Ehrung der Jubilar*innen und Bingo.

Ortsverband Leherheide

11. April und 9. Mai, 15 Uhr: Mitgliedertreffen mit Informationsveranstaltung.
Ort: Kirchengemeinde Heideschulweg 9-11, 27578 Bremerhaven.

Kreisverband Bremen-Nord Ortsverband Bremen-Lesum

8. April und 13. Mai, 16.30 Uhr: Vorstandssitzung.

Vorschau: 16. Mai, 15.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Spargelessen, nähere Informationen folgen.

Neuer Ort: Vereinslokal SportPark Marßel, Stader Landstraße 100, 28719 Bremen.

Ortsverband Vegesack

12. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung ohne Wahlen, Restaurant und Bierstube „Zum Alois“, Breite Straße 12, 28757 Bremen. **Anmeldung erforderlich** bei Jürgen Berger unter Tel.: 0421/60 07 315.

Vorschau: 22. Mai, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Bürgerhaus Vegesack, Raum F 20.

Blumenthal-Farge

5. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung ohne Wahlen.

Vorschau: 21. Mai, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen.

Neuer Ort: Hotel / Restaurant

Union, Landrat-Christians-Straße 113, 28779 Bremen.

Kreisverband Bremen Ortsverband Ortsverband Bremen-Süd

5. April, 10 Uhr: Mitgliedertreffen ohne Wahlen, Rotheo Huckelriede, Niedersachsendamm 20a, 28201 Bremen, Einlass ab 9.30 Uhr, **Anmeldung** bei Erhard Flemming unter Tel.: 0421/80 90 521. Bitte den SoVD-Mitgliedsausweis mitbringen!

12. April, 9 Uhr: Mitgliedertreffen mit Frühstück im Café del Sol am Sielhof (Haltestelle der Linie 4 „Sielhof“), **Anmeldung bis spätestens 7. April** unter Tel.: 0421/80 90 521 oder Tel.: 0421/50 01 614.

Vorschau: 31. Mai: Mitgliederversammlung mit Spargelessen, Rotheo Huckelriede, Nähere Informationen folgen.



Foto: Maportile M.peopleimages.com / Adobe Stock

Unterstützung in den Ortsverbänden gesucht

Sie möchten sich ehrenamtlich engagieren und suchen eine Aufgabe? Zur Unterstützung seiner Ortsverbände sucht der SoVD Bremen Interessierte.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle! Über Ihren Anruf freuen sich:

- Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord, Tel.: 0421/16 38 490;
- Kreisverband Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006.



Steigende Unzufriedenheit mit Angeboten der Politik zu sozialen Problemen

Sozialplan mit Weitsicht nötig

Auch wenn in Hamburg in den nächsten Jahren politisch alles beim Alten bleibt, muss die Stadt mehr für die Bedürftigen tun. SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher konstatiert eine steigende Unzufriedenheit. Sowohl SPD als auch Grüne haben fast sechs Prozent der Stimmen eingebüßt. Wicher rät, mehr soziale Themen in den Fokus zu nehmen, damit es weniger Menschen am Rand und wieder mehr in der Mitte der Gesellschaft gibt.

Die Herausforderungen in der Stadt sind vielfältig: „Bei unseren politischen Diskussionsabenden im Vorfeld der Wahl wurde intensiv über Wohnen, den besseren Zugang zu Angeboten der Behörden, Unterstützung in der Pflege, neue Seniorenzentren oder auch über ÖPNV-Ermäßigungen für Senior*innen diskutiert“, weiß Landesvorsitzender Klaus Wicher.

Für Wicher sollte die Stadt den Bau von bezahlbarem Wohnraum noch aktiver vorantreiben: „Hamburg braucht wenigstens 5.000 neue Sozialwohnungen – pro Jahr! Denn gerade diejenigen, die jetzt einen großen Teil ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen, haben so gut wie keine Chancen, eine neue, möglicherweise sogar günstigere Wohnung zu finden. Das erhöht den Leidensdruck vieler armer

Menschen in der Stadt.“

Ebenso dringend ist für Wicher das Thema Mobilität: „Ob jung oder alt, auf dem Rad, dem Roller, im Auto oder zu Fuß – Mobilität geht alle an! Sie muss alle mitnehmen! Das fühlen aber vor allem die Fußgänger*innen nicht, wenn sie mal wieder auf maroden Bürgersteigen über schlecht beleuchtete Straßen oder unübersichtliche Fahrradwege und Autostraßen müssen.“

Schon heute müsse sich die Stadt schneller und besser auf die Zukunft vorbereiten: „Die Zeit drängt! Die Armut steigt, das zeigt auch die Zahl der Privatinsolvenzen, die 2024 um zehn Prozent zum Vorjahr angestiegen ist. Immer mehr werden jetzt älter, immer mehr werden davon betroffen sein.“

Wicher wünscht der neuen Stadtregierung ein gutes Gespür für die sozialen Maßnah-



Foto: ARochau / Adobe Stock

Unübersichtliche Verkehrsregelungen gefährden alle Verkehrsteilnehmenden.

men, die am dringendsten nötig sind: „Hamburg braucht einen sozialen Masterplan mit Weitsicht: Mit einem ausgereiften Gesamtkonzept - aber auch mit Sofortmaßnahmen, die effektiv sind und da greifen, wo es jetzt am meisten brennt.“



Editorial

**Liebe Mitglieder,
liebe Freund*innen des SoVD,**

Hamburg hat gewählt! Die rot-grüne Koalition hat Federn gelassen, wird die gemeinsame Arbeit aber fortsetzen können. Soziale Fragen waren im Wahlkampf durchaus ein Thema. Auch bei unseren eigenen politischen Diskussionsabenden wurde intensiv über Bauen und Wohnen, Fachkräftemangel, gestiegene Kosten oder auch neue Seniorenzentren debatiert. Viele unserer Forderungen dazu haben Berücksichtigung in den Programmen der Hamburger Parteien gefunden.

*Anfang der 30er Jahre ist jede*r Dritte in unserer Stadt 60 Jahre und älter. Nur wer sich sozial gut aufgehoben fühlt, wird dann Parteien wählen, die auch ein soziales Herz haben. Nicht von ungefähr hat die LINKE in Hamburg mit mehr als 11 Prozent das beste Ergebnis ihres Bestehens eingefahren. Ich prophezeie Ihnen: Soziales wird in Zukunft maßgeblich mitentscheiden, wie Wahlen ausgehen!*

Die großen sozialen Herausforderungen kennen wir schon heute. Ich erwarte von der Politik für die Zukunft mehr Lösungen, die fair und gerecht für alle sind. Schon eine bessere Vernetzung der städtischen Hilfen und Unterstützungen und damit mehr Transparenz, könnte vielen das Leben erleichtern. Hier gibt es nicht das Universalrezept. Eine Alleinerziehende hat andere Sorgen und Nöte als der Rentner, der Grundsicherung im Alter bezieht und wieder anders ist die Unterstützung, die Langzeitarbeitslose benötigen.

In diesen Zeiten, in denen scheinbar die ganze Welt aus den Fugen ist, sind Verlässlichkeit und Vertrauen für viele Menschen die einzigen Größen, die sie noch überzeugen können. Das sollten die demokratischen Parteien nicht vergessen und die Probleme aller Menschen ernst nehmen.

Bleiben Sie trotz allem positiv und bleiben Sie uns auch weiterhin gewogen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Frühling und angenehme Ostertage.



Foto: Jonas Walzberg

Klaus Wicher

Ihr Klaus Wicher

Der SoVD Hamburg hakt nach

Hilfe für psychisch Kranke

Drei Fragen und Antworten mit Maik Niestreu, Geschäftsführer Die Fähre gGmbH, Hamburg, die Hilfe für Menschen mit psychischen Erkrankungen anbietet.

Die Fähre Hamburg bietet ein breites Unterstützungsangebot in den Bereichen „Assistenz in der Sozialpsychiatrie“, „besondere Wohnform“ und „berufliche Teilhabe“ an. Eine Fähre verbindet – wie tut das Ihre Fähre?

Sozialpsychiatrie bedeutet in erster Linie zwischenmenschliche Begegnung: Wir verbinden – zwischen Lebenssituationen, zwischen Menschen, zwischen Krise und Stabilität. Wir begleiten Menschen individuell – von der Stabilisierung im Alltag bis zur Teilhabe an Arbeit und Gesellschaft. Wir begleiten in einem respektvollen und partnerschaftlichen Setting, bieten Orientierung und einen sicheren Rahmen.

Wie finden die Menschen mit psychischer Erkrankung den Weg in Ihre Einrichtungen?

Das ist ganz unterschiedlich.



Foto: Die Fähre

**Maik Niestreu,
Die Fähre gGmbH**

*Oft erfolgt der Kontakt über Kliniken, die sozialpsychiatrischen Dienste der Gesundheitsämter oder über Beratungsstellen, die Interessierte an uns vermitteln. Auch Angehörige oder gesetzliche Betreuer*innen wenden sich an uns. Darüber hinaus informieren wir Interessent*innen über unsere Website: [www.diefahre-](http://www.diefahre-hamburg.de)*

hamburg.de oder bei Beratungsgesprächen und Veranstaltungen vor Ort. Uns ist wichtig, dass der Zugang zu unseren Angeboten so niedrigschwellig wie möglich ist.

Vom Hamburger Senat wurde gerade der neue Psychiatrieplan vorgestellt. Was wünschen Sie sich von der Politik?

Dieser Plan ist ein wichtiger Meilenstein, um die Versorgung für die Betroffenen in Hamburg weiterzuentwickeln. Von der Politik wünschen wir uns eine langfristige Sicherstellung der Finanzierungsangebote, eine Stärkung der Prävention und einen Abbau bürokratischer Hürden, damit Hilfen schneller bei den Menschen ankommen. Gerade in Krisenzeiten sollte eine leistungsfähige und verlässliche soziale Infrastruktur erhalten und gestärkt werden.

Hinter den Kulissen des SoVD Hamburg

Im Hintergrund sorgen viele kompetente Menschen beim SoVD Hamburg dafür, dass bei der juristischen Beratung seiner Mitglieder und bei der politischen Arbeit des Landesvorsitzenden Klaus Wicher alles glatt läuft. Hier werden sie vorgestellt.

Stefanie Illigen ist stellvertretende Geschäftsführerin und leitet seit zehn Jahren die Abteilung Marketing im Landesverband. „Ich arbeite für den SoVD, weil ich mich mit den Werten, die der Verband vertritt, persönlich identifizieren kann und es mir bei meiner täglichen Arbeit wichtig ist, etwas Sinnvolles zu tun – etwas, das auch einen positiven gesellschaftlichen Beitrag leistet.“



Foto: SoVD Hamburg

Stefanie Illigen ist im Landesverband Hamburg zuständig für Marketing.

Veranstaltung zur digitalen Teilhabe



Foto: Nirusmee/Adobe Stock

Die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam voran. Sie kann viel verbessern und vereinfachen, birgt aber auch Risiken.

Am **11. April, von 13 bis 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg**, findet der 14. Hamburger Ratschlag zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung statt. Interessierte sind herzlich eingeladen mitzudiskutieren, wenn es um „Digitale Teilhabe und ihre Herausforderungen“ geht. Die Teilnahme ist kostenlos, **um Anmeldung wird gebeten**.

Die Digitalisierung ist fester Bestandteil unseres Alltags. Dabei wirkt sich der fortschreitende digitale Wandel auf alle Lebensbereiche aus und beeinflusst, wie wir leben, arbeiten und miteinander interagieren. Diese Transformationen eröffnen neue Chancen, bergen aber auch Risiken und wecken Ängste. Zum 14. Hamburger Ratschlag „Digitale Teilhabe und ihre Herausforderungen“ lädt ein Bündnis aus Nichtregierungsorganisationen alle Interessierten herzlich ein, sich zu informieren und mitzudiskutieren.

Weitere Informationen zum Programm sowie zur Anmeldung gibt es unter: www.sovd-hh.de/veranstaltungen/detail/digitale-teilhabe-und-ihre-herausforderungen-in-hamburg.

Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg bietet Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf, unter Tel.: 040/611 60 70, per E-Mail: info@sov-d-hh.de, oder kommen Sie vorbei!

- **SoVD-Beratungszentrum Barmbek in der Landesgeschäftsstelle**, Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/611 60 70, Fax: 040/611 60 750, Öffnungszeit: Mo–Mi 9–16 Uhr, Do 9–18 Uhr und Fr 9–14 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Harburg in den Räumen des Mietervereins**, Hölertwiete 2, 21073 Hamburg. Öffnungszeit: Di 9–12 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Altona in den Räumen des Mietervereins**, Neue Große Bergstraße 9 (Haspa-Haus), 22767 Hamburg, Öffnungszeit: Di und Do 9–12 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Eidelstedt im Kulturhaus Eidelstedt**, Alte Elbgaustraße 12, 22523 Hamburg, Öffnungszeit: jeden 2. und 4. Mittwoch, 9–12 Uhr. Nächste Termine: 9. und 23. April.
- **SoVD-Beratungszentrum Bergedorf im DGB-Gewerkschaftszentrum**, Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg, Öffnungszeit: Fr 10–12 Uhr.

Immer up to date!

Mit unserem Newsletter SoVDepesche halten wir Sie auf dem Laufenden: Wir informieren über Neuigkeiten aus dem Verbandsleben, versorgen Sie mit Informationen aus dem Sozialrecht und berichten über aktuelle sozialpolitische Entwicklungen.

Melden Sie sich ganz einfach online an: www.sovd-hh.de/news-service/sov-d-newsletter.

Hamburger Senat hat im Januar einen neuen Psychiatrieplan vorgestellt

Niemand soll durchs Netz fallen

Menschen mit schwersten psychischen Erkrankungen sind bislang in Hamburg häufig durch die Maschen des medizinischen Versorgungssystems gefallen. Das will die Stadt nun ändern und hat ihren neuen Psychiatrieplan vorgestellt.

Steigende Patient*innen-zahlen, fehlendes Personal, hohe Kosten – der Maßregelvollzug stößt an seine Grenzen. Dort werden Menschen mit psychischen Erkrankungen untergebracht, die straffällig geworden sind. Das Problem: Menschen, die an schweren psychischen Erkrankungen leiden, sind zum Teil suchtkrank, suizidgefährdet und/oder gewalttätig und leben nicht selten auf der Straße. Sie finden ihren Weg im Hilfesystem nicht von allein. Ohne entsprechende Unterstützung werden immer mehr Betroffene irgendwann straffällig und landen im Maßregelvollzug.

Die notwendige Koordination von Übergängen zwischen Psychiatrie, ambulanter Weiterversorgung und Hilfe im Alltag sollen nun laut Psychiatrieplan 2025 sogenannte Gemeindepyschiatrische Verbünde (GPV) in jedem Hamburger Bezirk übernehmen. Dort werden unter anderem Ärzteschaft, Sucht- und Wohnungslosenhilfe, ambulante Pflege, Jugendhilfe und Krankenkassen vertreten sein. Sie sollen individuell angepasste Hilfepläne erstellen.

SoVD-Landeschef Klaus Wicher begrüßt den Plan, verweist aber auch darauf, dass



Foto: kara/Adobe Stock

Viele Obdachlose leiden unter psychischen Erkrankungen. Sie finden alleine keine Hilfe und bisher gab es für sie auch kaum spezielle Hilfsangebote.

der Psychiatrieplan die Situation nur für besonders schwer Betroffene verbessert. „Hamburg braucht dringend andere Versorgungsstrukturen im Bereich der Psychotherapie, mehr Psychotherapieplätze und eine verstärkte Ausbildung von Psychotherapeut*innen“, so Wicher.

Eine Umfrage der Psychotherapeutenkammer Hamburg zeigt, dass sich 2023 die Wartezeit bei mehr als der Hälfte der niedergelassenen Therapeut*innen auf rund acht Monate verdoppelt und 2024 noch einmal verlängert hat.

Gerade für Kinder und Jugendliche gibt es massive Engpässe, obgleich Hamburg als zu 160 Prozent übertversorgt mit psychotherapeutischen Praxen mit Kassenzulassung gilt. „Die Bedarfsplanung basiert auf veralteten Daten und ist ein schlechter Witz“, sagt Wicher. „Der real existierende Bedarf an Psychotherapie ist vor allem auch nach der Pandemie sehr viel höher.“ Der Senat ist hier gefordert und muss aus Wichers Sicht gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg und den Kassen schnell nachbessern.

Hamburger Senat hat eine Meldestelle für überbezahlte Mieten eingerichtet

Mietwucher online melden

Der Hamburger Senat hat einen eigenen Online-Meldedienst zur Verbesserung des Mieterschutzes eingeführt. Mit dem Mietmelder soll es Hamburger Mieter*innen erleichtert werden, möglicherweise überhöhte Mieten direkt und digital an die zuständige Dienststelle zu melden.

Eine Miete, welche die ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als 20 Prozent übersteigt, kann eine Ordnungswidrigkeit darstellen. Liegt sie um mehr als 50 Prozent darüber, kann ein strafbarer Mietwucher vorliegen. „Angesichts fehlenden Wohnraums müssen die Hamburger*innen vor explodierenden Mieten geschützt werden“, sagt Klaus Wicher, Landesvorsitzender des SoVD Hamburg. „Das digitale Angebot ist ein sinnvoller Schritt, doch es muss immer auch ein analoges Angebot für diejenigen bestehen bleiben, die sich in der digitalen Welt nicht zurechtfinden oder sich diese schlicht nicht leisten können.“

Der digitale Mietmelder ist ab sofort unter fol-



Foto: Liubomir/Adobe Stock

Manche Vermieter*innen versuchen es mit einer dreisten Mieterhöhung, in der Hoffnung, dass sie widerspruchslos akzeptiert wird.

gendem Link erreichbar: serviceportal.hamburg.de/HamburgGateway/Service/Entry/mietenmeld. Die Meldung ist kostenlos und wird schnellstmöglich bearbeitet.

Tanzaktion zum Internationalen Aktionstag „One Billion Rising“ in Magdeburg gegen Gewalt an Frauen

Mit Tänzen weltweit ein Zeichen gesetzt

Sachsen-Anhalt Seit 2013 gibt es den Internationalen Aktionstag „One Billion Rising“. Ein Magdeburger Aktionsbündnis aus Frauenprojekten und Sozialverbänden, darunter der SoVD, beteiligte sich, um ein klares Zeichen gegen Gewalt an Frauen und für Gleichstellung und Solidarität mit allen Frauen zu setzen.

Auch in anderen Städten und Gemeinden Mitteldeutschlands setzten zahlreiche Teilnehmer*innen ein Statement gegen Gewalt. Im Landkreis Jerichower Land z. B. hatten Jugendliche aus Jugendclubs, Schulen, Vereinen und Organisationen zu dem Lied „We Are Rising“ von Taina Asili getanzt, sich dabei gefilmt oder Fotos gesendet. Aus den Einsendungen wurde ein Videoclip gefertigt, der von Gewalt

betroffenen Frauen zeigen soll, dass sie auf ihrem Weg nicht alleine sind. Das Video ist auf YouTube unter www.youtube.com/watch?v=dUHdIBLkzbc zu finden. Mit ihrem Video sind die Teilnehmer*innen aus dem Landkreis Teil einer weltweiten digitalen Gemeinschaft.

Wie wichtig und aktuell diese Aktion ist, zeigen Zahlen der Polizei von 2023: Mit 8.000 Fällen häuslicher Gewalt ist ein Anstieg um über elf Prozent im

Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Bundesweit steigen die Zahlen ebenfalls. So wird fast täglich eine Frau Opfer eines Femizids.

Monika Lück dazu: „Als Landesfrauensprecherin begrüße ich in diesem Zusammenhang, dass der Bundesrat das Gewalt-Hilfegesetz beschlossen hat. Damit erhalten Frauen und Kinder erstmals einen bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung.“



Foto: Monika Lück

In diesem Jahr wurde vor dem Dom zu Magdeburg getanzt, um ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen.

AOK PLUS rät zu Beginn der Zeckensaison zur Schutzimpfung gegen FSME

Dieses Jahr mehr Risikogebiete

Weil das Robert Koch-Institut große Teile Thüringens und Sachsens als Risikogebiete für die Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME) einstuft, erinnert die AOK PLUS an die verfügbare Schutzimpfung. Die Krankheit wird ebenso wie Borreliose von Zecken übertragen.

Das Risiko, an einer Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME) zu erkranken, bleibt in Thüringen und Sachsen hoch. Insgesamt sind seit 2020 in Sachsen fünf und in Thüringen drei Landkreise oder kreisfreie Städte neu zum FSME-Risikogebiet erklärt worden. In Sachsen sind alle Landkreise betroffen, ausgenommen die Stadt und der Kreis Leipzig sowie Nordsachsen. In Thüringen sind die Landkreise im Süden und Osten FSME-Risikogebiete: Gera, Greiz, Hildburghausen, Ilm-Kreis, Jena, Saale-Holzland-Kreis, Saale-Orla-Kreis, Saalfeld-Rudolstadt, Schmalkalden-Meiningen, Sonneberg, Suhl und das Weimarer Land.



Foto: Dan Race / Adobe Stock

Mit langen Hosen und langärmeligen Oberteilen ist man besser vor Zecken geschützt.

Wenn Menschen in der Natur im Vorbeigehen Zecken abstreifen, ohne dies zu bemerken, können die Tiere mehrere Tage lang Blut saugen und Krankheiten übertragen. Die am häufigsten in Deutschland durch Zeckenstiche hervorgerufenen

Infektionskrankheiten sind die FSME und die Borreliose. Nicht alle Zecken tragen das FSME-Virus in sich. Wird es jedoch durch einen Stich übertragen, beginnt die Erkrankung beim Menschen ähnlich wie eine Grippe und kann in schweren

Fällen zur Hirnhautentzündung, zu Koordinations- oder Bewusstseinsstörungen führen.

Gegen FSME gibt es eine Schutzimpfung: Die AOK PLUS übernimmt die Kosten der Immunisierung für alle, die in Deutschland in FSME-Risikogebieten leben oder in diese reisen. Dafür ist kein gesonderter Antrag notwendig. Es reicht, dem behandelnden Arzt oder der Ärztin zu sagen, dass die Impfung benötigt wird. Die Immunisierung besteht aus drei Teilimpfungen, außerdem kann sie in regelmäßigen Abständen aufgefrischt werden.

Gegen die ebenfalls durch Zecken übertragene Borreliose gibt es keine Schutzimpfung. „Deshalb empfiehlt es sich, den Zecken das Zustechen so schwer wie möglich zu machen“, rät Heiko Kotte, Bereichsleiter Gesundheit fördern bei der AOK PLUS. „Dazu gehört, beim Wandern oder Spaziergehen auf Wegen zu bleiben und hohes Gras oder Unterholz zu meiden. Festes Schuhwerk, lange Hosen und langärmelige Oberbekleidung sind ebenfalls von Vorteil. Außerdem sollten nach einem Ausflug Kleidung und Körper nach Zecken abgesucht werden – insbesondere warme Hautstellen wie Kniekehlen, Achselhöhlen, Hals und Kopf.“

Quelle: AOK PLUS

Treffen des Landesfrauenausschusses

Die Vorhaben für das Jahr 2025 abgesteckt

Sachsen-Anhalt Die Landesfrauensprecherin Monika Lück hatte die Frauen des Landesfrauenausschusses am 24. Januar eingeladen. In ihrem Bericht erinnerte sie an Aktionen und Veranstaltungen des zurückliegenden Jahres.

Schwerpunkte der politischen Frauenarbeit im letzten Jahr waren unter anderem die Mitarbeit in der Selbsthilfegruppe „Barrierefreies Tangermünde“, die Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Deportation der Frauen und Männer im ehemaligen Konzentrationslager Poltwerke, das Hissen der Regenbogenfahnen zum Auftakt der CSD-Wochen, die Wanderausstellung „Gemeinsam sind wir unerträglich“ zur Frauenbewegung in der DDR, der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen sowie der monatliche Politische Runde Tisch der Frauen und Geschlechtergerechtigkeit. Des Weiteren informierte Monika Lück die Teilnehmerinnen über ihre Arbeit im Bundesfrauenausschuss.

Abschließend wurden Termine für das erste Halbjahr 2025 abgestimmt. Hier standen zum Beispiel Planungen in den Kreisverbänden sowie Aktionen im „Frauenmonat“ März zum Equal Pay Day, Equal Care Day und Internationalem Frauentag im Vordergrund.



Foto: Monika Lück

Mitglieder des Landesfrauenausschusses (v. li.): Cornelia Rath, Ines Eisenhut und Gudrun Thiedke. Nicht im Bild sind die Landesfrauensprecherin Monika Lück und Birgit Jungtorius.

5 Termine

Kreisverband Wernigerode

1. April, 14.30 Uhr: Mitgliedertreff, Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode.

23. April: Busfahrt nach Mühlhausen, Kosten 35 Euro, **Anmeldung erforderlich.**

Selbsthilfegruppe „Barrierefreies Tangermünde“ blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2024 zurück

Für die Anliegen Öffentlichkeit hergestellt

Sachsen-Anhalt Vor einem Jahr gründete sich die Selbsthilfegruppe „Barrierefreies Tangermünde“. Seither waren die Mitglieder sehr aktiv, um sich in ihrer Stadt für Barrierefreiheit einzusetzen. Sie schafften sowohl in den Medien Öffentlichkeit für ihre Anliegen, als auch mit Veranstaltungen, an denen Lokalpolitiker*innen beteiligt waren

Auch SoVD-Landesfrauensprecherin Monika Lück sowie Ines Eisenhut, Mitglied des SoVD-Landesfrauenausschusses, engagieren sich und nehmen an Veranstaltungen der Tangermünder Gruppe teil.

Zu einer der Veranstaltungen kam ein Mitarbeiter des Planungsbüros, um Ausblicke auf geplante Projekte zur Verbesserung der Barrierefreiheit in der Stadt zu geben. Gemeinsam wurde darüber gesprochen, wie Fußwege und Straßenquerungen am Bleichenberg oder in

der Langen Straße barrierefreier gestaltet werden können. Dabei wurde konkret Bezug genommen auf Barrieren, die im Rahmen der MDR-Aktion unter dem Motto „Stopp! Wo kommst du nicht voran?“ erhoben und in einer öffentlich zugänglichen digitalen Stadtkarte markiert worden waren. Dazu hatte die Stadt eine Fotopräsentation vorbereitet, in der 17 Barrieren gekennzeichnet und Möglichkeiten aufgezeigt wurden, wie die in städtischer Verantwortung liegenden Hindernisse im

öffentlichen Bereich reduziert bzw. beseitigt werden könnten.

Die Selbsthilfegruppe präsentierte sich weit über die Stadtgrenzen hinaus. So nahmen Monika Zilkenat und Hartmut Behr in der Aktion „Freistunde“ des MDR-Radio Sachsen-Anhalt teil, bei der sie eine Stunde lang zum Thema Barrierefreiheit moderierten und die Arbeit der Selbsthilfegruppe vorstellten. Außerdem waren zwei Gruppenmitglieder als Zuschauer beim Bürgertalk der MDR-Fernsehreihe „Fakt ist“, wo sie auch Gelegenheit für einen Redebeitrag erhielten.

Ein weiterer Höhepunkt 2024 war das Bürgerforum des MDR in Kooperation mit der Redaktion des CORRECTIV-Verlages „Stopp! Wo kommst du nicht voran?“ im Grete Minde Saal Tangermünde und einer Begegnung mit Schauspieler Tan Caglar.

Mitglieder beteiligten sich auch am Infostand des Inklusionsbeirates anlässlich des Sachsen-Anhalt-Tages in Stendal. Da die Selbsthilfegruppe gern auf Reisen geht, wurde im letzten Jahr wieder ein Projekttag durchgeführt. Dieser führte in die Autostadt Wolfsburg, wo



Die Mitglieder beim Projekttag in der Autostadt Wolfsburg.

es einen regen Erfahrungsaustausch mit der dortigen Schwerbehindertenvertretung gab.

Dies waren nur einige Beispiele der Aktivitäten der Selbsthilfegruppe im vergan-

genen Jahr. Auch 2025 gibt es schon konkrete Pläne, wie die Teilnahme an der landesweiten Wheelmap-Aktion und ein Projekttag in Halberstadt mit dem dortigen Rolliclub e. V.



Zuschauer*innen beim Bürgertalk „Fakt ist“ des MDR-Fernsehens.

KV Schönebeck

Rita Hutschenreiter wurde auf der Jahresendbesprechung 2024 für ihre langjährige Mitarbeit im SoVD Schönebeck verabschiedet. Sie war von 2007 bis 2015 als Schriftführerin tätig, ab 2015 war sie Frauensprecherin und gehörte in dieser Funktion auch dem Landesfrauenausschuss an. Zusätzlich engagiert sie sich im Seniorenausschuss der Stadt Schönebeck. Als Frauensprecherin organisierte Hutschenreiter gesellige Nachmittage und Ausflüge für die Frauengruppe. Aus gesundheitlichen Gründen musste sie ihr Amt aufgeben und hat in Ilona Westphal eine würdige Nachfolgerin gefunden.

Der SoVD Schönebeck wünscht Rita Hutschenreiter alles Gute und dankt für ihr Engagement.

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897, Fax: 0391/25 38 898. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr und freitags 9–13 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Holzhäuser Straße 124, 3. Etage, 04299 Leipzig-Stötteritz, barrierefreier Zugang. Beratungstermine nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

Siehe Landesgeschäftsstelle.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Stra-

ße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/ 54 50. Sprechstunden: jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Bitte an die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg wenden.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/77 48 246. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

AWO (barrierefrei), Friedens-

straße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Klötze

Straße der Jugend 6, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechzeit: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Gentin. Sprechzeit: jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Bei dringenden Angelegenheiten kontaktieren Sie den Vorsitzenden Jörn Sanftleben unter Tel.: 0160/42 13 163 (mobil) oder Schatzmeisterin Monika Lück unter Tel.: 0162/47 17 156 (mobil).

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 0391/

25 38 897. Sprechzeiten nach Absprache, letzter Mittwoch im Quartal, 10–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: erster Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung: 03946/70 61 08 (Vorsitzender), 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr und nach Absprache.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechstunden: jeden zweiten, dritten und vierten

Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, sowie nach Vereinbarung. Anmeldung erbeten unter Tel.: 03943/63 26 31 oder per E-Mail: info@sovd-wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60 366. Sprechstunde: dienstags 9–11.30 Uhr.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeiten: montags und donnerstags 10–15 Uhr, eine Terminvereinbarung ist erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden siehe Thüringen.

ADFC-Tipps zur Fahrradmitnahme in den Zügen im Nah- und Fernverkehr

Fahrradstellplatz jetzt buchen!

Seit Dezember 2024 können Fahrradtickets im Fernverkehr bis zu zwölf Monate im Voraus gebucht werden. Der ADFC rät Radreisenden, die schon feste Pläne für 2025 haben, so früh wie möglich Stellplätze zu buchen – und erklärt, was man bei der Radmitnahme in der Bahn noch wissen muss.

ADFC-Tourismusvorstand Christian Tänzler sagt: „Die Bahn ist das ideale Transportmittel für Radreisende, denn sie ermöglicht eine umweltfreundliche An- und Abreise. Die Ergebnisse der ADFC-Radreiseanalyse zeigen, dass immer mehr Radreisende die Bahn nutzen. Viele von ihnen sind aber unzufrieden mit dem Angebot und dem Service der Bahn. Es ist gut, dass die Bahn mit dem Fahrplanwechsel die Vorbuchungsfrist für Fahrkarten und Fahrradtickets von sechs auf zwölf Monate verlängert. Das erleichtert etwa Familien die Planung für die Sommerferien. Wenn wir dazu auch noch mehr Fahrradstellplätze in den Zügen bekommen und die Bahnhöfe endlich fahrradfreundlich und barrierefrei gestaltet werden, gewinnt das Reisen mit Rad und Bahn noch mehr Fans.“

Fernverkehr: Fahrradtickets zwölf Monate im Voraus

Frühbucher können Fahrradtickets im Fernverkehr über die Website der Bahn oder über die App DB Navigator buchen. Jedes Fahrrad braucht ein eigenes Ticket und eine Stellplatzreservierung. Eine Fahrradkarte im Fernverkehr kostet innerhalb Deutschlands ab 7,99 Euro. Online können Tickets für bis zu fünf Fahrräder gebucht werden – wer mehr Plätze reservieren möchte, muss die Service-Telefonnummer 030/2970 anrufen oder am Schalter buchen. Infos zu Gruppenreisen mit dem Fahrrad gibt es auf der Website der Bahn, ebenso eine Über-



Foto: LanaS/Adobe Stock

Fahrrad-Abstellplätze in der Bahn sind schnell belegt. Wer mit dem Fernzug verreisen will, sollte sie frühzeitig reservieren.

sicht mit Antworten auf viele wichtige Fragen zur Fahrradmitnahme im Fernverkehr.

Nahverkehr: keine Mitnahmegarantie

Wie viele Plätze es auf einer Verbindung gibt, hängt vom Zugtyp ab. ICs und ECs haben acht bis 16 Stellplätze, in den neueren ICE-4-Modellen gibt es acht Stellplätze, in manchen älteren gar keine. Gerade in den Sommermonaten sind die verfügbaren Plätze schnell ausgebucht. Im Nahverkehr gibt es kein festgelegtes Stellplatzangebot und keine Zugbindung und Reservierungspflicht. Hier gilt: Wenn voll ist, ist voll. Radreisende sollten deshalb Stoßzeiten, etwa im Berufsverkehr oder an Wochenenden, Feiertagen und Schulferien vermeiden. Ein deutschlandweit gültiges Fahrradticket für den Nahverkehr kostet am Automaten oder in der App 6,50 Euro. Jeder Verkehrsverbund hat aber eigene Regeln und eigene Tarife zur Fahrradmitnahme, in manchen Regionen ist sie kostenlos. Die Bahn bietet auf ihrer Website eine Übersicht über die Tarife der Verkehrsverbände.

Pedelecs dürfen mit, Lastenräder nicht

Mitfahren dürfen im Nah- und Fernverkehr klassische Fahrräder und Pedelecs. Fahrradanhänger müssen zusammengeklappt werden und brauchen ein Extra-Ticket. Für spezielle Fahrräder, etwa Tandems oder Liegeräder, gibt es Ausnahme-

regeln, der Kundenservice gibt Auskunft. Lastenräder müssen aufgrund ihrer Größe draußen bleiben; kompakte Modelle, bei denen man etwa den Lastenkorb zusammenklappen kann, werden oft geduldet. Übrigens: Zusammengeklappte Falträder fahren als Gepäckstück kostenlos mit. Die Bahn bietet online eine Übersicht der Fahrradtickets im DB-Nah- und Fernverkehr.

Infrastruktur-Check: Bahnsteig barrierefrei?

Bevor die Reise losgeht, lohnt sich ein Online-Check der Bedingungen am Abfahrts- und Zielbahnhof. Sind die Bahnsteige barrierefrei erreichbar? Gibt es ausreichend große Aufzüge, Rolltreppen, Auffahrrampen? Am Gleis selbst sollte man vorab schauen, wo das Fahrradabteil ist – etwa über den Wagenstandsanzeiger im Aushang auf dem Bahnsteig oder über die App – und von vorneherein im richtigen Gleisabschnitt auf den Zug warten.

Alternativen zur Fahrradmitnahme im Zug

Wer das eigene Fahrrad nicht in der Bahn mitnehmen will oder kann, kann es bei der Bahn auch als Gepäckstück aufgeben, dafür muss das Rad aber in der Regel teilweise auseinandergebaut werden. Eine andere Option ist, am Urlaubsort ein Fahrrad auszuleihen. In den meisten Regionen, die auf Tourist*innen eingestellt sind, gibt es Leihradanbieter. *Quelle: ADFC*



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

der SoVD Mecklenburg-Vorpommern hat im Auftrag seiner Mitglieder konkrete Forderungen an den neu zusammengesetzten Bundestag und die neue Regierung zur Gesundheits-, Sozial-, Arbeitsmarkt-, Renten-, Kultur- und Bildungspolitik, unter anderem:

- Medizinische Grundversorgung muss überall direkt und zeitnah zur Verfügung stehen, Krankenhausbehandlung ebenso – abgestuft nach Dringlichkeit.
 - Pflegeeinrichtungen gehören in öffentliche Trägerschaft.
 - Gesundheitsleistungen dürfen nicht der Mehrwertakquisition dienen.
 - Die Agentur für Arbeit muss Arbeit vermitteln, nicht Arbeitslosigkeit verwalten.
 - Das Altersrentenniveau und das Niveau der Erwerbsminderungsrente müssen so weit angehoben werden, dass sie mindestens 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens betragen und ein würdevolles Leben sichern.
 - Bildung muss inklusiv sein in einem einheitlichen Schulsystem mit einheitlicher, regelangepasster Sprache. Alle Schulpflichtigen müssen die gleiche Schulart besuchen. Die Sprache in allen Bildungsstufen muss gleichen Regeln folgen.
 - Kulturpolitik muss gefördert werden, um allen Menschen den Reichtum von Musik und bildender Kunst nahezubringen.
- Es sind keine großen Forderungen. Es ist nur ein Verweis auf das, was die Menschen unter Beachtung des Deutschen Grundgesetzes erwarten müssen.

Die gewählten Frauen und Männer im Deutschen Bundestag sind allein ihrem Gewissen und dem Grundgesetz verpflichtet. Der SoVD in Mecklenburg-Vorpommern ist das soziale Gewissen dieser Politikerinnen und Politiker. Wir kontrollieren und unterstützen sie alle in ihrer Arbeit.

Helmhold Seidlein, 1. Landesvorsitzender



Helmhold Seidlein

Info

Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club e. V. (ADFC) ist mit über 240.000 Mitgliedern die größte Interessenvertretung der Radfahrer*innen in Deutschland und weltweit. Er berät in allen Fragen rund ums Fahrrad: Recht, Technik und Tourismus. Politisch engagiert sich der ADFC auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene für die konsequente Förderung des Radverkehrs.

Mit dem Kind reden statt aufs Handy gucken

Mit der Kampagne „Sprich mit mir“ des Kinderschutzbundes Kreisverband Schwerin gemeinsam mit dem Landesrat für Kriminalitätsvermeidung Mecklenburg-Vorpommern (LfK) sollen Eltern für einen bewussten Handy-Umgang sensibilisiert werden.

„Die gestartete Plakataktion ‚Sprich mit mir‘ soll in humorvoller, aber gleichwohl eindrücklicher Weise insbesondere Eltern und Betreuungspersonen darauf aufmerksam machen, dass Kinder sich tatsächlich oft verloren und vergessen fühlen, wenn an ihnen vorbeigeschaut und vorbeigeredet wird“, sagt Innenminister Christian Pegel als Vorsitzender des Landesrates für Kriminalitätsvermeidung.

„Besonders bei Kindern kann der Handykonsum von Eltern fatale Folgen haben. Werden Kleinstkinder nicht in ausreichendem Maße von ihren Bezugspersonen direkt angesprochen, kann es zum Beispiel zu Verhaltensauffälligkeiten oder auch Sprachstörungen kommen. Kleinere Kinder können auch mit Ärger auf Eltern reagieren, die sich während des familiären Zusammenseins immer wieder dem Smartphone oder anderen elektronischen Medien zuwenden“, so der Minister weiter.

Quelle: Ministerium für Digitalisierung MV

Mitgliederversammlung im Kreisverband Schwerin mit Vortrag zu allen Fragen rund um die Pflege

Pflege steht vor großen Herausforderungen

Am 13. Februar fand die Mitgliederversammlung des SoVD-Kreisverbandes Schwerin statt. Die Vorsitzende Andrea Preuß-Borowsky begrüßte zahlreiche Gäste zu einem informativen Nachmittag, der sich ganz dem Thema Pflege widmete. Die Referentin des Tages, Katrin Weltzien, Sozialberaterin des Pflegestützpunktes Schwerin, gab wertvolle Einblicke in die aktuellen Herausforderungen und Möglichkeiten im Pflegebereich.

Ein zentrales Anliegen der Versammlung war es, die anwesenden Mitglieder und Gäste über die verschiedenen Facetten der Pflege zu informieren und auf die oft unzureichenden Informationsangebote hinzuweisen.

Ein wichtiger Punkt, der zur Diskussion stand, war die Anmeldung für einen Platz im Pflegeheim. Weltzien erklärte, dass es ratsam sei, sich frühzeitig, meist mehrere Monate im Voraus, um einen Platz in der

Einrichtung der Wahl zu kümmern. Die Nachfrage sei hoch, was eine frühzeitige Planung unerlässlich mache.

In Bezug auf Pflegebedürftigkeit und die verfügbaren Hilfsangebote wies sie darauf hin, dass es zahlreiche Informationsquellen gibt, darunter die Webseiten der Pflegekassen, lokale Beratungsstellen sowie den Pflegestützpunkt selbst. Diese Einrichtungen bieten umfassende Unterstützung und Informationen für Betroffene und

deren Angehörige.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Kostenübernahme durch die Pflegekasse für Hilfsmittel wie zum Beispiel E-Mobile und Sauerstoffgeräte. In der Regel übernimmt die Pflegekasse die Anschaffungskosten. Voraussetzung ist immer ein vorheriger Antrag bei der Pflegekasse.

Die Frage der finanziellen Unterstützung bei Behinderungen kam ebenfalls zur Sprache. Weltzien erläuterte, dass es verschiedene finanzielle Hilfen gibt, die je nach individuellem Bedarf und Grad der Behinderung beantragt werden können.

Die Anwesenden waren sich einig, dass die Pflege zukünftig eine große Herausforderung darstellen wird und es wurde die Frage aufgeworfen, ob sie noch bezahlbar sein wird.

Ein zukunftsweisendes Thema war die Rolle der häuslichen Pflege. Es wurde betont, dass diese Form der Pflege in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen wird, da viele Menschen es bevorzugen, in ihrem gewohnten Umfeld zu bleiben.

Die Anerkennung von Pflegeleistungen wurde ebenfalls diskutiert. Es wurde angeregt, dass es mehr Formen der Anerkennung für pflegende Angehörige geben sollte, um deren wichtige Arbeit sichtbar zu machen.

Ein zentrales Anliegen der Versammlung war der Aufruf zur stärkeren Beteiligung des Staates bei den Investitionskosten für Pflegebedürftige. Die Teilnehmer*innen der Veranstaltung stimmten darin überein, dass die Informationen für Pflegebedürftige und deren Angehörige oft unzureichend sind.

Ein weiteres Thema war die Herausforderung, Pflegebedürftige zur Annahme von Hilfe zu bewegen. Praktische Tipps wurden ausgetauscht.

Die Aufgaben der Pflegekassen und -berater*innen wurden ebenfalls erläutert: Von der Umzugshilfe für Pflegebedürftige bis hin zur Unterstützung bei der Beantragung von Hilfsmitteln und Pflegegraden. Auch wurde darüber informiert, wie man einen Behindertenparkplatz beantragen kann und welche Hilfe es bei Widersprüchen gibt.

Zuletzt wurden Begriffe wie Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege erklärt.



V. li.: Die Vorsitzende Andrea Preuß-Borowsky mit der Referentin zu Pflegethemen, Katrin Weltzien.

Die Veranstaltung bot eine wertvolle Plattform für Austausch und Information und verdeutlichte die Notwendigkeit eines kontinuierlichen Dialogs über die Herausforderungen und Lösungen im Bereich der Pflege.

Kreisvorsitzende Andrea Preuß-Borowsky ermutigte die Anwesenden, die ihnen zustehenden Leistungen aktiv anzumelden. Sie betonte, wie bedeutend die Mitgliedschaft im SoVD sei und welche Vorteile die Mitglieder daraus ziehen könnten. So bietet der Verband seinen Mitgliedern Broschüren und Vorlagen wie die Pflegevollmacht und Patientenverfügung sowie Hilfe bei der Antragstellung bei Behörden und dem Ausfüllen von Formularen.

Preuß-Borowsky kündigte die neue Selbsthilfegruppe für

„Pflegerische Angehörige“ an, die sich jeden dritten Montag im Monat von 9.30 bis 11.00 Uhr in der KISS trifft.

Zusätzlich informierte die Vorsitzende über ein kürzlich stattgefundenes Treffen mit dem VdK, bei dem die Themen Veranstaltungen und Reisen besprochen wurden. Die neue Verantwortliche, Frau Seemann, stellte sich vor und zeigte großes Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit der Vorsitzenden.

Des Weiteren erfuhren die Anwesenden, dass Annegret Bemann am 22. Januar zur Vorsitzenden des Schweriner Seniorenbeirates gewählt worden ist und Preuß-Borowsky auf der AG Altenarbeit am 24. Januar das Projekt „Organisationsentwicklung im Verein“ präsentiert hatte.



Bei den Mitgliederversammlungen gibt es auch immer die Gelegenheit, zu essen und zu trinken.

5 Termine

Kreisverband Rostock / Bad Doberan /
Grimmen / Nordvorpommern

Vorschau: 15. Mai: Busfahrt nach Schwerin mit Mittagessen (für Mitglieder kostenlos), Besichtigung und Führung durchs Schweriner Schloss. **Weitere Infos und Anmeldung bis 2. Mai** montags und dienstags von 8 bis 12 Uhr unter Tel.: 0381/76 96 130 oder 0177/87 43 828 oder info@sovd-rostock.de.

Vorschau: 24. Juli: Busfahrt zu den Störtebeker Festspielen. Nähere Infos in der nächsten Ausgabe.

Kontakt

Kreisverband Güstrow: Friedrich-Engels-Straße 27, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/76 96 130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. OG (hinter der Glastür rechts, 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20 09 03 48.



Bei dem Treffen herrschte trotz des nicht immer optimistisch stimmenden Themas gute Laune bei den Anwesenden.



Einige aus dem Publikum machten sich während des informativen Vortrags Notizen.

Ehrenamtliche organisieren Veranstaltungen zu Gleichberechtigung und Entgeltgleichheit

SoVD-Aktionen zum „Equal Pay Day“

Auch in diesem Jahr haben wieder viele SoVD-Engagierte anlässlich des „Equal Pay Day“, Aktionstag für Entgeltgleichheit, sowie zum „Internationalen Frauentag“ Aktionen oder Veranstaltungen in ihren Kreis- und Ortsverbänden organisiert und durchgeführt. In Vorträgen, Diskussionen und im gemeinsamen Austausch wurde der Blick auf die noch immer bestehenden Ungleichheiten und Herausforderungen in unserer Gesellschaft gelenkt. Gemeinsam mit Interessierten und Gästen wurde erörtert, welche politischen Maßnahmen es braucht, um etwa Entgeltgleichheit zu erlangen. Mit ihren Veranstaltungen erreichten die SoVD-Aktiven viele Frauen in den verschiedenen Ortsverbänden sowie auch weitere interessierte Nicht-Mitglieder.



Foto: Ilona Picker

Rund 80 aktive SoVD-Frauen kamen in Sievershausen zum Frauenfrühstück anlässlich des „Equal Pay Day“. Es gab unter anderem ein Grußwort der stellvertretenden Ortsbürgermeisterin Karen Elfers.



Foto: SoVD Hannover-Stadt

Engagierte aus dem Kreisverband Hannover-Stadt bei der Demo vor dem Ministerium.



Foto: SoVD Neu Wulmstorf

Auch beim Frauenfrühstück anlässlich des „Equal Pay Day“ spielte die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern eine Rolle. Auf den roten Taschen war eine entsprechende Forderung abgedruckt.



Foto: Marion Sperling

In Uelzen trafen sich engagierte Frauen und nahmen am Vortrag zum Thema Glück von Annika Schön teil. Dabei ging es auch darum, Frauen in ihren beruflichen Entscheidungen zu unterstützen.



Foto: SoVD Heidekreis

Im Heidekreis kamen zahlreiche Teilnehmende, um über Lohnungleichheit zu diskutieren.



Foto: SoVD Lüneburg

Zum „Equal Pay Day“ war der SoVD in Lüneburg mit einem Infostand in der Fußgängerzone vertreten. Besonders junge Frauen informierten sich und machten deutlich, wie wichtig das Thema ist.

Eigenanteil steigt in Niedersachsen immer weiter

Pflegebedürftige entlasten

Dramatische Entwicklung bei Pflegeheimkosten: Für Bewohner*innen von stationären Einrichtungen in Niedersachsen ist der Eigenanteil im Vergleich zu 2024 um zwölf Prozent gestiegen. Das zeigt eine Auswertung des Verbands der Ersatzkassen (vdek). Der SoVD in Niedersachsen fordert von der Landesregierung endlich schnelle Maßnahmen, damit dieser erschreckende Trend schnell gestoppt wird.

Wer in einem Pflegeheim lebt, muss einen Eigenanteil bezahlen. In Niedersachsen beträgt er momentan durchschnittlich 2.639 Euro monatlich. Seit Langem steigen diese Kosten kontinuierlich, im vergangenen Jahr erneut um 286 Euro. „Wir spüren diese Entwicklung auch ganz deutlich in unserer Beratung. Es kommen immer mehr verzweifelte Mitglieder zu uns, die nicht mehr wissen, wie sie ihren Platz im Pflegeheim bezahlen sollen. Viele von ihnen sind deshalb auf Sozialhilfe angewiesen“, so Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Für den größten Sozialverband in Niedersachsen ist das ein unhaltbarer Zustand. „Es kann nicht sein, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen sind, weil der Ei-

genanteil derartig steigt“, sagt Swinke und ergänzt: „Diese Entwicklung gibt es nicht erst seit gestern. Die Politik kennt das Problem und die Sorgen der Betroffenen. Trotzdem sorgt sie nicht für Entlastung.“ Konkret fordert der SoVD zwei Dinge, um die Kostenexplosion einzudämmen: Das Land muss

wieder die Investitionskosten zahlen. Das würde die Pflegebedürftigen um rund 500 Euro im Monat entlasten. „Außerdem brauchen wir eine Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt. Das jetzige System ist überhaupt nicht mehr tragfähig“, betont der Vorstandsvorsitzende.



Foto: thodonal/Adobe Stock

Wer in einem Pflegeheim lebt, muss oft einen hohen Eigenanteil zahlen. Viele können sich das nicht mehr leisten.

Diskriminierung und Rassismus

SoVD fordert mehr Hilfe für Betroffene

Die aktuelle Leipziger Autoritarismus-Studie zeichnet ein erschreckendes Bild: Immer mehr Menschen in Deutschland verlieren ihr Vertrauen in die Demokratie und im Westen Deutschlands hat die Zustimmung zu ausländischerfeindlichen Aussagen zugenommen. Anlässlich des „Internationalen Tags gegen Rassismus“ am 21. März machte der SoVD in Niedersachsen deutlich, dass die Politik angesichts dieser Ergebnisse nicht die Hände in den Schoß legen dürfe, sondern mit konkreten Maßnahmen wieder den Zusammenhalt und die Solidarität in der Gesellschaft stärken müsse.

„Dieser Trend ist besorgniserregend“, betont Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, im Hinblick auf die Autoritarismus-Studie und ergänzt: „Was wir jetzt brauchen, ist ein entschlossenes Handeln seitens der Politik – vor allem auch seitens der Landesregierung

und der Kommunen.“ Gerade mit Blick auf die Ergebnisse der vergangenen Bundestagswahl sei Tempo geboten, damit rechtsextremistischen Einstellungen nicht weiter Vorschub geleistet wird.

Deshalb fordert der SoVD mehr Programme in Schulen, die Toleranz, Vielfalt und demokratische Werte vermitteln. Zudem seien mehr Präventionsprojekte und regelmäßige Schulungen für Lehrkräfte und Sozialarbeiter*innen notwendig. „Besonders wichtig ist aber auch die Unterstützung derjenigen, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind. Sie brauchen bestmöglichen Schutz. Deshalb müssen Beratungsangebote in Niedersachsen massiv ausgebaut werden“, fordert Swinke. Hier gebe es großen Nachholbedarf. „Wir müssen dafür sorgen, dass unser Miteinander wieder enger wird und wir uns nicht weiter voneinander entfernen“, so der Vorstandsvorsitzende.

SoVD-Landesverbandsratsmitglied verstorben

Trauer um Reiner Knoll



Die Landeskonferenz, der Landesverbandsrat, der Vorstand, die Mitarbeitenden und Mitglieder des SoVD-Landesverbands Niedersachsen trauern um Reiner Knoll, Mitglied des Landesverbandsrats und 1. Vorsitzender des Kreisverbands Braunschweig.

Reiner Knoll gehörte seit 2010 dem Ortsverband Braunschweig-Mitte an. Dort bekleidete er lange Jahre die Funktionen des Beisitzers und des 1. Vorsitzenden. Darüber hinaus führte er seit 2017 den Kreisverband Braunschweig als 1. Vorsitzender. In dieser Zeit

hat Reiner Knoll viele Aktionen initiiert – wie etwa die Sammlung und kostenlose Verteilung von Schulranzen an Familien mit geringem Einkommen. Ihm ist es zu verdanken, dass der SoVD in Braunschweig Träger von zwei Begegnungsstätten und einem Nachbarschaftszentrum ist. Seit 2023 war er im Landesverbandsrat tätig und hatte mit seinem Wirken maßgeblichen Anteil an der Weiterentwicklung des Ehrenamts im SoVD in Niedersachsen. Voller Enthusiasmus und Tatkraft hat er sich für die Weiterentwicklung und Zukunftsausrichtung des SoVD starkgemacht. Reiner Knoll hat sich mit seiner langjährigen ehrenamtlichen Arbeit für unsere soziale Gemeinschaft große Anerkennung und beispielhaften Respekt erarbeitet.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen spricht den Angehörigen sein tiefes Mitgefühl aus. Er wird dem Verstorbenen ein dankendes und ehrendes Andenken bewahren.

Patientenakte: Nicht jede*r kann Krankenkassen-App eigenständig bedienen

Ältere nicht abhängen

Die Pilotphase zur elektronischen Patientenakte (ePA) für alle hat bereits Anfang des Jahres beispielsweise in Hamburg und Nordrhein-Westfalen begonnen – bald soll sie auch nach Niedersachsen kommen. Für die Verwaltung der eigenen Daten wird allerdings ein Smartphone oder Computer benötigt. Warum das besonders für Ältere problematisch werden kann, erklärt der SoVD.

Mit der ePA soll Ärzt*innen, Apotheker*innen und Pflegekräften der Zugang zu Informationen wie zum Beispiel Diagnosen, Befunden oder Medikamenten erleichtert werden, damit Patient*innen individueller behandelt und Therapien besser aufeinander abgestimmt werden können. Über die App der jeweiligen Krankenkasse können Versicherte ihre Daten selbstständig verwalten. „Das ist vor allem für ältere Menschen, die kein Smartphone oder Computer besitzen, ein Problem“, bemängelt Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Um beispielsweise Zugriffsrechte verwalten oder Dokumente einpflegen zu können, sind Betroffene dann auf die Unterstützung etwa von Familienmitgliedern angewiesen. „Sie dürfen durch die elektronische Patientenakte nicht derart abgehängt werden und müssen deshalb auch zukünftig weiterhin die Möglichkeit haben, ihre Gesundheitsdaten analog zu übermitteln“,

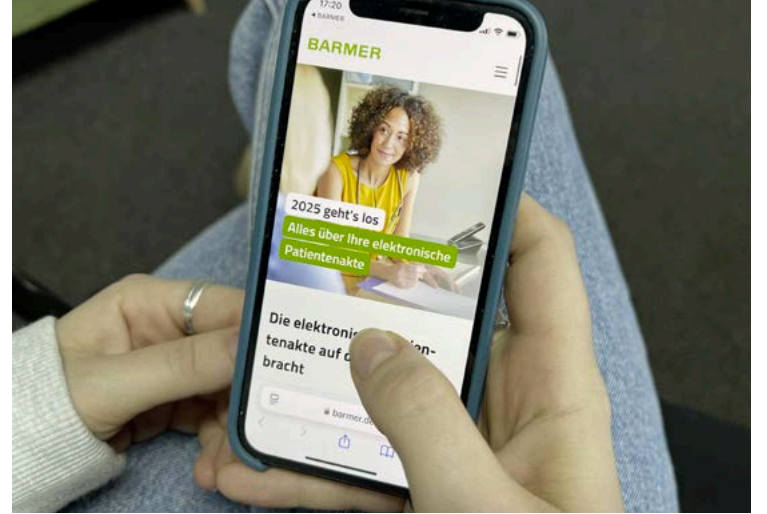


Foto: Stefanie Jäkel

Die elektronische Patientenakte kann über das Handy gesteuert werden. Viele Nutzer*innen brauchen dabei Unterstützung.

gibt Lorenz zu bedenken. Eine weitere Hürde, mit der Ältere aber auch Menschen mit Behinderung konfrontiert werden, ist die fehlende Barrierefreiheit. „Diese wurde leider nicht von Anfang an mitgedacht, was dazu führt, dass Personengruppen bei der Nutzung zusätzlich ausgegrenzt werden. Hier muss drin-

gend nachgebessert werden“, so Lorenz. Für Fragen zu weiteren Gesundheitsthemen und bei Antragstellungen stehen die Berater*innen des SoVD in ganz Niedersachsen gerne zur Verfügung. Beratungstermine können über das Mitglieder-Service-telefon unter 0511 65610722 vereinbart werden.

SoVD-Mitglied sucht mit Vermieterin nach Lösung / Erst ein Hausbesuch überzeugt die Sachbearbeiterin

Jobcenter unterstellt falsche Angaben

Viele Jahre lebt Hannelore Mautz mit ihrer Partnerin in einer gemeinsamen Wohnung in Bad Fallingbostal. Nach der Trennung muss die 63-Jährige Bürgergeld beantragen. Seitdem hat sie ständig Ärger mit dem Jobcenter. Denn: Die dortige Sachbearbeiterin unterstellt ihr, dass sie bewusst falsche Angaben zu ihrer Wohnsituation gemacht hat.

Im August 2023 trennen sich Hannelore Mautz und ihre Partnerin nach einer langjährigen Beziehung. Mautz bleibt in der Wohnung. Als Köchin verdient sie monatlich 1.174 Euro brutto. „Seit ich alleine wohne, ist es mit dem Geld schwierig geworden“, erzählt sie. Deshalb stellt sie einen Antrag auf aufstockende Leistungen aus dem Bürgergeld. Diese werden ihr zwar gewährt, allerdings legt ihr das Jobcenter in den kommenden Monaten immer wieder Steine in den Weg. Nach den Vorgaben des Amtes ist die Wohnung von Hannelore Mautz mit 400 Euro Warmmiete zu teuer.

Die 63-Jährige spricht daraufhin mit ihrer Vermieterin, gemeinsam finden sie eine Lösung. „Meine Vermieterin ist Steuerberaterin und hat unten im Haus ihre Kanzlei. Um die Miete zu senken, überlasse ich ihr einen Teil der Wohnung, nämlich ein Zimmer und das Gäste-WC. Ab und zu nutzt sie das Zimmer als weiteren Büroraum und muss meine Räume dafür auch über-



Foto: Stefanie Jäkel

Mit ihrer Vermieterin einigt sich Hannelore Mautz auf eine 20 Euro günstigere Miete im Monat. Obwohl sie damit unter der Vorgabe des Jobcenters liegt, macht die Behörde weiter Schwierigkeiten.

haupt nicht betreten“, berichtet Mautz. Dadurch muss sie weniger Miete zahlen, insgesamt sind es jetzt 380 Euro inklusive Nebenkosten für knapp 50 Quadratmeter. Da das Jobcenter einen Betrag von 381,70 Euro vorgibt, liegt die Miete nun im Rahmen.

Dennoch gibt sich das Amt

nicht zufrieden, fordert immer neue Unterlagen. „Frau Mautz ist immer ihrer Mitwirkungspflicht nachgekommen und hat alle Belege vorgelegt. Trotzdem ist die Sachbearbeiterin der Meinung, dass die Büronutzung nur vorgetäuscht ist und die Ex-Partnerin von Frau Mautz noch immer in

der Wohnung lebt“, sagt Carola Rauch aus dem SoVD-Beratungszentrum in Bad Fallingbostal. Die Juristin unterstützt das SoVD-Mitglied in der Kommunikation mit dem Jobcenter. Die Folge der Unterstellung des Jobcenters: Das Amt stellt die Zahlung des Bürgergelds zwei Monate lang ein. „Ich habe dann meine Sachbearbeiterin angerufen, weil ich nur noch 30 Euro auf dem Konto hatte. Dabei kam erneut zur Sprache, dass meine Angaben nicht stimmen könnten“, berichtet Mautz und sagt weiter: „Ich war wirklich ganz aufgewühlt. Ich finde es schon schlimm genug, dass ich Bürgergeld beantragen muss, obwohl ich einen Job habe. Irgendwann hat es mir gereicht und ich habe der Mitarbeiterin gesagt, dass sie sich meine Wohnung gerne angucken könne.“

Und tatsächlich: Keine zehn Minuten später steht sie mit ihrem Kollegen vor der Tür von Hannelore Mautz. „Offensichtlich hat sie festgestellt, dass

meine Angaben korrekt waren. Ein paar Tage später hatte ich nämlich das Geld auf dem Konto“, so Mautz.

Die SoVD-Beraterin ist irritiert von dem Vorgehen des Jobcenters: „Prinzipiell darf das Jobcenter Hausbesuche machen, allerdings ist das die Ausnahme. Die Miete von Frau Mautz liegt durchaus im Rahmen. Dass das Jobcenter hier Dinge unterstellt, ist für mich nicht nachvollziehbar. Zumal die Alternative ein Umzug gewesen wäre.“ Daran mag das SoVD-Mitglied gar nicht denken: „Ich weiß nicht, wo ich in der derzeitigen Situation eine bezahlbare Wohnung hätte finden sollen. Außerdem kostet ein Umzug auch nochmal Geld.“

Auch Rauch sieht das kritisch. „Die Maßstäbe des Jobcenters hinsichtlich der Miete sind mittlerweile völlig realitätsfern. So günstige Mieten gibt es auf dem Wohnungsmarkt überhaupt nicht mehr. Da muss dringend nachgebessert werden“, fordert sie.

SoVD-Experte beantwortet im Interview wichtige Fragen

Patientenverfügung: Jetzt an später denken

Krankheit, das Alter oder ein Unfall: Schnell kann man in Situationen geraten, in denen man den eigenen Willen nicht mehr äußern kann. In solchen Fällen sind eine Patientenverfügung und eine Vorsorgevollmacht wichtig. Die Redaktion des „Niedersachsen-Echos“ sprach mit Frank Rethmeier, Leiter des Fachgebiets Sozialrecht beim SoVD in Niedersachsen, über das Thema.

Herr Rethmeier, warum sollte jede*r – egal wie alt sie*er ist – eine Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht besitzen?

Unfälle und schwere Erkrankungen können eine Patientenverfügung und/oder eine Vorsorgevollmacht plötzlich sehr wichtig machen – in jedem Alter. Deshalb sollte man sich unbedingt schon vorab damit befassen, um für den Notfall gewappnet zu sein. Hilfreich ist dabei immer eine persönliche Beratung, um die wichtigsten Fragen zu klären und die Dokumente rechtsverbindlich zu formulieren. Denn: Mit einer Patientenverfügung legt man fest, welche Maßnahmen bei der medizinischen Versorgung getroffen werden sollen, wenn man selbst dazu nicht mehr in der Lage ist. Mit der Vollmacht beauftragt man hingegen eine Person, stellvertretend für sich zu handeln.

Brauche ich unbedingt beide Dokumente?

Nicht zwingend. Wir empfehlen unseren Mitgliedern aber immer eine Kombination aus beidem. Der Unterschied bei

den Dokumenten liegt nämlich in der Selbstbestimmtheit der Betroffenen im Ernstfall. In einer Patientenverfügung lege ich meinen eigenen Willen fest, die Vorsorgevollmacht überträgt die Entscheidung auf andere. Wenn man also keine Patientenverfügung hat, müssen andere manchmal die schwere Entscheidung über Leben und Tod fällen. Das kann für die Bevollmächtigten oft eine enorme Belastung sein. Wer also sowohl Patientenverfügung als auch Vorsorgevollmacht besitzt, ist bestmöglich abgesichert.

Im Internet kann man sich zahlreiche Formulare für Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten herunterladen oder sie sich auch direkt erstellen lassen. Ist das sinnvoll?

Wir raten unseren Mitgliedern dringend davon ab, Formulare zu verwenden. Es kann passieren, dass eine „Ankreuzvariante“ im Ernstfall als zu wenig fälschungssicher bewertet wird. Auch kann ein Kreuz an der falschen Stelle leicht aus Versehen oder aus Unverständnis nicht korrekt oder auch gar



Foto: Martin Bargiel

Frank Rethmeier, Leiter des Sachgebiets Sozialrecht

nicht gesetzt werden. Außerdem gibt es nicht die Möglichkeit, differenzierte Antworten zu geben. Dabei ist es aber für die Betroffenen wichtig, dass sie sich auf die Verbindlichkeit der Dokumente verlassen können. Deshalb empfehlen wir immer ein Gespräch zur Erstellung von Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht – gerne natürlich bei uns. Unsere Beraterinnen und Berater sind

fachlich geschult und nehmen sich Zeit für die Gespräche.

Gibt es bestimmte Themen, zu denen ich mir vorab Gedanken machen sollte?

Vor einem Beratungsgespräch sollte man sich schon einmal Gedanken über seine Lebenssituation und Werte machen. Es ist hilfreich, wenn man zum Beispiel darüber nach-

denkt, in welchen Situationen man sich das Weiterleben nur schwer vorstellen kann oder wann ein Zustand nicht mehr verlängert werden soll. Für die Vollmacht ist es wichtig, dass man sich überlegt, welche Person man bevollmächtigen möchte. Da sie etwa Entscheidungen in Vermögensangelegenheiten trifft, sollte man ihr zu hundert Prozent vertrauen. Wenn wir beraten, verschicken wir aber vorab auch nochmal entsprechendes Info-Material.

Wir bedanken uns für das Gespräch!

SOVD-TIPP

Wer sich rund um das Thema Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht beraten lassen möchte, kann sich unter der Nummer 0511 65610721 melden und einen Termin vereinbaren. Die Beratung und Erstellung der Unterlagen ist auch telefonisch möglich. Weitere Informationen gibt es unter www.sovd-nds.de/beratung/patientenverfuegung/vorsorgevollmacht.

Hinweis für Sozialleistungsempfänger*innen

SoVD-Mitgliedsbeitrag ist anrechenbar

Wer Grundsicherung, Sozialhilfe oder Bürgergeld erhält, hat oft kaum genug Geld. Da ist jede zusätzliche Ausgabe eine Belastung. Die gute Nachricht: Benötigen sie sozialrechtliche Unterstützung und werden Mitglied im SoVD, können Betroffene den Mitgliedsbeitrag unter Umständen angerechnet bekommen. Möglich ist das aber nur bei einem Einkommen. „Das heißt, die Sozialleistungen müssen aufstockend bezogen werden“, verdeutlicht Katharina Lorenz von SoVD in Niedersachsen. Denn: Es handelt sich um einen Betrag, der beim auf die Leistungen anrechenbaren Einkommen Berücksichtigung findet. „Da sich dieses durch die Beitragszahlung verringert, werden die Leistungen der Empfänger*innen entsprechend angehoben“, so Lorenz. Das gelte auch für Empfänger*innen einer Rente.

Wird Sozialhilfe oder Grundsicherung bezogen, erfolgt die Anrechnung meist unproblematisch zum Beispiel auf die Rente. „Das zuständige Amt muss dazu allerdings über die SoVD-Mitgliedschaft informiert sein. Gegebenenfalls wird ein Nachweis verlangt“, so Lorenz. Im Zusammenhang mit Bürgergeld ist die Lage etwas komplizierter. „Hier ist der Beitrag nur absetzbar, wenn der*die erwerbstätige Leistungsberechtigte mehr als 400 Euro im Monat verdient und notwendige Ausgaben nachweist. Diese müssen zusammen mit den Absetzbeträgen monatlich 100 Euro übersteigen“, erklärt Lorenz.

Bei Fragen zum Thema finden Sie die Kontaktdaten zu einem Beratungszentrum in Ihrer Nähe unter www.sovd-nds.de. Gerne können Sie sich auch unter 0511 65610721 melden.

SoVD informiert rund um Arbeitsunfähigkeit und Erwerbsminderung

Kostenloser Online-Vortrag

Kann man durch Krankheit arm werden? Diese Frage steht beim kostenlosen Online-Vortrag zum Thema „Arbeitsunfähig, erwerbsgemindert – was nun?“ des SoVD in Niedersachsen im Mittelpunkt. Die Veranstaltung findet am 24. April 2025 von 16 bis 17.30 Uhr per Zoom statt.

Es kann jede*n treffen: Eine Krebserkrankung oder ein Bandscheibenvorfall führen plötzlich zu Arbeitsunfähigkeit und Erwerbsminderung. Wie es dann um die soziale Absicherung steht, beleuchtet Referent Kai Bursie am 24. April 2025 von 16 bis 17.30 Uhr in seinem kostenlosen Online-Vortrag „Arbeitsunfähig, erwerbsgemindert – was nun?“. Außerdem weist er Teilnehmende auf Fallstricke und Lücken hin, die Krankengeld, Arbeitslosengeld und Co. mit sich bringen und gibt Tipps, wie diese umgangen werden können. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht dabei die Frage „Kann man durch Krankheit arm werden?“.

Mitglieder und Interessierte sind herzlich eingeladen, sich bis zum 21. April 2025 unter weiterbildung@sovnd-nds.de zu der Online-Veranstaltung anzu-

melden. Ein Zoom-Zugangslink wird spätestens am Tag des Vortrags per E-Mail an alle angemeldeten Personen versandt.

Weitere Informationen rund um die digitale SoVD-Vortragsreihe sind unter www.sovd-nds.de abrufbar.



Foto: Simona/Adobe Stock

Digitaler SoVD-Vortrag: Bequem von zu Hause aus teilnehmen und hilfreiche Informationen sowie Tipps bekommen.

BERATUNG



Foto: ant / Adobe Stock

Jetzt vormerken: April-Termine für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage über WhatsApp. Bei den Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächsten WhatsApp-Sprechstunden finden am 1., 8. und 29. April, jeweils Dienstag, von 15 bis 16 Uhr statt.

Kreisverband Oldenburg-Delmenhorst tauscht sich aus

Info-Besuch bei der Tafel

Warum muss es in Deutschland eigentlich Tafeln geben, die Menschen mit geringem Einkommen mit Lebensmitteln versorgen? Und wie ist so eine Ausgabestelle überhaupt organisiert. Darüber hat sich der SoVD-Kreisverband Oldenburg-Delmenhorst bei der Oldenburger Tafel informiert.

Bei dem Besuch von Benjamin Kruse (1. Kreisvorsitzender) und Prof. Martina Hasseler (2. Kreisvorsitzende) bei der Tafel wurde deutlich: Die Organisation und Ausgabe ist hervorragend organisiert und durchgetaktet – fast wie in einem mittelständischen Unternehmen. Das ist auch dringend notwendig, denn derzeit werden wegen der hohen Nachfrage monatlich 30 bis 50 Tonnen Lebensmittel bewegt. 500 Menschen stehen auf der Warteliste. „Wir priorisieren Renter und Alleinerziehende“, erklärt Hermann Wendt, Leiter der Oldenburger Tafel. Ohne das Engagement der Ehrenamtlichen ginge es dabei nicht

– 200 Menschen bringen sich bei der Tafel ein. Hasseler und Kruse machten bei dem Besuch deutlich, dass es ein Unding sei, dass es Tafeln überhaupt geben

müsse. „Sie können nur ein Mittel zur Armutslinderung sein – niemals der Weisheit letzter Schluss“, waren sich beide einig.



Foto: Hergen Riedel

Prof. Martina Hasseler und Benjamin Kruse (rechts) sprachen mit Hermann Wendt von der Tafel in Oldenburg.

Kostenfreies Angebot: SoVD-Experte beantwortet Fragen im Sozialrecht

Offene Telefonberatung

Der SoVD in Braunschweig veranstaltet am Mittwoch, 23. April, von 10 bis 11.30 Uhr für alle Interessierten eine offene Telefonberatung zu allen Fragen des Sozialrechts.

Anliegen rund um die gesetzliche Renten-, Pflege-, Kranken- und Unfallversicherung werden beantwortet. Außerdem können die Themen Existenzsicherung, Schwerbehindertenrecht, Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht behandelt werden. Der Bereich Existenzsicherung umfasst die Leistungen aus der Erwerbsminderungsrente, aus Arbeitslosengeld 1 und dem

Bürgergeld, aus der Grundsicherung, Sozialhilfe und dem Wohngeld. Interessierte Ratsuchende können sich unter der Telefonnummer 0531 2444 192 kostenlos über diese Themen informieren. Am Telefon wird Kai Bursie, Experte im Sozialrecht und Leiter des SoVD-Regionalbereichs Braunschweig, die Fragen beantworten. Bei stärkerem Beratungsbedarf können

im Anschluss auch persönliche Gespräche, eine Videoberatung oder weiterführende Telefonate vereinbart werden.

Ohne Namensnennung werden besonders interessante Gespräche dieser Beratung am Freitag, 2. Mai, von 14 bis 15 Uhr in der Radiosendung „SoVD-Regional“ auf Okerwelle 104,6 (zugleich per Livestream und App) ausgestrahlt.

„Behindertensportler des Jahres“ 2025 / Festliche Preisverleihung

Haller gewinnt Abstimmung

Jan Haller ist „Behindertensportler des Jahres“ 2025. Damit knüpft der 36-jährige Rollstuhlbasketballspieler an seine sportliche Erfolgsgeschichte an und erhält die beliebte Würdigung des Behinderten-Sportverbands Niedersachsen (BSN) pünktlich zum verdienten Karriereende – und zum Auftakt eines neuen Kapitels als Bundestrainer der Rollstuhlbasketball-Nationalmannschaft.

Bei der festlichen Gala im GOP Variété-Theater Hannover proklamierte Karl Finke, BSN-Präsident, im Beisein von Niedersachsens Sport- und Innenministerin Daniela Behrens, Hannovers Oberbürgermeister Belit Onaysowie Laudatorin und Olympiasiegerin Laura Ludwig den Rollstuhlbasketballspieler zum Wahlsieger. „Meinen herzlichen Glückwunsch – Du hast es Dir wirklich verdient“, freute sich Finke. Und mit ihm zusammen bejubelten die rund 260 geladenen Gäste aus Sport, Politik und Wirtschaft den Ausnahme-Sportler. So gab es bei der Jubiläumsgala zur 25. BSN-

Wahl sogar Standing Ovationen für Jan Haller. „Damit hätte ich



Foto: Volker Minkus

Jan Haller

wirklich nicht gerechnet“, sagte Jan Haller sichtlich gerührt. Mit dem Publikumspreis „Behindertensportler des Jahres“ 2025 erfährt Jan Haller die verdiente Würdigung seiner herausragenden sportlichen Karriere. Haller war nicht nur lange Zeit beim Rollstuhlbasketball-Erstligisten Hannover United /Team BEB aktiv, sondern führte auch die Nationalmannschaft als Kapitän an und gewann mit dieser schließlich bei den Paralympics in Paris 2024 die Bronzemedaille. Zum 1. Juni 2025 wechselt Haller nun an die Seitenlinie und wird das Deutsche Team als Bundestrainer leiten.

Neue Podcast-Folge: Jetzt Reinhören und abonnieren!

Für eine respektvolle Bestattung

In der neuen Podcast-Folge von „Kein Ponyhof“ widmen sich die Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel einem oft tabuisierten Thema: der würdevollen Bestattung. Was passiert, wenn ein*e Verstorbene*r keine Angehörigen hat, die sich um die Beerdigung kümmern können? Oder wenn die finanziellen Mittel fehlen, um die Bestattung zu bezahlen?

Lorenz und Jäkel beleuchten die Realität von Sozialbestattungen und erzählen die bewegende Geschichte einer Mutter, die die Beer-

digung ihrer Tochter nicht aus eigener Tasche bezahlen konnte und dann mit dem Sozialamt kämpfen musste, das sich weigerte, die Kosten zu übernehmen. Als Gast ist Martina Forster von der Tobias-Gemeinschaft in Lüneburg dabei. Mit ihrem Projekt „Würdige Bestattung für alle“ setzt sie sich dafür ein, dass niemand in der letzten Stunde alleingelassen wird und erzählt von ihrem Engagement.

Die aktuelle Ausgabe des SoVD-Podcasts ist im Internet unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.



Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Einmal im Monat gibt es eine neue Folge von „Kein Ponyhof“ auf allen gängigen Podcast-Plattformen.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sov-d-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

SoVD-Frauen in NRW aktiv mit Aktionen zum Equal Pay Day und zum internationalen Frauentag 2025

„Wir wollen keine kleinen Brötchen backen“

Der März ist im Verbandsjahr der Monat der Frauenaktionen. Zum jährlichen Equal Pay Day für gerechtere Bezahlung waren die SoVD-Frauen am 7. März in den Kreisen aktiv, zum Internationalen Frauentag am 8. März fand zum Beispiel in Köln der Markt der Möglichkeiten statt.

In den Kreisverbänden Gütersloh, Essen, Märkischer Kreis, Bochum, Köln-Bonn-Aachen, Herford, Dortmund, Düsseldorf und Recklinghausen verteilten die Frauen Brötchen an die Passant*innen. Unter dem Motto „Wir Frauen wollen keine kleinen Brötchen mehr backen!“ machten sie auf die Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen in Deutschland aufmerksam. Zugleich fordern sie damit das Aufbrechen veralteter Rollenbilder, bei denen das „Ernährermodell“ immer noch als Regelfall gilt. Die Möglichkeit eine eigenständige Existenzsicherung aufzubauen, sollten gerade die Frauen erhalten, die Sorgearbeit leisten und gleichzeitig alleinerziehend sind. Dazu gehört auch die Forderung nach der Abschaffung von Minijobs.

Eine dringende Notwendigkeit ist die Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro. Der SoVD NRW forderte daher zum Equal Pay Day 2025 die gleichberechtigte Teilhabe am Er-

werbsleben für alle Frauen und damit gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit!

Am 8. März nahm die Frauenbeauftragte des **Ortsverbandes Ratingen**, Angela Leineweber (s. Foto, re.), auf dem Marktplatz in Ratingen an der Aktion des SoVD teil, wies in Gesprächen mit Passant*innen auf die Situation von Frauen im Beruf hin und verteilte gefüllte Brötchentüten.

Auch der **Ortsverband Oberes Versetal** beteiligte sich an der Aktion „Wir Frauen wollen keine kleinen Brötchen mehr backen.“ In Lüdenscheid standen die Frauensprecherinnen Christine Schubert und Helga Baberg (s. Foto, Mitte) auf dem Rathausplatz. Sie wurden unterstützt von Dagmar Ziermann und Michelina Weiß und verteilten gemeinsam Brötchen. Bei bestem Wetter wurden interessante Gespräche geführt und über die Arbeit des SoVD aufgeklärt. Es konnten sogar drei neue Mitglieder für den Ortsverband gewonnen werden.

Für den **Ortsverband Plettenberg** engagierten sich Frauensprecherin Heidi Müller, Gudrun Lehmann, Frauensprecherin im Märkischen Kreis, und Beisitzerin Angelika Beckmann zum Equal Pay Day mit einem Infostand (s. Foto, v. li.).

In **Haltern** waren Mitglieder aus den Ortsverbänden Lippamsdorf-Haltern, Recklinghausen und Marl am Infostand aktiv. Auch Halterns Bürgermeister Andreas Stegemann (CDU) schaute am SoVD-Stand vorbei (s. Foto, v. li.: Waltraud Kumpmann, Martina Bartz, Franz-Josef Tönnis, Heike Harich, Bürgermeister Andreas Stegemann, Anne und Karl-Heinz Henksmeyer sowie Barbara Wergau).

In Bochum verteilten (s. Foto, v. li.) Elke Köhn und Jutta König vom Kreisverband Köln-Bonn-Aachen mit Maria Poppinga vom **Kreisverband Bochum** Brötchentüten zum Equal Pay Day.

In Köln wurde am 8. März der „Markt der Möglichkeiten“ unter dem Motto „Frauenrechte sind



Ortsverband Plettenberg

Menschenrechte“ veranstaltet. 64 Frauenorganisationen nutzen die Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung. Die SoVD-Frauen vom **Kreisverband Köln-Bonn-Aachen** informierten über Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Pflegetagebuch und führten eine Umfrage durch, deren Ergebnisse demnächst ausgewertet werden. (S. Foto 2, v. li.: Waltraud Brandt, Heike Schumann, Julia Krüger und Nadiya Bersan.) Viele Frauenverbände signalisier-

ten Interesse an einer stärkeren Zusammenarbeit, insbesondere gegen Rassismus und Frauenfeindlichkeit sowie zur Stärkung der Demokratie. Auch die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker (s. Foto 1, v. li.: Waltraud Brandt, Henriette Reker und ihre Assistentin) besuchte den SoVD-Infostand.

Ein besonderer Dank gilt Frau Dr. Marita Alami und Eva Pohl vom Vorstand des Arbeitskreises Kölner Frauenvereinigungen für die gute Organisation.



Ortsverband Lippamsdorf-Haltern



Ortsverband Ratingen



Kreisverband Bochum



KV Köln-Bonn-Aachen 1



Kreisverband Köln-Bonn-Aachen 2



Ortsverband Oberes Versetal

Weg mit Barrieren im Bus- und Bahnverkehr!

Am 5. Mai, dem Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, will der SoVD an möglichst vielen Orten in NRW darauf hinweisen, dass alle barrierefrei von A nach B kommen wollen – ohne Stolperfallen und andere Hindernisse. Das Gute ist: alle können mitmachen und sich einbringen! Der Landesverband lädt auch Sie daher herzlich dazu ein, der Öffentlichkeit zu zeigen, wo aus Ihrer Sicht die Barrieren lauern, worüber Sie sich persönlich bei der Bus- oder Bahnfahrt, beim Reisen oder auch beim Bummeln durch die Stadt ärgern und wie Sie dadurch „behindert werden“.

Kaputte Aufzüge und Rolltreppen an den Bahnhöfen, Höhenunterschiede zwischen Bahnsteig und Bahn, nicht-barrierefreie Fahrzeuge, keine barrierefreie Kommunikation für Menschen mit Seh- oder Hörbeeinträchtigung – es gibt da noch ganz viel zu tun. Wie ist das bei Ihnen vor Ort? Zeigen Sie es uns und der Politik, damit sich etwas ändert!

Für den SoVD NRW ist Dr. Michael Spörke der Ansprechpartner unter Tel.: 0211/3860313 oder per E-Mail: m.spoerke@sovd-nrw.de

Alle Infos zu dieser Aktion stehen auf der Homepage unter: www.sovd-nrw.de



Was für die einen ein kleiner Schritt ist, ist für andere ein unüberwindbares Hindernis.

Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Barrierefreier ÖPNV für alle!

Landespressesprecher Matthias Veit interviewte Dr. Michael Spörke, den Leiter der Abteilung Sozialpolitik im SoVD NRW, zu der geplanten Aktion des Bündnisses Sozialverträgliche Mobilitätswende NRW anlässlich des Protesttages am 5. Mai.

Herr Dr. Spörke, wie kam es zu der Idee, zu Aktionen am 5. Mai aufzurufen?

„Wir alle kennen doch die Probleme bei der Nutzung des ÖPNV. Und daher haben wir uns mit Umwelt- und Naturschutzverbänden, Gewerkschaften und weiteren Verbänden aus dem landesweiten Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende NRW zusammengetan, um Handlungsdruck aufzubauen. Auch die Behindertenverbände unter dem Dach des Landesbehindertenrat NRW sind dabei. Am 5. Mai ist der Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung und von daher ein perfektes Datum, um im Rahmen einer konzertierten Aktion auf diese Missstände hinzuweisen.“

Und wie kann man sich da einbringen?

„Da sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt. Ob Demo, Infostand, Fachgespräche mit der Kommunalpolitik – jede*r hat die Gelegenheit, sich vor Ort zu vernetzen, um auf die lokalen Probleme hinzuweisen. Wir gehen davon aus, dass viele Leute, die das Thema umtreibt, sich mit anderen zusammenschließen werden, um auch Kundgebungen und zum Beispiel eine Unterschriftenaktion zu organisieren. Wir wollen da bewusst keine Vorgaben machen. Die Betroffenen wissen,



Dr. Michael Spörke

wo der Schuh drückt und haben im Übrigen selbst bestimmt genügend gute Ideen. Wir stehen aber als Ansprechpartner bereit, verschicken Muster-Pressemeldungen und tauschen uns auch auf Video-Konferenzen aus, geben Tipps und helfen bei Bedarf. Und wir helfen vor Ort auch bei der Koordination, etwa, wenn in ein und derselben Stadt mehrere Aktionen geplant sind, um den Aufwand zu minimieren und die Leute zusammenzubringen.“

Welche Rolle spielen die sozialen Medien bei der Aktion?

„Unser Aufruf trifft bereits auf ein riesiges Echo auf den Social-Media-Kanälen. Dort findet man auch ein Video, das wir vom SoVD

NRW im Düsseldorfer Bahnverkehr gedreht haben. Das sollte man sich auf jeden Fall anschauen, da wimmelt es von Barrieren – und da reden wir immerhin von der NRW-Landeshauptstadt. Jede*r kann ja von der jeweiligen Aktion vor Ort Bilder machen – und diese Bilder, die am 5. Mai entstehen, werden auf Facebook und Co. natürlich ebenfalls die Runde machen. Das verschafft uns und dem Thema noch mehr Sichtbarkeit. Von daher leisten die sozialen Medien da einen wichtigen Beitrag.“

Wie geht es nach dem 5. Mai dann weiter?

Zunächst mal wird es noch am 5. Mai selbst abends eine Veranstaltung in Gelsenkirchen geben, wo wir von den vielfältigen Aktionen vor Ort berichten werden, um auch zu verdeutlichen, wie groß das Problem ist und damit auch der Handlungsbedarf. Dort werden wir die Politik mit den Problemen konfrontieren. Und selbstverständlich werden wir auch danach im Austausch mit der Landespolitik bleiben, damit das Reisen und Pendeln mit Bus und Bahn für viele Menschen nicht länger einem Abenteuer gleichkommt. Wir brauchen einen barrierefreien, gut ausgebauten und attraktiven ÖPNV – der Klimawandel wartet nicht auf uns, der kommt auch so.“

Die neue stellvertretende Landesgeschäftsführerin kommt aus der Sozialrechtsberatung des Verbandes

Die Öffentlichkeitsarbeit weiter ausbauen

Viele kennen Greta Lutterbach bereits durch den Podcast des SoVD NRW und ihre zahlreichen Fernsehauftritte, in denen sie zu sozialen Fragen Stellung bezieht und aus ihrer Beratungspraxis berichtet. Bisher leitete Lutterbach das Sozialrechtsberatungszentrum des SoVD in Köln. Jetzt wurde sie als stellvertretende Landesgeschäftsführerin in die Landesgeschäftsstelle berufen.

Greta Lutterbachs Reise zum SoVD begann in Burgdorf (Niedersachsen), wo sie erstmals mit der Arbeit des Verbandes in Berührung kam. Aus privaten Gründen zog sie nach Köln: „Eine Entscheidung, die ich nie bereut habe. Der SoVD ist für mich nicht nur ein Verband, sondern eine wertvolle Gemeinschaft von engagierten Kolleg*innen und Mitgliedern, für deren Rechte ich gerne einträte.“

Die Arbeit in Köln war für Lutterbach herausfordernd und bereichernd, besonders das schnelle Wachstum des Sozialberatungszentrums (SBZ). „Es war bewegend, die Geschichten der Mitglieder zu hören und sie

in schwierigen Zeiten zu unterstützen. Durch unsere Arbeit haben wir rund 13 Millionen Euro für unsere Mitglieder in NRW erstritten – ein deutliches Zeichen, wie wichtig unsere Arbeit ist. Leider greifen zu wenige Menschen auf die Möglichkeit von Widersprüchen oder Klagen zurück, was oft zu einem Verzicht auf ihre Rechte führt.“

Besonders am Herzen lagen mir Opferentschädigungsverfahren und die medizinische Versorgung, vor allem die schwierige Situation bei Psychotherapieplätzen. In Köln war die Arbeit besonders vielfältig, da Stadt und Menschen so bunt und vielfältig sind – von Künstler*in bis Manager*in. Das

machte die Arbeit spannend und abwechslungsreich. Medienauftritte im Radio und Fernsehen ermöglichten es mir, die Themen des SoVD auch öffentlich zu vertreten und Missstände anzuprangern“, erinnert sie sich.

In ihrer neuen Funktion als stellvertretende Landesgeschäftsführerin konzentriert sich Lutterbachs Arbeit auf die Landesrechtsabteilung, Organisation, Wirtschaft sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Zudem vertritt sie die Landesgeschäftsführung und gestaltet die Weiterentwicklung des SoVD NRW mit.

Für die Zukunft hat sie sich vorgenommen: „Mein Ziel ist es, den Kolleg*innen die zuneh-



Greta Lutterbach ist jetzt stellvertretende Landesgeschäftsführerin.

mend anspruchsvollere Arbeit zu erleichtern. Angesichts der wachsenden Herausforderungen im Sozialrecht, besonders in komplexen Verfahren, will ich durch neue Arbeitsmethoden und den Einsatz von Technologien wie Künstliche Intelligenz

die Arbeitsbelastung verringern. Zudem möchte ich die Zusammenarbeit zwischen den Sozialberatungszentren fördern und die Öffentlichkeitsarbeit ausbauen, damit der SoVD eine noch stärkere Stimme in der Politik hat.“



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Kreisverband Köln-Bonn-Aachen



Ortsverband Plettenberg



Ortsverband Oberes Versetal

Ortsvorsitzender Frank Ziermann begrüßte die Mitglieder und Gäste im Willy-Brandt-Haus in Lüdenscheid und stellte die umfassenden Beratungs- und Informationsangebote des SoVD vor.

Danach beleuchtete Gastredner Daniel Kreutz, Vorsitzender des Sozialausschusses des SoVD NRW, die aktuellen Herausforderungen und die Forderungen des Verbandes zur Stärkung der gesetzlichen Rente.

Kreutz skizzierte die finanziel-

le Lage der Rentenversicherung und warnte vor Versuchen, die umlagefinanzierte Rente durch Aktienmodelle zu ersetzen oder das Renteneintrittsalter weiter anzuheben. Eine nachhaltige Rentenfinanzierung sei nicht nur von der demografischen

Entwicklung abhängig, sondern auch von Löhnen, Beschäftigungszahlen und staatlichen Zuschüssen. Seit der Einführung der Riester-Rente 2001 sei das Rentenniveau gesunken, während staatliche Förderungen zunehmend in kapitalgedeckte Altersvorsorge fließen.

Der SoVD setzt sich für eine Rückkehr zur Lebensstandardsicherung mit einem Rentenniveau von mindestens 53 Prozent ein. Zudem fordert der Verband eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle Berufsgruppen – einschließlich der Beamt*innen, Politiker*innen und Selbstständigen – einzahlen. Dies könne langfristig das System stabilisieren und Altersarmut vorbeugen.

Kreisverband Köln-Bonn-Aachen

Der Frauenarbeitskreis im SoVD-Kreisverband Köln-Bonn-Aachen traf sich zum Austausch

im Kölner DGB-Haus. Diesmal ging es darum, die Präsenz des SoVD beim Aktionstag „Markt der Möglichkeiten“ am 8. März vorzubereiten. Dieser findet jedes Jahr im Historischen Rathaus der Stadt Köln statt und wird vom Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigungen durchgeführt. Oberbürgermeisterin Henriette Reker ist Schirmherrin der Veranstaltung (s. Bericht S. 11).

Ortsverband Plettenberg

Das monatliche Treffen im Ortsverband Plettenberg stand im Februar im Zeichen des Karnevals. Daher gab es diesmal keinen Fachvortrag für die Mitglieder, sondern stimmungsvolle Fastnachtsmusik. Ein DJ war dabei nicht nötig, denn um die Musikauswahl kümmerte sich der Ortsvorsitzende Dieter Beckmann höchstpersönlich und kam damit bei den Anwesenden gut an.



Ortsverband Oberes Versetal

Behindertenbeauftragter in Geilenkirchen

Heinz Pütz für weitere zwei Jahre wiedergewählt

Er hat seinen Hut noch einmal in den Ring geworfen und das erneut mit Erfolg: Heinz Pütz, Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen in seiner Heimat Geilenkirchen, ist für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt worden.

Bereits seit 2009 ist Heinz Pütz Behindertenbeauftragter und setzt sich (nicht erst) seitdem mit ungebremstem Eifer für Barrierefreiheit und Inklusion ein. Auch im SoVD NRW ist er aktiv, als Beisitzer im Landesvorstand und im Sozialpolitischen Ausschuss.

Was seine Arbeit vor Ort in Geilenkirchen angeht, kann er so manchen Erfolg vorweisen. Viele wichtige Neuerungen gehen auf sein beharrliches Engagement zurück, etwa eine Bürgerbroschüre in einfacher Sprache, barrierefreie Bürgerhäuser, ein barrierefreies Schwimmbad und die Umgestaltungen der Bahnhöfe. Zuletzt hat er sich mit Erfolg für Inklusionskräfte in Geilenkirchener Kitas und Ladesäulen für E-Rollis eingesetzt.



Heinz Pütz

Kreisverband Bielefeld gratulierte Mitglied zu einem besonderen Geburtstag

Elly Haferstroh ist 103 geworden

Am 7. März, dem Tag des internationalen Aktionstag für Entgeltgleichheit, kurz Equal Pay Day genannt, besuchten Wolfgang Kerker und Monika Ueding, der 1. Kreisvorsitzende und die 2. Kreisvorsitzende des SoVD Bielefeld, Elly Haferstroh mit einem bunten Frühlingsstrauß, um ihr zum 103. Geburtstag zu gratulieren.

Elly Haferstroh trat nach dem Tod ihres Mannes 1998 in den SoVD ein.

Mit ihren nun 103 Jahren macht das Geburtstagskind noch immer einen wachen und geistig fiten Eindruck. Frau Haferstroh versorgt sich selbst und benötigt seitens der Schwiegertochter, die mit im selben Haus wohnt, nur in Ausnahmefällen Hilfe.

Täglich verfolgt sie das politische Geschehen mit großem Interesse. Nur mit dem Hören ist es nach ihren eigenen Angaben nicht mehr so gut.

In einem ganz lockeren Gespräch unterhielten sich alle Anwesenden sehr angeregt. Im Namen des Kreisvorstandes



Elly Haferstroh ist auch im hohen Alter noch ziemlich fit.

wünschten der Kreisvorsitzende und seine Vertreterin der ganz besonderen Jubilarin alles

erdenklich Gute und noch eine schöne Zeit bei weiterhin guter Gesundheit.

5 Termine



Foto: Wellnhofer Designs/Adobe Stock

Ortsverband Asemissen

Jeden zweiten Freitag im Monat, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im „B-vier“, Parkstraße 6, 33818 Leopoldshöhe.

Ortsverband Bielefeld Brackwede Quelle

10. April, 17 Uhr: Mitgliederversammlung, Gaststätte Taverne Sprungmann, Osnabrücker Str. 65, 33649 Bielefeld-Quelle.

Ortsverband Essen Süd / Ost / West

Jeden ersten Mittwoch im Monat, 17 Uhr: Stammtisch im Café „Extrablatt“, Rüttenscheider Straße 58, 45130 Essen.

Ortsverband Essen-Kray

Jeden ersten Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Plaudercafé im BGZ (Rathaus Essen-Kray), Kamblickweg 27, 45307 Essen.

Ortsverband Dortmund Eving

Jeden ersten Montag im Monat, 16 Uhr: Mitgliedertreffen im Vereinshaus St. Barbara, Friesenstraße, 44339 Dortmund.

Ortsverband Gelsenkirchen-Altstadt

Jeden vierten Donnerstag im Monat, 18 Uhr: Stammtisch in der „Goldenen Gans“, Alter Markt 10, 45879 Gelsenkirchen.

Ortsverband Herne / Wanne-Eickel

5. April, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, **neuer Ort:** Flora Marzina Seniorenzentrum, Hauptstraße 360, 44649 Herne.

Ortsverband Marl

2. April, 15 Uhr: Mittwochstreff.
26. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung. **Anmeldung bis 4. April** bei Martina Bartz, Tel.: 02362/95 04 404 oder Uschi Klein-Linder, Tel.: 02365/38 41 486 oder E-Mail an: uwe.fricke.marl@email.de.
Ort: Pfarrheim von St. Josef, Bergstraße 115, 45770 Marl

Ortsverband Neuenrade

Jeden ersten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Kaffeetrinken im Hotel Kaisergarten, Hinterm Wall 15, 58809 Neuenrade.

Ortsverband Plettenberg

10. April, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung, ev. Gemeindehaus Kirchstraße 2, 58840 Plettenberg.

Ortsverband Oberes Versetal

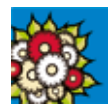
25. April, 15 Uhr: Infonachmittag mit Vortrag von Frau Platenius, Pflegeberatung Märkischer Kreis, Gemeindezentrum der ev. Kirche Brüninghausen, Versestraße 36 58513 Lüdenscheid.

Ortsverband Schildesche

7. April, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung, Gemeindehaus, Johannisstraße 13.

Ortsverband Waldbröl / Rupichterath-Oberberg

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Kaffeetrinken, Räume der AWO Waldbröl, Schladerner Straße 10–12, 51545 Waldbröl.



Der Landesverband gratuliert

Allen Geburtstagskindern und Jubilar*innen im April wünscht der SoVD Nordrhein-Westfalen e. V. auf diesem Wege alles Gute und dankt für die Treue zum Verband. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass aus Platzgründen nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht werden können.

KV Bergisches Land: Hannelore Böhm (92), Elisabeth Gründhammer (95).

KV Bielefeld: Karl-Heinz Cottmann (90), Gerhard Niewöhner (90), Klara Hartmann (92), Hannelore Isenberg (93), Christa Beckord (94).

KV Bochum-Hattingen: Irmgard Rosner (92), Gisela Clauss (95).

KV Dortmund: Edeltraut Nikutta (90), Heinrich Lotzmann (90), Lotte Gombel (90), Gerda Rangol (91), Gertrud Friebe (93), Helmut Dziwis (96), Ingeborg Jeuschede-Wolf (97)

KV Düsseldorf: Dirk Bakker (90), Johann Kunz (99), Josefa Schulz (100).

KV Westliches Ruhrgebiet / Niederrhein: Irmgard John (90), Erna Wellkamp (90).

KV Essen: Günter Grey (92).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Anneliese Blischke (94), Werner

Schemkes (94), Werner Buchhaupt (95), Helmut Steinweg (101).

KV Hamm-Unna: Helga Herold-Braune (90), Willi Demmer (91), Katharina Globert (92), Ilse Schriewer (92), Erika Tiemann-Nass (92), Willi Gruß (93), Paula Steckel (94).

KV Herford: Hanna Ronning (92), Herbert Kruse (93), Alfred Meier (94), Brunhilde Schulz (95), Hildegard Kuschel (100).

KV Herne: Rudolf Haschek (90).

KV Köln-Bonn-Aachen: Norbert Muschner (90), Horst Meyers (93), Edeltraut Raebel (94), Anna Schwarzenberg (94).

KV Lippe: Reinhard Hantzsch (90), Margit Frodermann (94).

KV Lübbecke: Sonja Dreher (90), Anneliese Wiegmann (90), Gerda Borcherding (91), Helga Buschmann (91), Erika Finke (91), Anneliese Hilker (91), Ed-

mund Mühlwinkel (91), Hans Östermann (91), Gerhard Weigelt (91), Gertrud Wißbröcker (91), Albert Reddehase (92), Willi Steinkamp (92), Erna Braun (93), Helga Hartmann (93), Anneliese Gülker (94), Heinrich Südmeier (94).

KV Märkischer Kreis: Helga Bartsch (91), Waltraud Schwarz (93), Gertrud Weiland (94), Egon Mai (95), Ingrid Becker (97), Alfred Hoppe (97), Gertrud Reh-fisch (97), Josefine Schmidt (97), Gertrud Harte (98).

KV Minden: Ingrid Schmidt (90), Gerhard Reimann (92), Gertrud Giese (97).

KV Recklinghausen: Herbert Wortmann (90), Irmgard Gries (95).

KV Witten: Dieter Affhüpper (90), Johannes Espenhahn (93), Waldemar Gauck (93), Erna Meyer (93), Horst-Eckhardt Arndt (94).

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Heike Kreft (Dortmund), Lydia Hüning (Westliches Ruhrgebiet/Niederrhein), Annelie Vincke (Herford), Ulrich Heuermann, Ingrid Kattelman, Inge Klüter, (Lübbecke), Hanne-

lore Haldimann, Aribert Tubbe (Witten).

45 Jahre: Norbert Wolff (Lübbecke), Klaus Mansfeld (Lübbecke), Erika Eger (Märkischer Kreis), Günter Hünninghaus (Witten).

50 Jahre: Birgit Baron (Dortmund), Gertraud Meyer (Köln-Bonn-Aachen).

60 Jahre: Renate Possiencke (Düsseldorf).

70 Jahre: Helmut Mikeska (Gelsenkirchen-Bottrop).

Im Frühling und Sommer ist Brut- und Setzzeit bei Tieren in Wald und Feld

Rücksicht nehmen auf Wildtiere

Der Wald ist ein Ort der Erholung für viele Menschen in Nordrhein-Westfalen. Der Wald ist aber auch Heimat vieler Tiere, die geschützt werden müssen. Der Schutz gilt ganz besonders in der sogenannten Brut- und Setzzeit vom 1. März bis 31. Juli.

Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen: „Wir alle sind als Besucher*innen des Waldes aufgefordert, beim Spaziergang auf ausgewiesenen Wanderwegen zu bleiben und uns rück-sichtsvoll zu verhalten – ganz besonders im Frühling, wenn viele Tiere ihre Jungen bekommen und großziehen. Wer ein Jungtier findet, darf es nicht aufnehmen oder anfassen. Die Tiermütter sind meistens ganz in der Nähe, kommen aber erst dann, wenn der Mensch sich ausreichend entfernt hat. Gerade zur Brut- und Setzzeit sollten Hunde daher auch an der Leine geführt werden.“

Grundsätzlich gilt: Bitte Jungtiere nicht anfassen oder gar mitnehmen, sondern umgehend die Untere Jagdbehörde oder bei der zuständigen Polizeistelle anrufen. Diese ver-



Foto: mirimirela/Adobe Stock

Auch wenn es so niedlich aussieht: Rehkitze nicht anfassen!

ständigen entsprechend ausgebildete Revierjäger*innen, die entscheiden können, ob das Wild Hilfe braucht. Kontakt mit Menschen oder Hunden kann dazu führen, dass Elterntie-

re ihre Jungen verstoßen oder nicht mehr erkennen und dies dann in der Regel zum sicheren Tod der Jungtiere führt. Viele Wildtiere legen ihren Nachwuchs von Zeit zu Zeit ab, um potenzielle Beutegreifer nicht auf sie aufmerksam zu machen. Wenn das Jungtier nicht verletzt ist, wird die Mutter zurückkommen, sobald der Mensch nicht mehr in der Nähe ist.

Auch beim Verkehrsunfall mit Wild ist die Polizei der richtige Ansprechpartner: Sie informiert dann eine*n Revierjäger*in. Auch wenn das Wild vom Unfallort wegrennt, muss ebenfalls die Polizei verständigt werden. Und ein am Unfallort verendetes Reh kann ein Kitz hinterlassen, welches hilfebedürftig ist und gefunden werden muss. *Quelle: Landwirtschaftsministerium NRW*

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211/38 60 30, Fax: 0211/38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sov-d-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211/38 60 31 14, E-Mail: m.veil@sov-d-nrw.de.

Layout / Schlussredaktion: Redaktion der SoVD-Zeitung, Tel.: 030/72 62 22 141, E-Mail: redaktion@sov-d.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Fotos oder Texte.

Interview mit Armutsforscher und Buchautor Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Rentensystem gerechter machen

Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Christoph Butterwegge war bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2016 an der Universität Köln tätig. Bekannt wurde er als scharfzüngiger Kritiker der Hartz-Reformen und Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten. Zuletzt war er Gast des SoVD Schleswig-Holstein beim 1. Politischen Aschermittwoch. Dr. Thorsten Harbecke konnte Butterwegge anlässlich dieses Termins ein paar Fragen stellen.

Herr Butterwegge, obwohl Sie seit mittlerweile neun Jahren in Pension sind, schreiben Sie weiter in dichter Folge Bücher und Artikel und halten Vorträge. Sind Sie von einer „Mission“ getrieben? Und inwiefern hat sich Ihr Engagement die Stoßrichtung Ihrer Einwurfe verändert, seit Sie nicht mehr im aktiven Dienst sind?

Man kann es so nennen, denn mein Gerechtigkeitsstreben ist seit Kindesbeinen sehr ausgeprägt und die gesellschaftlichen Verhältnisse erfordern aus diesem Grund mein nachhaltiges Engagement. Außerdem habe ich noch zwei Schulkinder, der Sohn ist erst 9 Jahre alt, die mich jung halten. An der inhaltlichen Ausrichtung meiner Statements hat sich deshalb nichts geändert, weil ich mich immer an den tagespolitisch wichtigen Fragen abgearbeitet habe, dazu Untersuchungen angestellt und aus diesen bestimmte Forderungen abgeleitet habe, was ich auch künftig tue, solange es meine Gesundheit zulässt.

Unsere Leser*innen interessiert besonders das Thema Rente, auch wenn es im gerade zurückliegenden Bundestagswahlkampf fast keine Rolle gespielt hat. Das aktuelle Rentenniveau ist für viele nicht mehr auskömmlich. Trotzdem traut sich keine Partei an eine umfassende Rentenreform heran, die dieses Problem ernsthaft angeht. Stattdessen diskutiert die Politik über weitgehend wirkungslose Instrumente wie die Aktienrente oder erwägt weitere Rentenkürzungen. Woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Bei der erforderlichen Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates zu einer solidarischen Bürger- bzw. (im Fall der Rente) Erwerbstätigenversicherung handelt es sich um eine umfassende Strukturreform, die mächtige Interessengruppen betrifft. Alle in das Versicherungssystem einzubeziehen, auch Selbstständige, Freiberufler*innen, Beamte*innen, Abgeordnete und Minister*innen, ist zwar in anderen Ländern bereits zumindest ansatzweise gelungen, aber nur gegen große Widerstände durchzusetzen. Hier



Foto: Thomas Eisenkrätzer

Auch als Pensionär ist Butterwegge aktiv für soziale Gerechtigkeit.

zulande ist bisher der Einfluss jener Kräfte größer, die lieber das Rentenniveau weiter absenken, die Lebensarbeitszeit verlängern oder den Beschäftigten mehr „Eigenverantwortung“ bei der privaten, kapitalgedeckten bzw. finanzmarktabhängigen Altersvorsorge aufbürden möchten. Aufgrund des sozialen Klimawandels zu mehr Eiseskälte dürfte die neue Bundesregierung kaum zu solidarischeren Lösungen neigen.

Für das Rentensystem stellt die alternde Gesellschaft ja ein Problem dar, weil sich das Verhältnis zwischen aktiv Berufstätigen und Rentenbeziehenden ungünstig entwickelt. Das führt zunächst dazu, dass weniger Geld im Topf der Rentenversicherung ist, das verteilt werden kann. Sehen Sie das auch so?

Auf die Finanzkraft der Rentenversicherung wirken auch noch andere Faktoren wie etwa die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie die Höhe von Löhnen und Gehältern ein. Die interessenbedingt dramatisierend überzeichnete Demografie wird aber häufig als Mittel der sozialen Demagogie missbraucht, indem man so tut, als gäbe es nur zwei Möglichkeiten – entweder müssten die Rentenversicherungsbeiträge drastisch erhöht oder die Altersrenten massiv gekürzt werden. Manchmal erscheint die demografische Entwicklung auch als ein Krisen- bzw. Katastrophenszenario, das zu einer Privatisierung von Risiken zwingt. Die Höhe der

Renten hängt aber nicht von der Biologie, sondern erstens von der Ökonomie und zweitens von der Politik ab. Entscheidend ist nämlich, wie viel Reichtum ein Land zu dem Zeitpunkt erzeugt, an dem die Rente gezahlt werden muss, und auf welche Bevölkerungsschichten und Altersgruppen er wie verteilt wird. Bei einer stagnierenden bzw. künftig sinkenden Bevölkerungszahl, wie sie in demografischen Horrorszenarien beschworen wird, müsste im Falle eines längerfristig vermutlich wieder kontinuierlich wachsenden Bruttoinlandsprodukts eigentlich genug da sein – es sei denn, der Reichtum konzentriert sich weiterhin bei wenigen Familien.

In Ihrem aktuellen Buch „Umverteilung des Reichtums“ plädieren Sie dafür, Verteilungsfragen wieder stärker ins Zentrum der politischen Debatte zu rücken. Das ist ja im Grunde eine altbekannte Forderung. Auch der SoVD fordert seit Jahren eine andere Steuerpolitik, die Reichtum stärker zur Finanzierung des Sozialstaates heranzieht. Warum glauben Sie, dringen Sie und wir und auch viele andere aktuell damit nicht durch?

Dafür gibt es sicher viele Gründe, unter denen zwei besonders hervorstechen: Erstens sind sehr Reiche auch politisch einflussreich. Sie haben einen direkten Draht zu Entscheidungsträgern. Ihnen gehören auch Massenmedien, mit denen die öffentliche Meinung beeinflusst wird. Zweitens
Fortsetzung auf Seite 12



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

„Neustart, Aufbruch, Anpacken: Die deutsche Wirtschaft knüpft an das Ergebnis der Bundestagswahl vor allem die Hoffnung, dass ihre bekannten Forderungen aufgegriffen werden. Die Politik muss nun liefern. Jetzt ist der Moment für den großen Wurf.“ So berichtete es die Tagesschau am Tag nach der Bundestagswahl.

Das auch die Sozialverbände den Moment für den großen Wurf im Sozialstaat Deutschland für gekommen sehen, darüber ist nicht berichtet worden. Das wäre ja auch noch schöner! Schließlich ist mehr als nur einmal im zurückliegenden Wahlkampf klar belegt worden, dass der Sozialstaat aufgebläht, die Rentenkasse leer und die Hängematten-Mentalität der Bürgergeld-Empfänger*innen zu ausgeprägt seien. Da gehört es sich einfach nicht, „Unerfüllbares“ zu verlangen. Bitte übt Zurückhaltung und fordert keine unmöglichen Geschenke in diesen schwierigen Zeiten!

„Das könnte euch so passen“, möchte man den Prediger*innen des Marktes und der Ökonomie zurufen. Warum in Gottes Namen nehmt ihr nicht zur Kenntnis, dass es an mehreren Stellen bei uns brennt? Zu groß ist das Auseinanderdriften der Schere zwischen Arm und Reich. Zu häufig müssen ältere Menschen öffentliche Mittel in Anspruch nehmen, weil die Rente zum Leben nicht reicht oder die Kosten für die Pflege einfach nicht getragen werden können. Zu oft haben die Menschen das Nachsehen auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum, weil der kleine Geldbeutel noch leerer geworden ist. Insgesamt gesehen haben einfach zu viele Menschen das Gefühl, zu den Verlierer*innen zu gehören. Und das zu Recht.

Deshalb dürfen, ja müssen wir den Zeitpunkt für den großen Wurf für gekommen sehen! Wollen wir die Menschen, die sich allein gelassen fühlen und sich bei der Wahl in großer Zahl nicht für demokratische Parteien entschieden haben, zurückgewinnen, dann MUSS nun tatsächlich der große Wurf kommen. Und der Sozialstaat wieder stabil und solide gemacht werden. Es geht um nicht weniger als um soziale Gerechtigkeit und das Überleben der Demokratie, wie wir sie kennen!

Auf die Frage „Welches Thema spielte für Ihre Wahlentscheidung die größte Rolle?“, antworteten die meisten Befragten: „Die innere und soziale Sicherheit“. Eindeutiges Ergebnis und klarer Auftrag für die neue Bundesregierung! Gut, dass der SoVD einen Sozialgipfel fordert, um der neuen Bundesregierung Kompasshilfe zu geben. Für den großen Wurf, auf den wir alle warten.

Ihr Alfred Bornhalm, Landesvorsitzender



Alfred Bornhalm

Der Tierpark Gettorf

Mit der SoVD-Card können Sie bei zahlreichen Kooperationspartnern Vergünstigungen in Anspruch nehmen. Einer davon ist der Tierpark Gettorf mit Tieren aus aller Welt, die barrierefrei zu bestaunen sind. In der anstehenden Saison zahlen SoVD-Mitglieder unter 65 Jahren 11,50 statt 15,50 Euro, wenn sie an der Kasse die SoVD-Card vorzeigen. Kinder, Senior*innen und Menschen mit Behinderungen zahlen mit Rabattstufe 2 nochmal 2,50 Euro weniger als der Normalpreis.



Foto: Tierpark Gettorf

Auch Mähnenäffchen aus Brasilien leben im Tierpark.

Interview mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Das Rentensystem gerechter machen

Fortsetzung von Seite 11

besteht ein meritokratischer Mythos, also die Vorstellung in den Köpfen vieler Menschen, dass Reichtum auf größeren Leistungen beruht, obwohl er überwiegend geerbt ist. Dagegen will man nicht aufbegehren.

Welche Maßnahmen könnten von einer neuen Bundesregierung unmittelbar umgesetzt werden, die für mehr Gerechtigkeit sorgen würden und gleichzeitig auch wirtschaftliche Interessen, an denen viele Millionen Arbeitsplätze hängen, berücksichtigen?

Ich will zwei Maßnahmen exemplarisch nennen: Das wäre zum einen die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns, weil 12,82 Euro brutto pro Stunde nicht zum Leben reichen und am Ende des Arbeitslebens wegen einer Minirente zu Altersarmut führen, ein höherer Verdienst aber auch viele Millionen Geringverdiener*innen in die Lage versetzen würde, mehr Geld auszugeben. Das würde die schwächelnde Konjunktur ankurbeln und die Wirtschaft beleben. Und zum anderen ein öffentliches Investitionsprogramm für den öffentlichen Wohnungsbau. Das käme der schwächelnden Bauwirtschaft zugute, könnte Einkommensschwachen zu einer Wohnung verhelfen und dazu beitragen, die Mietexplosion etwas zu dämpfen.

Haben Sie die Hoffnung, dass etwas davon demnächst umgesetzt werden wird?

Derzeit sieht es zwar nicht so aus, als wäre eine Umverteilung des Reichtums zu verwirklichen. Aber die gesellschaftlichen Verhältnisse können sich auch sehr kurzfristig verändern, wie man beispielsweise vor dem Mauerfall in Berlin und der Vereinigung von DDR und BRD gesehen hat. Deshalb lasse ich mir meinen historischen Optimismus nicht nehmen, zumal ich es mit Bertolt Brecht halte, der gesagt hat: „Wer kämpft, kann verlieren; wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Interview: Dr. Thorsten Harbeke

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrte von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität Köln und hat zuletzt die Bücher „Deutschland im Krisenmodus“ sowie „Umverteilung des Reichtums“ veröffentlicht.



Ortsverband Wesselburen

Ortsverband Wesselburen

Vorsitzender Olaf Petersen, konnte beim traditionellen Grünkohlessen zahlreiche Mitglieder und Gäste begrüßen. Jede*r erhielt eine Los-Nummer, Die glücklichen Gewinner*innen konnten sich über kleine Präsente freuen.

Ortsverband Garding

An der Jahreshauptversammlung nahmen 50 Mitglieder teil. Nach den Rechenschaftsberichten wählten die Anwesenden den neuen Vorstand: Alle bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

Ortsverband Großenaspe

Auf der Weihnachtsveranstaltung übergab der Betreiber

der Angelseen Forelleninsel in Schmalfeld und Angelwelt in Wiemersdorf eine Spende von 1.110 Euro an die Ortsvorsitzende Rita Iwers.

Ortsverband Oldenburg

Vorsitzende Elke Andresen hatte mit Vertreter*innen weiterer Ortsverbände alle Bundestagskandidat*innen der Wahlkreise Ostholstein Nord und Storman Nord zu einem Sozialcheck eingeladen. Zu den Themen Rente, Pflegebedürftigkeit als Armutrisiko, Krankenversicherung, Mindestlohn, Wohnungsnot sowie Bildung stellten die Kandidat*innen jeweils fünf Minuten ihr Programm vor, danach konnte das Publikum Fragen dazu stellen.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Appen

Auf der Jahreshauptversammlung ehrte Vorsitzender Dirk Thon langjährige Mitglieder und ehrenamtlich Engagierte. Edeltraut Kaland sowie Anke und Egon Ritscher erhielten eine Urkunde für 30-jährige Verbandszugehörigkeit. Seit 20 Jahren ist Maria Last dabei. Außerdem wurden Renate Pirsig, Johanna Behlke und Susanne Thon für jeweils 5 Jahre Ehrenamt ausgezeichnet.



Ortsverband Appen

Ortsverband Dörpstedt

Auf der Jahreshauptversammlung zeichnete die Vorsitzende Helga Faust-Andrea das Mitglied Wolfgang Maurer für 25-jährige Treue zum Verband aus sowie zahlreiche weitere Jubilar*innen.



OV Dörpstedt

Ortsverband Groß-Wittensee

Ortsverband Groß Wittensee

Zur jährlichen Mitgliederversammlung konnte der Vorsitzende Peter Teichmann zahlreiche Mitglieder begrüßen und im Verlauf der Veranstaltung mehreren Jubilar*innen gratulieren. Die Leiterin des Sozialberatungszentrums Rendsburg, Katrin Kardel, berichtete anschließend über Neuerungen im Sozialrecht.



Ortsverband Bordelum

Ortsverband Bordelum

Über 140 Mitglieder kamen zur Versammlung. Der wichtigste Programmpunkt war die Ehrung langjährig ehrenamtlich Tätiger. Ausgezeichnet wurden: Steffi Richter und Renate Bendixen für 5 Jahre, Josine Bajohr und Helga Satzky für 15 Jahre, Ingrid Leskau (sie fehlte aus gesundheitlichen Gründen) für 25 Jahre sowie Revisor und Zeitungsausträger Hans Adolf Ahrendsen für 29-jährige Mitarbeit, die er aus gesundheitlichen Gründen beenden musste.



Ortsverband Großensee

Ortsverband Großensee

Auf einer Mitgliederversammlung ehrten Vorsitzender Frank Fritzsche und Ehrenvorsitzender Siegfried Ulrich langjährige Mitglieder. Ein besonderer Dank ging an Wolfgang Spahr für 55 Jahre Treue zum SoVD. Familie Bentien mit Claudia, Josefine Felix und Yannic wurden für 10 Jahre im SoVD ausgezeichnet (s. Foto, v. li.: Siegfried Ulrich, Claudia Bentien und Frank Fritzsche).

Ortsverband Tönning

Auf dem letzten Treffen in 2024 wurden für 20 Jahre Mitgliedschaft Klaus Kaiser, Christel Lohrke, Brunhilde Pauls, Ferdinand Pauls, Inge Schröder und Manfred Helbig geehrt. Für 10 Jahre zeichnete Vorsitzender Hans-Werner Freese Renate Kaiser, Uwe Gloe, Herrmann



Ortsverband Oldenburg

KV/OV **Aus den Kreis- und Ortsverbänden**



Ortsverband Tönning



Ortsverband Satrup



Ortsverband Plön

Clasen, Doris Roddei-Clasen, Elke Koch, Sönke Koch, Udo Jacobs, Ingeborg Thomsen und Dieter Schürmann aus.

Ortsverband Plön

Gute Stimmung auf dem In-fonachmittag im Ortsverband Plön: Passend zur Jahreszeit feierten die Mitglieder fantasievoll verkleidet gemeinsam Fasching.

Ortsverband Satrup

63 Mitglieder nahmen an der Jahreshauptversammlung teil. Vorsitzender Hubert Reimer zeichnete 17 Mitglieder aus, darunter Werner Heydt für 45 Jahre Mitgliedschaft. Im Anschluss sorgte der Shanty-Chor „Die Hornblower“ für Stimmung.

Kreisverband Dithmarschen

Erstmalig war der SoVD Einkehrstätte des Traditionsvereines Heider Hohnbeer. Mit Blasmusik kehrte der Zug der Norderegge pünktlich um 10.40

Uhr in die Kreisgeschäftsstelle ein. Die 45 Eggenbrüder wurden mit Getränken, Schnittchen und Frikadellen bewirtet, die der geschäftsführende Vorstand vorbereitet hatte. Traditionell wurde auch getanzt, bevor der Zug zur nächsten Station weiterzog.

Kurz vor der Bundestagswahl hatte der Kreisverband außerdem die Kandidat*innen aus dem Wahlkreis eingeladen (s. rechtes Foto). Das Publikum hatte die Gelegenheit, Fragen an sie zu richten. An der Diskussion nahmen teil: Hanna Reichardt (SPD), Nelly Waldeck (Die Grünen), Doris Wiegand (Linke), Leif Bodin (CDU) und Broder Söhl (FDP).

Ortsverband Puls

Die Vorsitzende Renate Schmidt zeichnete langjährige Mitglieder aus: Geehrt wurden Helga Martens für 35 Jahre, Elfriede Wrigg für 30 Jahre, Elke, Christoph, Lynn-Christin und Michelle Kirchmayer, Monika Mark, Hans-Jürgen Sierk für

20 Jahre sowie Gudrun Braun, Werner Heesch, Rita Brodersen, Susanne und Carsten Wulff, Heinz-Dieter Witt für 10 Jahre.

Dörte Brandenburg erhielt darüber hinaus eine besondere Auszeichnung, da sie sich seit zehn Jahren ehrenamtlich betätigt.

Ortsverband Rendsburg

Vorsitzender Harry Schlegel, konnte auf dem letzten Spielesonntag zwei besondere Jubilarinnen auszeichnen: Marie-Luise Schlegel ist seit 25 Jahren Mitglied im SoVD. Auch Gudrun Tschentscher hält dem Verband seit 25 Jahren die Treue.

Nachruf

In unserem Landesverband verstarben

Karin Carstens,
langjährige Beisitzerin im Ortsverband Mölln,

Traute Diekmann,
langjährige Vorsitzende im Ortsverband Föhr und
Vorstandsmitglied im Kreisverband Nordfriesland,

Marion Fehrs,
langjährige 1. Vorsitzende im Ortsverband Alveslohe,

Erhard Frischmuth,
langjähriger Schatzmeister im Ortsverband Ahrenviöl/
Ahrenviölfeld,

Marlies von Goeckel,
langjährige Vorsitzende im Ortsverband Kiel-Mitte,

Reimer Grabe,
langjähriger Schriftführer im Ortsverband Kleve,

Heide-Marie Haupt,
langjährige 1. Kassiererin im Ortsverband Sprengel,

Regina Kagerbauer,
langjährige Frauenbeauftragte im Ortsverband Kaköhl,

Gerd Lübcke,
langjähriger 1. Kassierer im Ortsverband Eggebek,

Klaus Dieter Martens,
langjähriger stellvertretender Schriftführer im
Ortsverband Husum,

Brigitte Nissen,
ehemalige zweite Vorsitzende im Ortsverband Risum-
Lindholm,

Horst-Günter Schnau,
langjähriger Vorsitzender im Ortsverband Schwackendorf,

Marion Schöndube,
langjährige Frauenbeauftragte im
Ortsverband Appen.

Wir werden den Verstorbenen immer ein ehrendes
Gedenken bewahren.



Ortsverband Puls



Ortsverband Rendsburg



Kreisverband Dithmarschen



Kreisverband Dithmarschen

Mitgliederwerbung

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen eine Woche kostenlosen Aufenthalt in unserem Nordsee-Erholungszentrum in Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen des Monats April sind:

- Kirsten Hoffmann (Kreisverband Ostholstein)
- Birgit Schmahl (Kreisverband Pinneberg)
- Dieter Hartmann (Kreisverband Plön)
- Peter Guhl (Kreisverband Rendsburg-Eckernförde)
- Norbert Böhm (Kreisverband Segeberg)
- Ulrich Manteuffel (Kreisverband Schleswig-Flensburg)
- Klaus-Wilhelm Rohwedder (Kreisverband Steinburg)

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir Monat für Monat neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der Sozialverband Deutschland hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 170.000 engagierte Mitstreiter*innen. Unser Wahlspruch lautet:

„Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft. Werden Sie Mitglied!“

Der Landesvorstand dankt allen Werber*innen herzlich für ihren Einsatz und bittet sie auch in den kommenden Monaten darum, ihre engagierte Arbeit fortzusetzen.

Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied für den Sozialverband Schleswig-Holstein werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken. Nur dann können Sie zu den Gewinner*innen des einwöchigen kostenlosen Aufenthaltes in unserem Nordsee-Erholungszentrum in Büsum gehören.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Kaköhl

Auf der Jahreshauptversammlung in Kaköhl konnte der Vorsitzende Dieter Rüder 55 Anwesende begrüßen und bei der Gelegenheit langjährige Mitglieder ehren: Lothar Müller und Matthias Ehmke für 30 Jahre, Margret Stark, Helga und Werner Dohrmann sowie Heidemarie und Dieter Sokolowski für 20 Jahre und Angelika Burandt für 25 Jahre im SoVD. Als neue stellvertretende Kassenwartin wählten die Anwesenden Heidi Harz in den Vorstand, Gaby Söhren ist neue Frauensprecherin.



Ortsverband Kaköhl



Interview

„Wir werden hier gebraucht“

Seit 2018 führt Sabine Lojewski den Ortsverband in Boostedt mit rund 350 Mitgliedern. Vor bereits 30 Jahren ist sie in den SoVD eingetreten. Über ihre Rolle als voll berufstätige Vorsitzende berichtet sie in diesem Interview.

Hallo Frau Lojewski, Sie arbeiten in Vollzeit. Was ist Ihre Motivation, nach Feierabend noch ehrenamtlich für den SoVD im Ring zu stehen?

Zuerst einmal macht mir das Ehrenamt bei uns in Boostedt richtig viel Spaß. Darüber hinaus bekommt man viel zurück, insbesondere die Dankbarkeit der Menschen hier. Und: Wir werden gebraucht. Das ist auch ein Grund, warum wir uns im Ehrenamt einsetzen.

Wie sind Sie zum Sozialverband Deutschland gekommen?

Meine Eltern und meine Großmutter waren beziehungsweise sind schon lange Mitglied. Ich bin also gewissermaßen mit dem SoVD aufgewachsen. 1995 bin ich dann selbst eingetreten und habe gleich gesagt, dass ich mich im Ortsverband einbringen möchte. Das wurde gern angenommen – und ich bin dann erst einmal im sogenannten „Fest-Ausschuss“ aktiv gewesen.

Was genau ist das?

Da haben wir Feiern und Veranstaltungen organisiert. Und nach drei Jahren bin ich dann stellvertretende Vorsitzende geworden – bis 2018. Seitdem bin ich die 1. Vorsitzende.

Welche Aufgaben liegen jetzt in Ihrer Verantwortung? Was macht eine Vorsitzende im SoVD-Ortsverband?

Als Vorsitzende bist Du erst einmal die Ansprechpartnerin für alles. Wenn die Mitglieder bei uns eine Frage haben, kommen sie in der Regel erst einmal zu mir.



Sabine Lojewski

Sollte es sich um sozialrechtliche Fragen drehen – wie zum Beispiel zur Pflege oder der Schwerbehinderung – verweise ich direkt an die hauptamtlichen Kolleg*innen in Bad Segeberg. Dort kann man den Leuten helfen.

Es liegen natürlich viele weitere Dinge in so einem Ortsverband an. Aber zum Glück sind wir ein gut funktionierender Vorstand, in dem ich mich auf meine Kolleg*innen gut verlassen kann. Die Arbeit wird aufgeteilt. Reisen und Veranstaltungen organisiere ich zwar mit, aber eben nicht federführend. Die Anmeldungen laufen aber wieder über mich.

Wie viele Stunden fallen da in der Woche so an?

Einige auf jeden Fall, das variiert. Wir bieten hier in Boostedt ja einiges an. Von der Radtour über den Klönschnack bis zur Tagesreise. Aber die Menschen wissen das zu schätzen.

Kommen die Mitglieder gerade deswegen zu Ihnen?

Weil Sie die Leute im Ortsverband zusammenbringen?

Den Eindruck habe ich schon, ja. Es kommt häufig vor, dass jemand eine Nachbarin oder einen Bekannten zu den Veranstaltungen mitbringt. Manche kommen dann wieder und werden Mitglied.

Aber natürlich gibt es auch diejenigen, die durch ihren Arzt oder das Internet auf uns aufmerksam geworden sind und ausschließlich wegen der Sozialrechtsberatung in den Verband eintreten. In der Regel ist es schwierig, diese Leute in die Aktivitäten im Ortsverband einzubeziehen. Vermutlich ist das auch eine Generationenfrage.

Wenn Sie einen Wunsch frei hätten: Was würden Sie aus Ihrer ehrenamtlichen Arbeit gern heraushalten?

Eigentlich gar nichts. Natürlich geht manchmal schon eine Menge Zeit drauf. Und gerade nach Feierabend würde ich in diesem Moment gern einfach nur die Füße hochlegen. Aber unterm Strich mag ich meine Tätigkeit hier einfach sehr gern so wie sie ist.

Und Ihr schönstes Erlebnis?

Da gibt es einige. Aber besonders gut in Erinnerung habe ich zum Beispiel die Sommerfeste, die wir früher hier bei uns im Garten gefeiert haben. Die Leute haben dann Nachtisch oder einen Kuchen mitgebracht – und alle konnten sich irgendwie einbringen. Es war einfach eine schöne Atmosphäre. Durch Corona mussten wir dieses tolle Ereignis damals unterbrechen. Aber wer weiß, was die Zukunft bringt.



Wichtige Rufnummern

112 – Notruf für Menschen in Not. 24 Stunden, kostenlos, auch ohne Mobilfunknetz und bei gesperrtem Handy. 112 wählen Sie bei Unfällen, Bränden oder wenn Notfallsituationen eventuell lebensbedrohlich sind.

110 – Notruf der Polizei. Bei Gefahr, Straftaten oder einem Verdacht. Wählen Sie 110 immer dann, wenn Sie sich bedroht fühlen, in Gefahr befinden oder wenn die Situation gefährlich werden könnte.

116 117 – Ärztlicher Bereitschaftsdienst. Hier erhalten Sie Hilfe außerhalb von Sprechzeiten und bei nicht lebensbedrohlichen Krankheiten, und Sie erfahren den Standort der nächsten Bereitschaftsdienstpraxis.

Patientenombudsverein bietet Rat und Hilfe für Patient*innen:

- für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg unter Tel.: 04551 / 80 34 27;
- für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lauenburg unter Tel.: 04331 / 70 84 882;
- für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland unter Tel.: 04641 / 98 73 69;
- für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg unter Tel.: 04631 / 44 13 447.

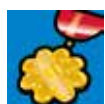
Bei Fragen zur Pflege gibt es Rat unter Tel.: 04531 / 80 49 38.

Kindernottelefon – anonym und gebührenfrei erreichbar unter Tel.: 0800 / 11 10 333 (montags bis samstags von 14 bis 20 Uhr).

Unabhängige Patientenberatung (UPD) – gebührenfrei und bundesweit erreichbar unter Tel.: 0800 / 01 17 722.

Pflegenottelefon – Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte erhalten Rat und Hilfe unter Tel.: 01802 / 49 48 47.

Büro der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, erreichbar unter Tel.: 0431 / 98 81 620.



Auszeichnungen

Für 20-jährige Funktionärstätigkeit wurden mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:

Heinke Paulsen,
Ortsverband Nordstrand.

Der Vorstand gratuliert herzlich.